Preis: 2,50 Euro

LOTTA

antifaschistische Zeitung aus NRW

Nr. 14
Herbst 2003

www.free.de/lotta

Infoladen
Kolbergerstr. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 66 04
...indymedia.org/infoladen_leipzig

Auf der Suche nach dem Heil...

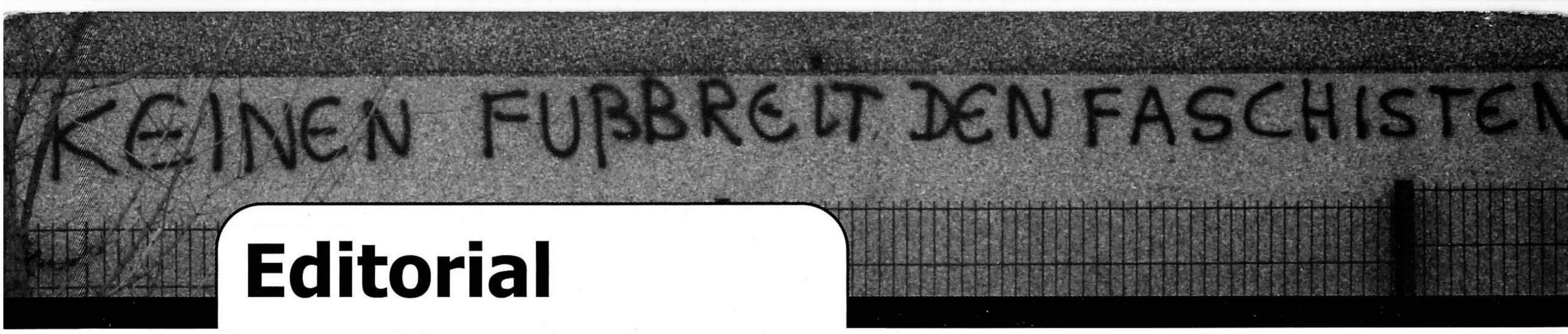
Schwerpunkt: Neuheidentum und Germanenkult

Der Bericht aus Bonn

Neonazismus in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis

Netzwerk gegen Rassismus in Schweden

Im Interview: Niklas Barre



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

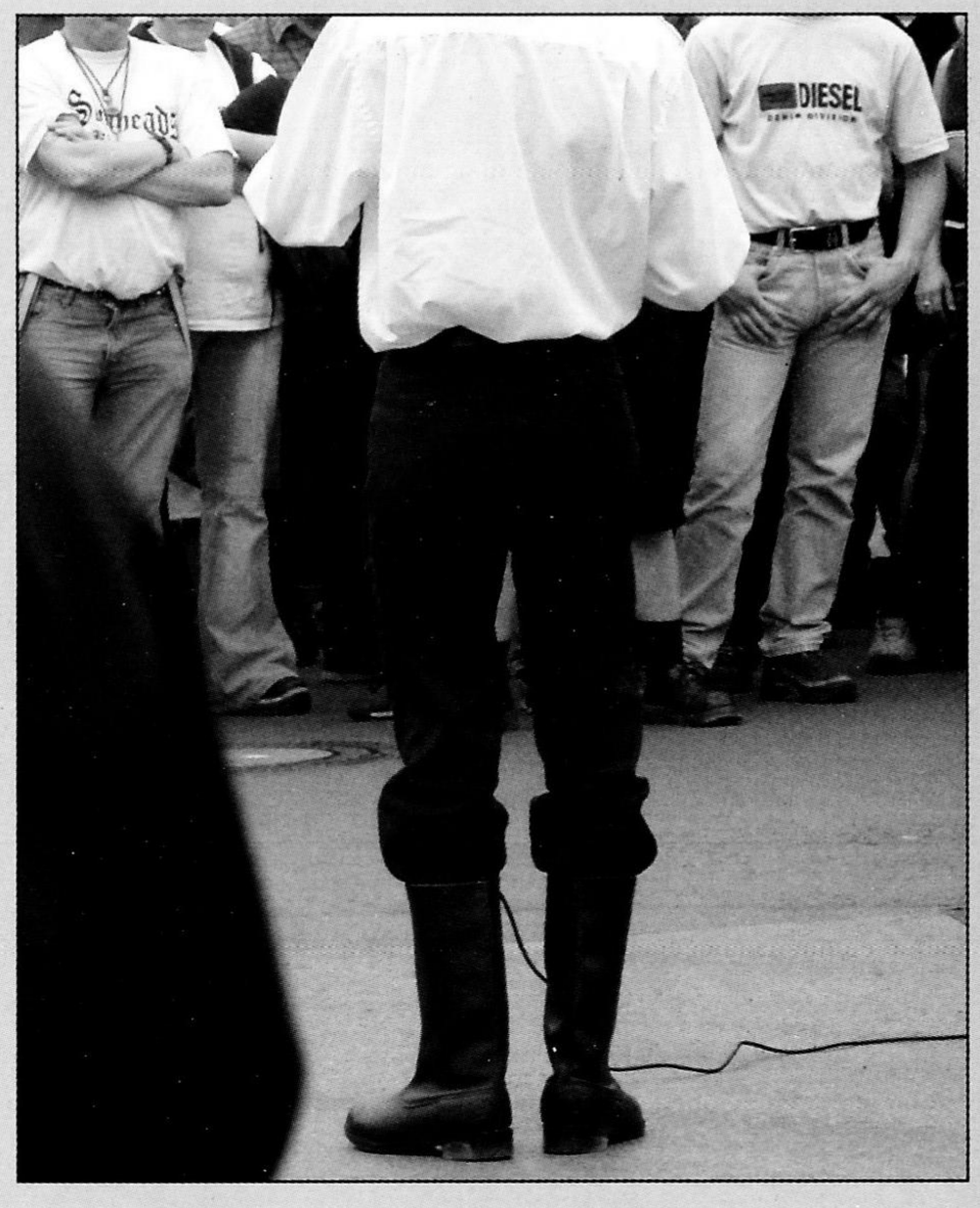
ihr haltet die nunmehr 14. LOTTA-Ausgabe in den Händen. Im Schwerpunkt beschäftigen wir uns dieses Mal mit dem Thema Neuheidentum/Germanenkult und Faschismus. Bezüge zum Neuheidentum findet man in fast allen Bereichen der extremen Rechten, so dass eine Beschäftigung mit jener an einer Auseinandersetzung mit religiösen Ersatzsystemen und der Legitimation neonazistischen Handelns durch den Glauben an heidnisch-germanische Götter nicht vorbeikommt. Eint doch die Ablehnung des "gleichmacherischen" Christen- und auch Judentums Aktivisten nahezu aller Spektren der extremen Rechten. Und das Neuheidentum spielt nicht nur in der faschistischen Ideologie eine Rolle, Versatzstücke finden z.B. durch die Esoterik-Szene Eingang in immer breitere Kreise der Gesellschaft.

Auch Reaktionen auf unsere letzten Ausgaben gibt es. Erfreulich viele Medien haben sich in letzter Zeit des Themas RechtsRock angenommen, mit den entsprechenden Hintergrundinfos ausgestattet vereinzelt sogar mit Erfolg. Den wohl peinlichsten Auftritt legte in diesem Zusammenhang "Oidoxie"-Frontmann Marko Gottschalk beim Auftauchen eines "Spiegel-TV"-Kamerateams vor seiner Wohnungstür auf's Parkett. Als er realisierte, dass er es mit MedienvetreterInnen zu tun hatte, besorgte er sich rasch ein Tüchlein zum Vermummen. Anschließend tänzelte so lange unbeholfen und ohne etwas mitgeteilt zu haben im Hausflur vor der Kamera rum, bis ihn seine Lebensgefährtin mit dem Ruf "Marko, komm rein!" zurück in die Wohnung beorderte. "So hat sich wohl noch nie einer zum Affen gemacht, die Nation lacht über MARCO GOTTSCHALK! Peinlich, peinlich ..." schämte sich ein "Kamerad" im Internet über den "11. September des Marco Gottschalk".

Auch der Schwerpunkt der letzten Ausgabe über neonazistische Aussteiger hat für einige Diskussionen gesorgt, zumeist für konstruktive mit positivem Feedback. Nicht hierzu zählt eine Mail der sich zwischenzeitlich in "A.G.I.L" ("Autonome Gruppe in Lüdenscheid") umbenannten "Revolutionäre Antifa Lüdenscheid", in der auch Neonazi-'Aussteiger' Renè Gehrke mitwirkt, um den es u.a. im Schwerpunkt der Nr. 13 ging. Es wird uns "eine krasse journalistische Fehlentscheidung" vorgeworfen, weil wir ausschließlich der "Autonomen Antifa Lüdenscheid" Gelegenheit für ein Interview und die Verbreitung von Unwahrheiten gegeben, auch Falsches über Gehrke berichtet hätten. Wir hätten zudem "erstmals für die komplette Naziszene [...] offengelegt, was Renè jetzt macht" und ihn damit gefährdet, auch durch das Foto auf Seite 14, zusammen mit Worch. Als ob die Neonazi-Szene nicht wissen würde, wie Gehrke aussieht, im Gegensatz zu vielen AntifaschistInnen. Unserer Ansicht zeigt eine solche Position mehr als deutlich, dass unser Schwerpunkt bitter notwendig war. Wer ernsthaft glaubt, dass es akzeptierbar ist, dass ein Aktivist der militanten Neonazi-Szene mal eben die Seiten wechseln kann, um dort seinen Aktionismus weiterzupflegen, ohne dass dieses auf scharfe, notfalls öffentliche Kritik stößt, hat leider unser Anliegen, die antifaschistische Szene zu warnen und zur Auseinandersetzung mit dem Thema aufzufordern, nicht verstanden. Dass es so weit gekommen ist, hat Gehrke selbst zu verantworten, sowie diejenigen, die ihm nicht mit der nötigen Distanz begegnet sind, schlimmer noch, das heute teilweise immer noch tun.

Wir wünschen eine interessante Lektüre,

Eure LOTTA-Redaktion



Preisrätsel

Zunächst mal zur Auflösung des letzten Rätsels. Natürlich hat Neonazi Andreas Becker aus Unwissenheit aus Goethes "Die Leiden des jungen Werther" peinlicherweise die "Leichen des jungen Werther" werden lassen. Unter den 17 richtigen Einsendern, hat die LOTTA-Glücksfee per Los die GewinnerInnen im Raum Uelzen/Lüneburg ermittelt.

Neues Spiel, neues Glück: Um welchen kühnen Deutschmann handelt es sich bei der nebenan abgebildeten Figur. Antworten bis Jahresende an lotta@koma.free.de. Als Preis winkt wie immer ein Jahresabo der LOTTA. Bei mehreren richtigen Einsendungen entscheidet das Los.

Inhalt

Gesellschaft

Kapital und Moral 4
Standortnationalismus als moralischer Imperativ

Schwerpunkt

Auf der Suche nach dem Heil 7
Neuheidentum und Faschismus

Kultstätten in NRW 9
Verehrung “widerständischer Germanen”

”...bis auf weiteres germanisch” 11
Eine Rezension des Werkes von Uta Halle über die Externsteine

Die okkulten Wurzeln des Nationalsozialismus 12

Religiöser Überbau 16
In NRW aktive Organisationen

“Urgeschichtsforschung” 19
Zwischen Universität und Neonazismus

“Germanische Freunde e.V.” 20
Rassenwahn und Verschwörungstheorie gemeinnützig?

„Das können wir hier nicht lösen“ 22
Interview mit einem Aktivisten der Antifa Detmold

Extreme Rechte

Der Bericht aus Bonn 24
Neonazismus in Bonn und im Rhein/Sieg-Kreis

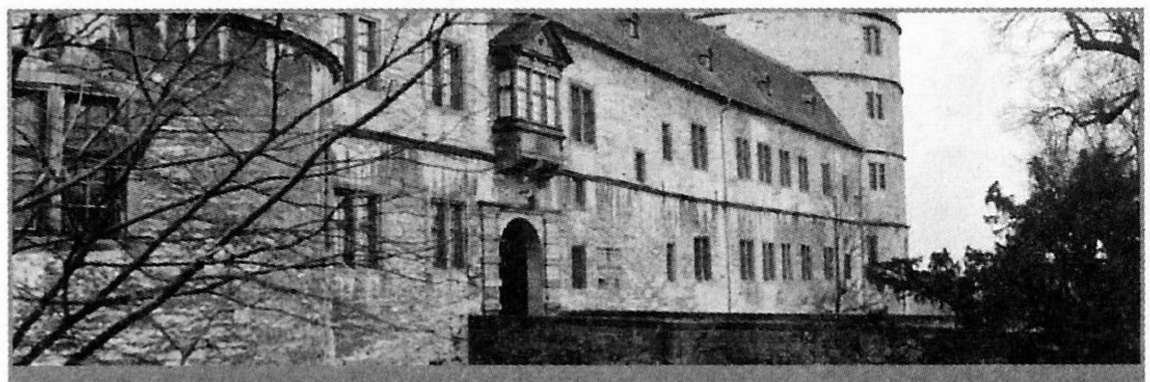
Daniela Wegener 28
“Am liebsten mit weißer Kapuze”

”Ich habe meine Pflicht getan” 30
Der Hagener Prozess gegen den „Henker von Ommen“

“Baseballschläger und Benzinkanister reichen” 32
Interview mit dem Münchener Journalisten Robert Andreasch

Steins Kampf 35
Verfassungsschutz NRW gegen “Junge Freiheit” und umgekehrt

“The way of Life” of the “Barking Dogs” 38
Düsseldorfer Band ohne Berührungsängste zum Neonazi-Spektrum



Schwerpunkt: Auf der Suche nach dem Heil - Neuheidentum und Germanenkult

Bezüge zum Neuheidentum findet man in fast allen Bereichen der extremen Rechten, so dass eine Beschäftigung mit jener an einer Auseinandersetzung mit religiösen Ersatzsystemen und der Legitimation neonazistischen Handelns durch den Glauben an heidnisch- germanische Götter nicht vorbeikommt.

ab Seite 7

Kurzmeldungen 40
Dortmund | Overath | Köln | Gevelsberg
Münster | OWL / Nds | Bielefeld | Hagen
Lüdenscheid | Hamm | Aachen | Borken

Braunzone

”So viel Konsens ist selten” 45
Der Präsident, die Parteien, der BdV und das ”Zentrum gegen Vertreibungen”

Grundlagen

Theorie gegen Rassismus 47
Theoretische Grundlagen für linke antirassistische Diskussion und Praxis

(Anti)Rassismus

Freiheit über den Wolken 51
Ferienflieger LTU schiebt ab

Internationales

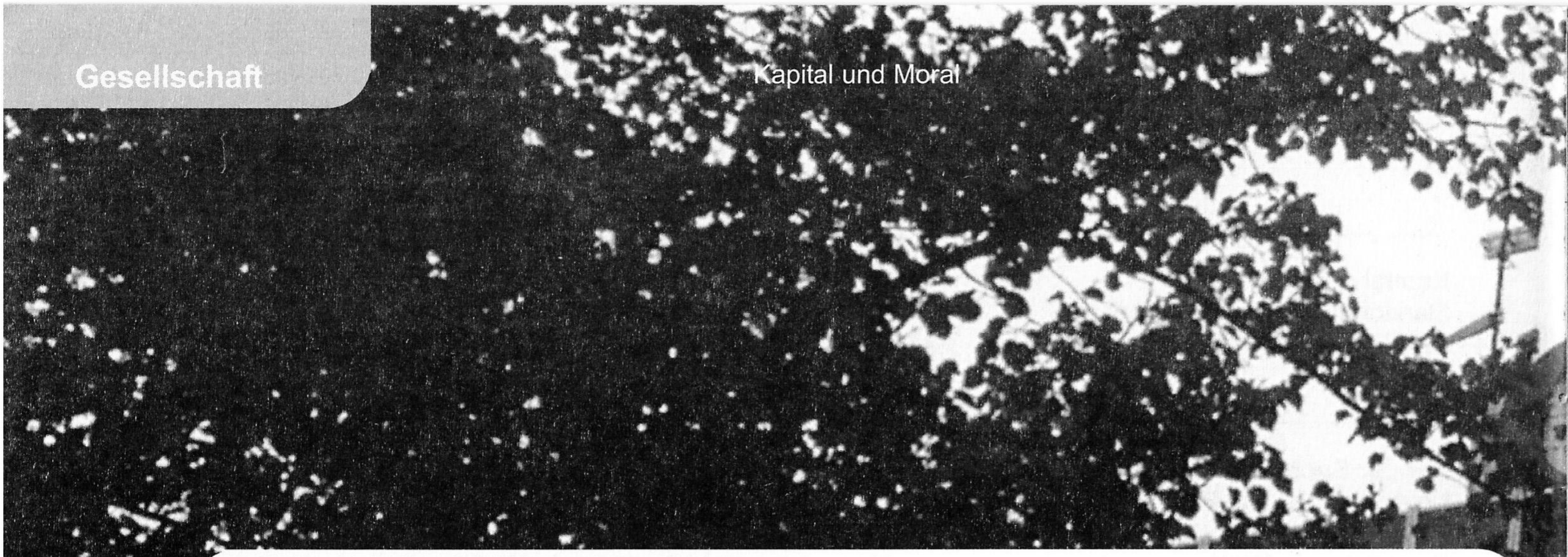
„...bislang doch recht erfolgreich“ 52
Interview mit Niklas Barre vom „Netzwerk gegen Rassismus“ in Schweden

Linke

Von Autonomer Antifa zur Postfordistischen Linken – Teil III 54

Justiz

”Der Rechtsstaat ist Schutzstaat für die Rechte aller” 57
Der Streit des OVG Münster und des BVerfG zum Thema Neonazi-Aufmärsche



Von Andreas Christ

Kapital und Moral

Prozess gegen Ackermann: Standortnationalismus als moralischer Imperativ

Laut Meldung der FAZ kommt es im Januar 2004 in Düsseldorf zu dem „größten Wirtschaftsprozess der Bundesrepublik".
Das Landgericht Düsseldorf hat die Anklage wegen vermuteter „Untreue" gegen den Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Josef Ackermann, den früheren Mannesmann-Chef Klaus Esser und weitere ehemalige Mitarbeiter des an Vodafone verkauften Konzerns sowie den ehemaligen IG-Metall-Vorsitzenden Klaus Zwickel zugelassen.

Ein kleines Lehrstück über die Funktion von Standortnationalismus und Feindbildkonstruktion.

„Gemeinnutz steht vor Eigennutz", so lautete eine der völkischen Parolen der NSDAP. Der faschistischen Ideologie ist als „antimaterialistischer Revision des Marxismus" (Zeev Sternhell) eine pseudosozialistische Phraseologie immanent. Nicht das Kapitalverhältnis an sich, sondern die egoistische Bereicherung am „Volkseigentum" steht im Zentrum faschistischer Kritik am Kapitalisten. Dieser habe der „nationalen Volksgemeinschaft" und nicht nur sich selber zu dienen. Mit derartigen Verkürzungen und Personalisierungen von Ausbeutungsverhältnissen machten die Nazis erfolgreich Propaganda bei den lohnabhängigen Massen. Der abzulehnende Kapitalismus ist in der faschistischen und antisemitisch besetzten Propaganda das „raffende Kapital" bzw. der „Wucherkapitalismus", gemeint ist die Zirkulationssphäre des Kapitals. Idealisiert wurde und wird das faschistische Bild des „schaffenden Kapitals". Ergebnis: Ein „ehrbarer" und völkisch gemeinschaftsstiftender Kapitalismus, in welchem Kapital und Arbeit ihre nationale Versöhnung in der Volksgemeinschaft erblicken. Dieser Mechanismus der Verblendung funktioniert dem Prinzip nach auch noch heute im Zeitalter des globalisierten Neoliberalismus. Die standortnationalistische Propaganda dient als ideologischer Kitt in einer sich real zersetzenden Gesellschaft und bedarf daher regelmäßig ihrer personifizierten Feindbilder. Neben den Habenichtsen, den Migrantinnen und Migranten, den Arbeits- und Wohnungslosen und anderen Deklassierten trifft der Volkszorn manchmal auch welche, die sich auf „Volkes Kosten" erfolgreich bereichert haben.

Angriff auf die Deutschland AG?

In dem anstehenden Prozess steht zur Verhandlung, ob den Angeklagten „Untreue" in der Zustimmung sowie dem Erhalt von Abfindungszahlungen nachgewiesen werden kann. Der ehemalige Mannesmann-Spitzenfunktionär Esser kassierte Abfindungen und Prämien von 60 Millionen DM. Ackermann wie Zwickel genehmigten als Mitglieder im Aufsichtsrat der Mannesmann AG diese Zahlungen. Der Vorwurf der „Untreue" ist in derartigen juristischen Verfahren ein schwammiger Begriff: Was ist recht und was unrecht? Die Juristen der Deutschen Bank vertreten laut FAZ die Ansicht: „Da aktienrechtlich alles in Ordnung war, kann das Strafrecht nicht greifen. Und die ‚Komplott-Theorie' der Staatsanwaltschaft halten wir für konstruiert." Ackermann selbst sieht „Gefahren für den Standort Deutschland, wenn Manager auf Aufsichtsratsposten wegen ihrer Pflichterfüllung von der Strafjustiz belangt werden", und findet sich hierbei in argumentativem Einklang mit der Politik. So warnt Wirtschaftsminister Wolfgang Clement vor einer Vorverurteilung des Beschuldigten. Er beschwört die nationale Solidarität, da dieses Verfahren „nicht nur von Deutschland aus mit größter Aufmerksamkeit beobachtet" werde. In das gleiche Horn stösst die CDU-Vorsitzende Angela Merkel, die von einem „Schlag gegen den Standort Deutschland" sprach.

Volksgemeinschaft statt Klassenkampf?

Um die Frage nach Recht und Unrecht in der politischen Ökonomie des Kapitalismus näher zu ergründen, hilft ein Rückblick in die Geschichte der Mannesmann-Übernahme. Wir erinnern uns: „Die Zukunft des deutschen Kapita-

lismus wird in Düsseldorf entschieden. (...) Eine Niederlage des Mannesmann-Managements wäre zugleich das Ende des bisherigen Wirtschaftsmodells Deutschland." So schlug die konservative Tageszeitung „Rheinische Post" zur Zeit des Übernahmepokers nationalen Alarm. Die Zeitung des christlichen Abendlandes im Rheinland sah „Kapitalisten in der Pflicht" und gar eine „Erschütterung der deutschen Wirtschaft" (RP, 16.11.99). Auf einmal zeigte der schöne Kapitalismus seine hässliche Fratze. Feindlicher Angriff! Übernahmeversuch! Fällt das „nationale Symbol Mannesmann"? Dagegen wurde öffentlich über die Klassengrenzen hinweg zur vaterländischen Verteidigungsfront mobilisiert. Esser, der Held von Mannesmann, der dem ausländischen geldgierigen Kapitalisten Gent des britischen Konzerns Vodafone die Stirn bietet; Esser, der zusammen mit den Gewerkschaften, mit den Proleten gegen der „Ausverkauf" des Düsseldorfer Konzerns kämpft. Auf den Transparenten protestierender Arbeiter, die tagtäglich der Mannesmann AG ihre Arbeitskraft verkauft haben, stand zu lesen: „Ich bin nicht käuflich!" und „Wir lassen und nicht verhökern!". Wirtschaftsminister Clement, damals noch NRW-Landesvater, sowie der damalige IG-Metall-Chef Zwickel schwangen Parolen gegen die „Wild-West-Methoden" von der Insel. Kampfbereite Betriebsräte von Mannesmann agitierten öffentlich gegen die ausländischen „feinen Herren, die keine Ahnung von Mannesmann haben". Zugleich feierten sie öffentlich „unseren Herren Esser", der angeblich gemeinsam mit dem Mannesmann-Proletariat dem englischen „shareholder value"-Kapitalismus mit seinem gierigen Geldhai Gent die Stirn bietet. Esser selbst bekundete inmitten jenes nationalen Verteidigungstaumels wie ein einsamer Mahner in der Wüste: „Nationalistische Parolen können wir jetzt nicht gebrauchen." Der Mann verstand halt nicht nur etwas von Kapitalismus, sondern auch davon, wie am besten an jenem zu partizipieren ist. Dann kam die „nationale Katastrophe" für den „Standort Deutschland": Der „britische Geldhai" Gent siegte und der Konzern wurde durch „feindliche Übernahme" vom Ausland einkassiert - eine nationale Schande!

Dann wendete sich das Blatt: Die Medien berichteten plötzlich über Millionen-Zahlungen an Esser. So viel Geld – ist das noch rechtens? IG-Metall-Chef Zwickel ging plötzlich auf Abstand zu seinem Kampfgefährten Esser und bezeichnete die Abfindungssummen als „unanständig hoch" und „für keinen Arbeitnehmer nachvollziehbar". Gewerkschaften, das Proletariat und auch die Medien rümpften plötzlich die Nase. Die These von der „Käuflichkeit" machte die Runde. Dann kam über Aufsichtsratsprotokolle heraus, dass Zwickel selbst die Abfindungssummen indirekt schriftlich mit abgesegnet hatte. Aus Helden wurden wieder Betrüger. Doch was war verraten worden? Der Standort Deutschland? Die Volksgemeinschaft?

Das Recht auf Mehrwert

Real ist die ehemalige Mannesmann AG ein Musterbeispiel für Kapitalismus nach dem „shareholder value"-Prinzip. Die Firma machte Geld mit dem Bau von Atomkraftwerken sowie insgesamt mit nuklearem Anlagenbau. Im Zuge des europäischen Formierungsprozesses gestaltete sich Mannesmann zum Mischkonzern um und stieg zusätzlich in die Telekommunikationsbranche ein. Rigoros wurde die traditionelle Belegschaft ausgedünnt: Der Konzern trennte sich ohne Probleme von ganzen Betriebszweigen und schickte Zigtausende in die Arbeitslosigkeit, um im neuen Kommunikationsmarkt Millionen zu gewinnen. Hierbei betrieb der Konzern zudem ebenso „feindliche Übernahmen" von Konkurrenten wie z.B. durch den Einkauf des britischen Mobiltelfonkonzerns „Orange".

Es ist das Gesetz des Mehrwerts, der Zwang zur Akkumulation von Kapital sowie der Zwang zur Konzentration und Zentralisation, welche die Ökonomie des Kapitalismus bestimmen. Dies ist keine Frage der Moral, sondern der Herrschaftsordnung. Das Kapital benötigt gesellschaftliche und politische Regulationsformen, um sich zu reproduzieren. Diese sind eingebunden in nationalstaatli-

che Rahmenbedingungen. Dazu gehört der „Standort Deutschland“ mit seinem nationalen Wettbewerbsstaat sowie die Internationalisierung des Kapitals in supranationale Handels- und Regelsysteme. Es sind daher nicht die „Spitzbuben“ Gent, Esser, Ackermann und Zwickel, die heimlich und illegal unseren schönen „rheinischen Kapitalismus“ in einen bösen Neoliberalismus verzaubert haben. Das neue sozio-ökonomische Regulationsgefüge selbst löst im internationalen Maßstab die alte, von fordistischer Massenproduktion und Klassenkompromiss geprägte Arbeitsgesellschaft auf. Kapitalistische Mehrwertschöpfung erfolgt heute über die Nationalstaatsgrenzen hinweg nicht zuletzt aus der Deregulierung früher erkämpfter Sozial- und Arbeitsrechte. Genauso wie es im Kapitalismus einen strukturellen und unpersonalisierten Zwang zur Profitmaximierung gibt, gibt es durch die dem Kapitalismus immanenten Klassenverhältnisse eine gesellschaftliche Ausdifferenzierung zwischen reich und arm, mächtig und abhängig. Ein Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank verdient daher mehr Geld als ein Schichtarbeiter bei Mannesmann/Vodafone. Der letztere verkauft seine Arbeitskraft zur Schaffung von Mehrwert und der andere ist dazu da, diesen Mehrwert in kapitalrationaler Logik wieder in Wert zu setzen, zu akkumulieren. Deshalb bekommt der Vorstandsvorsitzende viel Geld dafür, fleissig dafür zu sorgen, dass der Lohnabhängige möglichst nicht zuviel erhält und kostenrational eingesetzt werden kann. Das ist nach geltendem Recht, das die Eigentumsverhältnisse festschreibt, legal. Genauso verhält es sich bei der Entscheidung eines Kapitalisten, sein konstantes Kapital ins Ausland zu veräußern oder sein variables Kapital, zum Beispiel durch Rationalisierung, den Marktanforderungen anzugleichen. Das gehört zum Wesen der kapitalistischen Gesellschaft, in der wir leben. Da sich der Staat als „ideeller Gesamtkapitalist“ gesellschaftlich reproduzieren und legitimieren muss, gibt es in diesem Lande die Volksparteien, die Gewerkschaften, den ewigen Appell an den nationalen Gemeinsinn, an die Volksgemeinschaft, an das Ziehen am gemeinsamen Strang für unseren Standort Deutschland. Trotz scheinbarer Widersprüche und kleinlicher Streitereien halten alle mächtigen Interessensverbände an diesem Mechanismus fest. Das nennt sich Korporatismus. Deshalb wird jetzt einem Vorstandssprecher Schützenhilfe geboten. Wenn der nicht mehr zu halten ist, darf halt ein anderer zum Wohle der Deutschen Bank den Stuhl besetzen. Darum verteidigen die Gewerkschaftsfunktionäre auch solange ihren Zwickel, bis der Trubel sich gelegt hat. Wer das nicht versteht, bekommt Ärger. Beispielsweise der suspendierte Chefredakteur der „metall extra“, der es wagte, in der Verbandszeitschrift allzu kritisch über den Gewerkschaftsfunktionär Zwickel zu schreiben. Die Entlassung des Gewerkschaftsredakteurs erwirkte Zwickels angeblicher Intimfeind, der „rote Traditionalist“ Jürgen Peters. Dieser ereiferte sich über den „grob geschmacklosen“ Artikel. Peters hat schließlich Zwickels Job bekommen und Zwickel hat Peters seinen mehr neoliberal orientierten Intimus als Stellvertreter zur Seite gestellt. Somit hat die korporatistische Funktionärsriege in der Metallgewerkschaft die Weichen dafür gestellt, dass weiterhin alles seinen ordentlichen Gang nehmen kann.

Die moralische Empörung über die „unrechtmäßig hohen Zahlungen“ von Aufsichtsratsmitgliedern aus der Kapitalisten- wie der Gewerkschaftsriege ist mehr als fragwürdig. Wären statt 60 Millionen DM zehn Millionen DM Abschlagszahlungen an Esser „gerechter“ gewesen? Oder nur 20 DM? War das „ordentliche Gehalt“ von Esser in seiner Zeit bei Mannesmann nicht genauso „rechtens“ wie das Gehalt der dortigen Schichtarbeiter? Was unterscheidet Ackermann in seiner pathetischen Rede von Ehre und Engagement für Deutschland von Clement, Merkel & Co.? Die Höhe der Gehälter?

Epilog

Das mediale Possenspiel „guter Kapitalist, böser Kapitalist“ am Beispiel von Abfindungszahlungen während der Mannesmann-Übernahme durch Vodafone zeigt, wie Standortnationalismus und völkische Kapitalismuskritik Eingang in den hegemonialen Diskurs gefunden haben. „Leistungsfähigkeit“, „Pflichtbewusstsein“, „Ehrgefühl“, „Heimatliebe“ und „Patriotismus“ bilden Stichworte für eine Rechtsentwicklung in der Mitte der Gesellschaft. Wenn Gewerkschaften und Medien die Standortlogik propagandistisch übernehmen, wird die neonazistische Parole „Deutsche Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ genau so zum Allgemeingut wie der faschistische Mythos vom Ende des Klassenkonfliktes durch die nationale Volksgemeinschaft. Natürlich ist es nicht abwegig, sich über die Gehälter von Spitzenfunktionären sowie über das Zustandekommen von großzügigen Abschlagszahlungen kritische Gedanken zu machen. Der öffentliche Diskurs um Vergütungsleistungen an den Spitzenverdiener Klaus Esser verdeutlicht jedoch die Stoßrichtung öffentlich inszenierter Empörung und veranschaulicht zugleich deren autoritätshörigen und systemimmanenten Geist. In ihrem Kampf um eine „selbstbewußte Nation“ forderten die „Neurechten“ Heimo Schwilk und Ulrich Schacht schon vor knapp zehn Jahren: „Eine Trendwende ist nur dann möglich, wenn Werte wiederentdeckt werden, um die zu kämpfen zum Bedürfnis wird, wenn es wieder religiöse und emotionale Klammern gibt, die Opferbereitschaft, Staatsbewußtsein, Nationalbewußtsein erzeugen, wenn neben das aufgeklärte Wissen mit seinen Desillusionierungen auch wieder der demütige Glaube mit seinen Hoffnungen getreten ist.“

Die öffentliche Diskussion über Recht und Unrecht von Abschlagszahlungen am Beispiel Esser zeigt, wie sehr derartige Ordnungswerte zum Allgemeingut geworden sind. Zugleich offenbart dieses Medienspektakel, wie sich die herrschende Ordnung öffentlich durch „law and order“-Kampagnen selbst legitimiert. Allein der Neid hat halt noch niemanden zum Sozialismus bekehrt.

Von Jan Raabe

Auf der Suche nach dem Heil

Neuheidentum und Faschismus – Eine Einführung ins Thema

Im "Referat hob der Vortragende die Bedeutung der Externsteine für unsere Ahnen heraus und machte deutlich, daß die Externsteine mehr als ‚ein paar Felsen' sind", heißt es in einem Bericht des NPD-Kreisverbandes Minden-Lübbecke, der gemeinsam mit der Ortsgruppe Minden der "Kameradschaft Weserbergland" am 6. und 7. September in Minden eine Schulung u.a. zum Thema "Die Externsteine" durchführte. "Ich stehe auf den Externsteinen und laß die Gedanken weiterziehen. (...) Hier bin ich geboren, am Fuß des Teutoburger Wald. Es ist ein Teil von mir dieses schöne Land", singt die RechtsRock-Band "Sleipnir" aus Gütersloh. Und fordert: "Odin statt Jesus!"

Wer sich mit der extremen Rechten beschäftigt, wird am Thema Neuheidentum nicht vorbeikommen. Bezüge hierzu finden sich nahezu in der gesamten rechten Szene.

Ideologischer Überbau

Die ehemalige Leitfigur des bundesdeutschen Neonazismus, **Michael Kühnen**, sein Nachfolger **Christian Worch**, der Nazi-Anwalt **Jürgen Rieger**, der heute in den Niederlanden lebende "Freie Kameradschafts"-Kader **Christian Malcoci**, alle haben sie etwas gemeinsam mit dem "neurechten" Theoretiker **Alain de Benoist,** dem verstorbenen RechtsRocker **Ian Stuart Donaldson** und dem NS-Black-Metaller **Varg Vikernes**. Nicht nur, dass sie alle Teil der facettenreichen extremen Rechten sind, sie alle sehen sich auch in Opposition zum Christentum, glauben statt dessen an heidnisch-germanische Götter.

Für den einfachen Neonazi-Skin dürfte es reichen, dass er sich eine rassistische Ahnenreihe Germane - SS-Mann - Skinhead phantasiert, in die er sich stellen kann. Für die Leitfiguren des militanten Neonazismus ist das Neuheidentum mehr. Es dient ihnen als Teil ihres ideologischen Überbaus, als letztendliche Begründung ihres Handelns. Vertreter der "Neuen Rechten" konstruieren mit ihrer Interpretation des Heidentums Antworten auf Fragen nach dem Aufbau und der Beschaffenheit der Welt.

Es sind viele Aspekte, die das Neuheidentum für die verschiedenen Spektren der extremen Rechten interessant macht. Ein gemeinsamer ist, das eigene Handeln sich selbst gegenüber legitimieren und erklären zu müssen. Erst recht, um über viele Jahre politisch aktiv bleiben zu können, bei allen Problemen, die das mit sich bringen kann. Ein Weltbild muss da sein, das Werte vermittelt. Und hierbei spielt das Neuheidentum als religiöses Ersatzsystem zum Christentum eine wichtige Rolle. Der behauptete "arteigene", neuheidnische Glaube dient als letztendliche Begründung für ein faschistisches Weltbild und gibt dem Agieren erst einen (höheren) Sinn, ist für viele Kader der Szene Grundlage ihrer "Mission".

Weil es von dem, was den germanischen Clans tatsächlich als Religion gedient hat, kaum wirkliche Zeugnisse gibt, kann diese Leerstelle von Faschisten ideal als Projektionsfläche für die Verlängerung der eigenen rassistischen Phantasien ins Religiöse genutzt werden. Eben darum wird im Schwerpunkt dieser Ausgabe auch der Begriff ‚Neuheidentum' statt der des ‚Heidentums' verwendet, denn es handelt sich um ein Religionssystem, das von Faschisten und ihren völkisch motivieren Vorläufern des 19. Jahrhunderts konstruiert wurde und nicht, wie etwa die Faschisten behaupten, um eine ältere Religion als die christliche oder jüdische. Es verwundert nicht, dass Themen das neuheidnische Religionssystem dominieren, die die extreme, völkische Rechte seit dem 19. Jahrhundert umtreiben: ausgeprägter Antisemitismus, Rassismus, eine romantisch verklärte Naturnähe, die Legitimation des "ewigen Kampfes" und die Leugnung jedes Ansatzes von politischer, rechtlicher und sozialer Gleichheit aller Menschen.

"Heidnische Naturreligion" kontra "christliche Kunstreligion": Die Ideologie der Verschiedenheit

"Eine Naturreligion gründet sich auf Jahrtausende alte mündliche Überlieferungen, Erfahrungen und Traditionen. (...) Der Kult stammt direkt von den Göttern einer längst vergangenen Zeit." So formulierte es der Neuheide **Geza Nemenyi**. Mit der Behauptung der Ewigkeit entrückt Nemenyi die Religion der Kritisierbarkeit, da direkt von den Göttern gegeben. "Jedes Volk dieser Erde hat seine eigene Mythologie und Naturreligionsform", formuliert er weiter und fordert zu deren Erhalt und Wiederbelebung auf. Folgt man dieser Behauptung, ist man schon auf das Konstrukt biologisch begründeter Völker hereingefallen, schließlich steckt nichts anderes als das bekannte faschistische Konstrukt von "Blut und Boden" dahinter. Ein Volk und dessen Tradition könne nur überleben, wenn es sein "rassisches Erbe", sein Blut "rein erhalte". Blut steht in diesem Bild für "Rasse", die Komponente "Boden" behauptet, dass ein "germanisch-nordischer Lebensraum" die dort über Generationen siedelnden Sippen geprägt habe. Diese Prägung fände ihren Ausdruck in einer bestimmten Kultur, zu der auch eine bestimmte Religiosität gehöre. Endpunkt dieser Ideologie ist die rassisch, kulturell-religiös definierte Volksgemeinschaft, die sich durch alles "Fremde" bedroht sieht. In der einschlägigen neuheidnischen Literatur wird besonders der vordere Orient (und hier insbesondere Israel) als der Gegensatz zur hiesigen Natur dargestellt. Die monotone Wüste habe dem Menschen keinen die Vielfältigkeit der Natur liebenden Glauben geschenkt, sondern einen monotheistischen Wüstenglauben, der nur die Gleichförmigkeit kenne. Nur scheinbar wird hier der Vielfalt gehuldigt, denn es geht im Kern nicht um Vielfalt und Verschiedenheit, sondern um die Abwehr des Gedankens universeller Gleichheit von Menschen. Die Werte der Französischen Revolution mit ihrem Gleichheitsgedanken sollen hier angegriffen werden. Aber natürlich auch das Judentum und Christentum. Die christliche Religion wird von den meisten Neuheiden als eine Fortsetzung des Judentums begriffen, das Judentum also als ursprünglich für das Christentum gesehen. In diesen Kreisen spricht man deshalb vom "Judäochristentum". Antisemitische Vorurteile feiern hier fröhliche Urständ. Statt der Gleichheit der Menschen, die in diesen Religionen vertreten sind, soll eine angeblich "lebensechte" Ideologie der Verschiedenheit etabliert werden. Ein universelles Menschenrecht ist hier nicht mehr gegeben. Unterdrückung und Ausbeutung wird damit zum legitimen Ausdruck.

Organisches Menschen- und Weltbild, verklärte Naturnähe

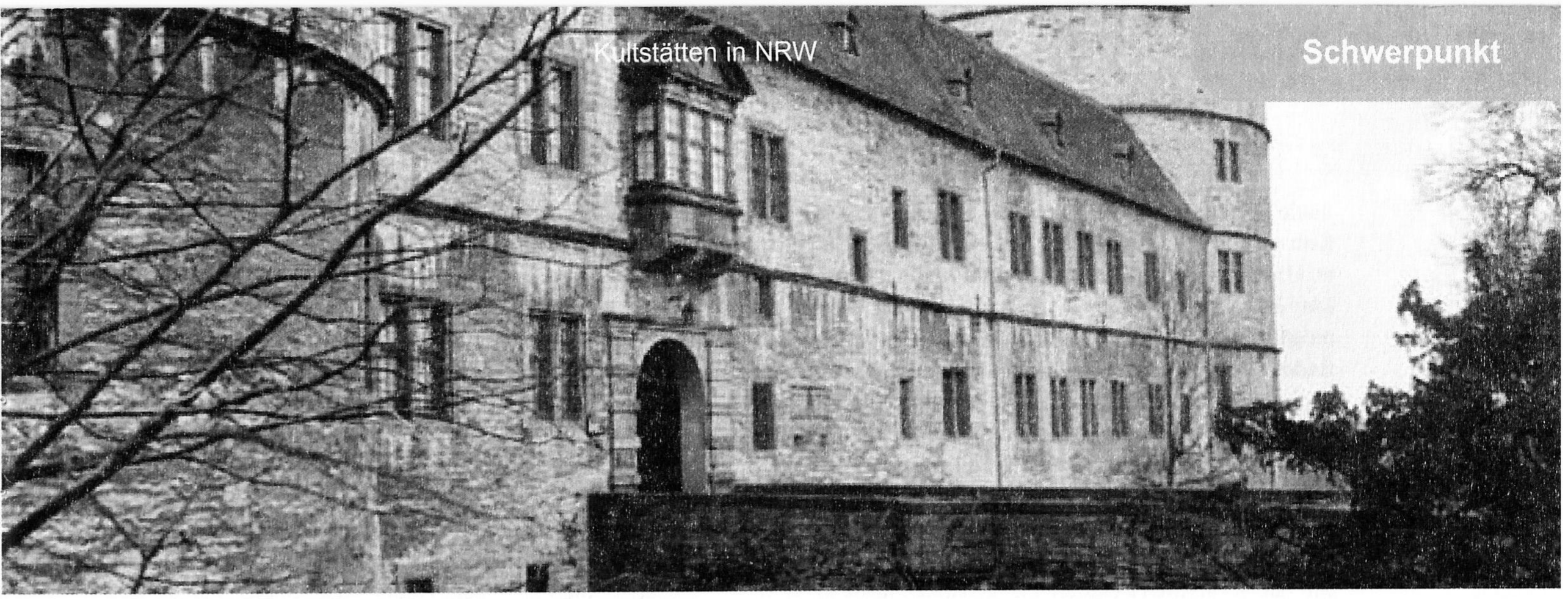
Neuheidnische Ideologie zielt auf eine Volksgemeinschaft, in der jeder den ihm zugeordneten Platz einnimmt - oder auch gar keinen. Da ist der eine geborener Führer und der andere eben Knecht. Kritisierbar ist dies nicht, da naturgegeben, behauptet die neuheidnische "Natur"-Religion. Verkauft wird dies als natürliches, "organisches" Gesellschaftsbild. Wie auch jedes Organ im Körper einen festgelegten Platz habe, so ginge es auch in der menschlichen Gesellschaft zu. Ob angeboren, schicksalsbedingt oder karmisch vorgegeben, ist hierbei nebensächlich. Zentral ist, dass die vermeintlich natürlichen Hierarchien nicht hinterfragt werden. Auch die angeblich durch ihre Gebärfähigkeit und ihren Zyklus der Natur näher stehende Frau wird mit dieser Argumentation nur auf ihre Rolle an Heim und Herd festgeschrieben. Auf diesem Wege werden Herrschafts- und Machtverhältnisse zugewiesen und zementiert. Zur Begründung muss die Natur herhalten. Der neuheidnische Faschist wähnt sich im Einklang mit der Natur, die Natur wird als positives Vorbild für die menschliche Gesellschaft genommen. "Fressen und gefressen werden", also das Recht des Stärkeren dominiert. Weder gäbe es ein Recht auf Leben, noch Rücksicht auf die Bedürfnisse anderer oder gar Solidarität jenseits der eigenen Art bzw. Sippe in der Natur. Was hier als naturnah daherkommt und sich mit den Gesetzen des Kosmos in Einklang wähnt, sind kaum verhüllte Frontalangriffe auf jedes emanzipatorische Denken und damit auch darauf, gesellschaftliche Zustände zu erklären und damit veränderbar zu machen.

Teilhabe am Göttlichen - oder die Selbstvergöttlichung der Führer

Aus Feuer und Eis wurden der neuheidnischen Religion zufolge Welt und Götter in einem Guss geschaffen. Aus diesem Schöpfungsmythos leiten Faschisten her, dass auch ihnen und damit auch ihrem menschenverachtenden Tun etwas Göttliches inne sei. Für Menschen, die sich und ihr Handeln als Teil des Göttlichen verstehen, gelten keine moralischen Regeln, ihnen ist das Recht zum Versklaven, Ausbeuten und letztlich Töten mitgegeben. Verkleistert wird diese Selbstvergöttlichung im Neuheidentum mit dem Begriff der "Ganzheitlichkeit".

Dieses ideologische Grundgerüst ist mit verschiedenen kleineren Abweichungen für die gesamte neuheidnische Szene gültig. Auch wenn "neurechte" Ideologen wie Alain de Benoist und **Henning Eichberg** diese Grundsätze neu formulierten und dabei sprachlich darauf bedacht waren, dass breitere Kreise, beispielsweise die Esoterik-Szene oder die Ökologie-Bewegung für diese Inhalte empfänglich wurden, sind diese Theorien nicht neu, sie wurden von völkischen Denkern um die Jahrhundertwende entwickelt.

Aber nicht nur in der faschistischen Ideologie spielt das Neuheidentum eine Rolle. In der BRD existieren eine Vielzahl verschiedenster germanentümelnder neuheidnischer Organisationen, deren Relevanz weniger in ihrer Größe, als vielmehr in ihrer Funktion für ihre faschistischen Führer liegt. Neben primär neuheidnischen Organisationen finden wir Versatzstücke des Neuheidentums auch bei anderen faschistischen Organisationen. Durch die Esoterik-Szene verbreitet sich germanentümelndes Neuheidentum in immer breitere gesellschaftliche Kreise.



Von Stefanie Blum

"Widerständische Germanen"

Die Verehrung von Kultstätten in NRW

Seit den Humanisten und verstärkt seit dem Ende des 19. Jahrhunderts bis in die heutige Zeit sind die historischen Germanen beliebter Gegenstand nationalromantischer Idealisierung und Identifikation sowie Projektionsfläche völkischer Wertvorstellungen und Politikentwürfe. In NRW gibt es etliche Kultstätten, die mit vermeintlichen "germanischen Widerstandshelden" und genuin "germanischer Kultur" in Verbindung gebracht werden.

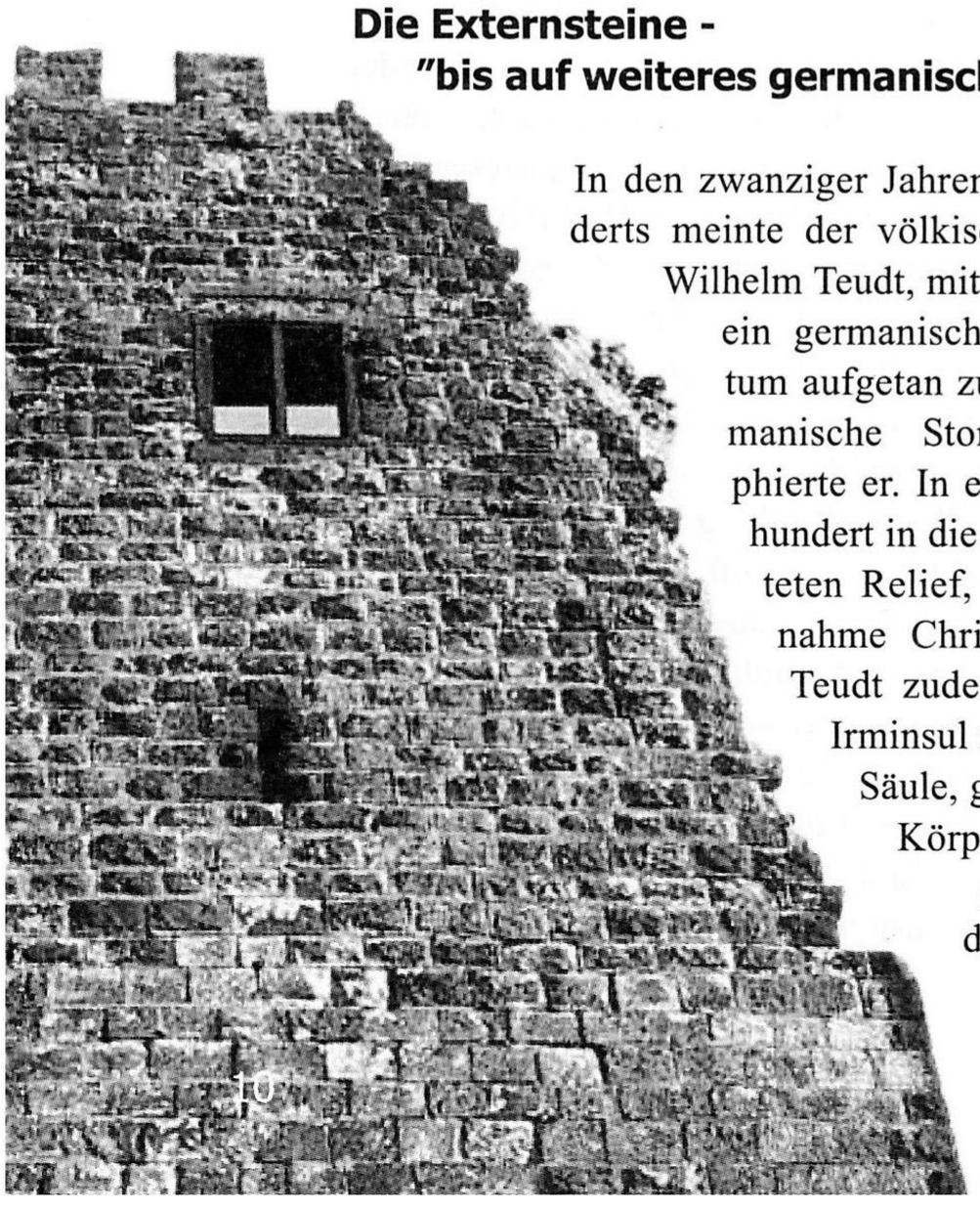
Auf der Bergkuppe der Grotenburg bei Detmold steht das 1875 in Anwesenheit von Kaiser Wilhelm I. eingeweihte kolossartige Hermannsdenkmal. Auf einem riesigen Sockel reckt hier der Cherusker-Fürst Arminius, volkstümlich Hermann, triumphierend sein Schwert in die Luft – mit dem Schriftzug "Deutsche Einigkeit meine Stärke. Meine Stärke Deutschlands Macht". Arminius war der Feldherr, der 9 n. Chr. an der Spitze aufständischer Germanen ein riesiges römisches Heer unter dem Statthalter Varus vernichtend geschlagen hatte. Das Denkmal soll "trutzigen Nationalstolz" und das Streben nach nationaler Einheit und Unabhängigkeit symbolisieren. Nicht von ungefähr wurde es wenige Jahre nach dem Sieg über Frankreich und der Reichsgründung 1871 eingeweiht. Der Hermannskult war Bestandteil der nationalromantischen Wiederentdeckung der Germanen. Neben der Edda und dem Nibelungenlied diente vor allem die um 100 n. Chr. verfasste "Germania" des römischen Geschichtsschreibers Tacitus als Quelle. Tacitus zeichnete ein stark idealisiertes Bild von "bodenständigen, treuen und ehrbaren" Menschen, um es der römischen Dekadenz seiner Zeit entgegenzusetzen. Dieses mystisch verklärte Bild bestimmt auch heute noch in weiten Teilen die Auseinandersetzung mit den Germanen. Für die extreme Rechte versinnbildlichen "Nationaldenkmäler" wie das Hermannsdenkmal die vermeintliche Superiorität eines ethnisch homogenen "deutschen Volkes", in dessen ungebrochene Traditionslinie sich die Jungnazis fantasieren. In etlichen Publikationen finden sich immer wieder pseudohistorische Berichte, die über die Varusschlacht und andere germanische "Heldentaten" berichten. Entscheidend ist dabei weniger die historische Authentizität, sondern vielmehr das Gefühl, die eigenen Wurzeln in einer ursprünglichen Ideenwelt gefunden zu haben.

"Germanische Widerstandshelden"

Ein weiterer "germanischer Widerstandsheld", der in Westfalen viele Spuren hinterlassen hat, ist der Sachsenherzog Widukind. Im 8. Jh. n. Chr. hatte sich dieser gemeinsam mit den freien sächsischen Bauern, den Bemühungen Karls des Großen, die Sachsen zu unterwerfen und zu christianisieren, erbittert widersetzt. Nach seiner Niederlage 785 trat Widukind zum christlichen Glauben über; eine Tatsache, die jedoch von jenen Rechten, für die das Christentum letztlich eine "artfremde Religion" darstellt, bezweifelt wird. Die Kirche in Enger gilt seit Jahrhunderten als Grabstätte des Sachsenherzogs, was aber weder durch archäologische Grabungen noch durch anthropologische Untersuchungen an Knochenfunden bewiesen werden konnte. Heute gibt es in Enger ein Widukind-Museum, im "Dritten Reich" war dort unter der Schirmherrschaft der SS eine "Gedächtnisstätte", die Widukinds Widerstand gegen die Christianisierung besonders betonte. Bei Lübbecke befinden sich die Überreste einer alten sächsischen Wallburg, wo der Sage nach Widukind geboren worden sein soll. Im Burgberg soll er einen langen Schlaf halten, um in ferner Zukunft zurückzukehren - wie der schlafende Kaiser im Kyffhäuser. Eine solche Legende gibt es auch für den Wittekindsberg bei Porta Westfalica, den angeblichen Standort von Widukinds Wallburg. Karl der Große zerstörte 772 zum Auftakt der Sachsenkriege die Eresburg, eine Festungsanlage, die sich beim heutigen Marsberg befand, sowie das Heiligtum der Sachsen, die Irminsul. Die Irminsul, was so viel wie "gewaltige

Säule" bedeutet, war vermutlich ein Holzstamm, der dem Kult um die Weltensäule, der Trägerin des Weltalls, diente. Unklar ist, wo sich diese Irminsul befunden hat, neben Marsberg kommt u.a. auch die Iburg bei Bad Driburg als möglicher Standort in Frage. Überreste alter Wallburgen finden sich in bergigen Gegenden, beispielsweise auch auf dem Kindelsberg im Siegerland oder dem Wilzenberg bei Grafschaft im Sauerland. Ebenfalls im Sauerland liegen die Bruchhauser Steine, von denen die fünfte Ausgabe der neonazistischen Postille "Der Förderturm" aus dem westlichen Ruhrgebiet zu berichten weiß, dass es sich dabei angeblich um "Ringwälle zum Schutz von Versammlungen oder kultischen Zeremonien" gehandelt habe. In NRW gibt es viele solcher bizarren Bodendenkmale, so die Gesteinsblöcke im Leistruper Wald, der Ulenstein bei Bad Driburg, oder die Dörenther Klippen am nördlichen Rand des Teutoburger Walds. Darüber hinaus finden sich zahlreiche Höhlen, die mit einem Kult, einer Gottheit oder mit einer Legende verbunden sind, wie die Höhlen im Hönnetal, die Veledahöhle bei Bestwig/Velmede, die Kluterhöhle im Ennepetal oder beim Hünentor von Holthausen. Solche Orte, auf die beispielsweise in "nationalen Reiseführern" hingewiesen wird, symbolisieren für die extreme Rechte Überreste "germanischer Kultur" oder Stätten, in denen sich die "vergessenen Traditionen und Werte" verdichten. In der Nähe von Bonn, bei Königswinter, liegt der Drachenfels, auf dem die Ruinen einer Trutzburg des 12. Jahrhunderts stehen, sowie die so genannte Nibelungenhalle, die 1913 zum 100. Geburtstag Richard Wagners eröffnet wurde und in der in sakraler und symbolschwangerer Atmosphäre Gemälde des völkischen Malers Hermann Hendrich zum Ring des Nibelungen ausgestellt sind. Als Schauplatz der "Siegfriedsage" übt der Drachenfels offensichtlich auch auf den "Gau Rheinland" der "Deutschen Heidnischen Front" eine gewisse Faszination aus. Die neonazistische Organisation berichtet von einer Wanderung, die "mit dem Wissen um den mythischen Gehalt der Landschaft als Wegbegleiter" zu dem "erhofften Erlebnis" wurde.

Die Externsteine - "bis auf weiteres germanisch"



In den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts meinte der völkische Laienforscher Wilhelm Teudt, mit den Externsteinen ein germanisches Gestirnsheiligtum aufgetan zu haben: das "germanische Stonehenge", triumphierte er. In einem im 12. Jahrhundert in die Steine eingearbeiteten Relief, das die Kreuzabnahme Christi zeigt, glaubte Teudt zudem ein Abbild der Irminsul zu erkennen - eine Säule, geknickt unter dem Körper des Christengottes, Zeichen des Sieges des neuen über den alten Glauben. Teudt hielt die Externsteine für den eigentlichen Standort der Holzsäule. Bei Ausgrabungen wurde niemals auch nur die Spur von irgend etwas "Germanischem" gefunden. Es gibt lediglich Funde aus der Altsteinzeit und aus dem 10. bis 19. Jh. n. Chr.. Teudt und sein Kreis ließen sich von mangelnden Beweisen aber ebenso wenig beeindrucken wie der Reichsführer-SS Heinrich Himmler, der in den dreißiger Jahren die Aufsicht über die Ausgrabungen an den Steinen an sich zog und kurzerhand verfügte, dass die Externsteine "bis auf weiteres" germanisch zu sein hätten. Es waren die Nationalsozialisten, die die ersten Sonnenwendfeiern an den Externsteinen begingen. Heute versammeln sich zur alljährlichen Sommersonnenwende am 20/21. Juni ungefähr 1.000 Personen, die verschiedenen esoterischen und neoheidnischen Kulten frönen oder auch nur feiern wollen. Dazu gehören aber auch Neonazis, die in jedem Jahr dort vertreten sind.

Die Wewelsburg

Die Wewelsburg in ihrer heutigen Form wurde zu Beginn des 17. Jahrhunderts errichtet und war ehemals Nebenresidenz der Paderborner Fürstbischöfe. Sie steht auf den Überresten einer alten sächsischen Wallanlage. Die SS wollte die Wewelsburg zum Mittelpunkt eines "Großgermanischen Reiches" machen. Dafür plante Himmler gewaltige Umbaumaßnahmen, die nicht einmal in Ansätzen verwirklicht wurden. Die dreieckige Wewelsburg sollte das Zentrum einer gewaltigen Anlage werden, die in ihrer Speerform vermutlich an die Heilige Lanze der Reichsinsignien erinnern und damit Ausdruck eines imperialen Anspruchs sein sollte. Im Nordturm der Burg sind heute noch Kulträume zu besichtigen, die nie ganz fertig gestellt wurden. Im Erdgeschoss befindet sich der so genannt "Marmorsaal", ehemals die Burgkapelle, mit dem heute als "Schwarze Sonne" bekannten Sonnenrad als Bodenintarsie. Im Keller, der ehemaligen Burgzisterne, befindet sich die "Walhalla", ein kuppelgewölbter Saal mit einer besonderen Akustik. Der Burg angegliedert war das KZ Niederhagen, in dem mindestens 1.285 Menschen ermordet wurden.

Neben dem Besuch der Kultstätte, versuchen Neonazis immer wieder, in der Nähe der Burg Veranstaltungen durchzuführen. Die "Initiative der weißen Art" (I.d.w.A) rief im Januar 2002 zu einer Demonstration unter Motto "Ruhm und Ehre der Waffen-SS" auf. Der von Marc vom Ort angemeldete Aufzug wurde jedoch verboten. Die Wewelsburg suggeriert einen "authentischen Ort", der in seiner "mystischen Bedeutung" eine große Faszination für ein breites Spektrum der extremen Rechten, angefangen von neurechten Theoretikern über die NPD bis hin zu "Blood & Honour" respektive deren Nachfolger, auszuüben scheint.

Von Jan Raabe

"...bis auf weiteres germanisch"

Eine Rezension des Werkes von Uta Halle über die Externsteine

„Archäologie und Zeitgeschichte sind zwei (...) Subdisziplinen der historischen Wissenschaft. Es wird dabei leicht übersehen, dass die archäologische Wissenschaft immer gleichfalls ein Spiegelbild der Zeit ist, in der sie erforscht und durch die Zeitumstände beeinflußt wurde und wird. Da aber die Geschichtsforschung, und hier im besonderen die archäologische Disziplin zu den ideologisch bedrohten und manipulierbaren Wissenschaftsgebieten – vor allem in der Ära des Nationalsozialismus – eingestuft wird, sind Verknüpfungen zwischen diesen Beiden gegensätzlichen Fachgebieten notwendig."

So schreibt es die Archäologin Uta Halle in ihrer 2002 veröffentlichten Habilitationsschrift. Mit ihrer Arbeit verfolgt sie gleich zwei hochgesteckte Ziele. Zum einen will sie die Verstrickung der Vor- und Frühgeschichtsforschung in den Nationalsozialismus aufzuarbeiten. Dabei geht sie vor allem der Frage nach, inwieweit hier von Seiten des NS eingegriffen wurde, ob es vorauseilender Gehorsam oder auch Eigeninitiative war, welche die Forscher trieb. Zum Zweiten hat sie sich eine Neubewertung der archäologischen Funde aus der NS-Zeit nach heutigen Maßstäben vorgenommen.

In den Fokus ihrer Arbeit stellt sie die Externsteine. Sie können als Musterbeispiel für die Auseinandersetzung der verschiedenen, dem NS ideologisch zuarbeitenden Fraktionen und Organisationen der Vor- und Frühgeschichtsforschung gelten. Interessant sind sie auch deshalb, weil dort während des NS größere Grabungen stattfanden und die Forschung an den Funden als „Synonym für ideologisierte Wissenschaft" beschrieben werden können.

Uta Halle beginnt ihre Arbeit mit einer gründlichen Quellenkritik der Forschungsliteratur. Insbesondere den als Standardwerken geltenden Büchern von Kater ("Das 'Ahnenerbe' der SS 1935-1945") und Bollmus ("Das Amt Rosenberg und seine Gegner"), die aus den 70ern stammen, tritt sie kritisch gegenüber. Beide Autoren hatten in größerem Umfang die Aussagen von Beteiligten an den NS-„Forschungen" Raum in ihren Arbeiten gegeben und diesen so die Chance zur eigenen Entlastung und zur Verfälschung der Tatsachen gegeben. Halle stellt fest, dass "auch in den 90er Jahren vor allem in den Gedenkschriften, Nachrufen bzw. Aufsätzen zu Forscherpersönlichkeiten noch eine weitgehende Tabuisierung von deren NS-Vergangenheit" bestanden habe.

Nach einer einleitenden Verortung der Vor- und Frühgeschichtsforschung im Machtgefüge des Nationalsozialismus, also zwischen Hitler, Rosenberg und Himmler stellt sie die einzelnen Forscher in den Blickpunkt, die ihre Vor- und Frühgeschichtsarbeiten dem NS andienten. Deutlich wird in diesen Kapiteln der Einfluss von „unheilvollen Phantasten", wie dem völkischen Laienforscher Wilhelm Teudt auf die Externsteineforschung.

Danach widmet sich Uta Halle den verschiedenen Ausgrabungen an den Externsteinen, beschreibt die damals verwandten Methoden und die alten Interpretationen. Sie listet die Fehlerquellen und Fehlinterpretationen auf und kommt zu dem Ergebnis, dass keines der Fundstücke auf einen germanischen oder überhaupt einen Kultplatz hinweist. Sie verortet Teile der Anlage „in das erste Drittel des 12. Jahrhundert", anderes Fundmaterial datiert sie auf das Hoch- und Spätmittelalter bzw. ins 17. bis 19. Jahrhundert. Eine für viele, gerade völkische Ideologen geradezu frevelhafte Erkenntnis. Um so wichtiger ist die Behutsamkeit und Genauigkeit, mit der Halle die Grabungen aufarbeitet. Wobei sie sich nicht anmaßt zu behaupten, es habe keine vorchristliche Nutzung gegeben. Allein die Fundstücke, auf die völkische Ideologen ihre Behauptungen stützen, geben eine solche Interpretation bei wissenschaftlicher Arbeit nicht her. In diesem Kapitel, welches durch einen Katalog der Funde im Anhang und durch Zeichnungen gestützt wird, liegt die archäologische Leistung der Arbeit.

In den weiteren Kapiteln beschreibt sie den Machtkampf und die Arbeit des Amtes Rosenberg und des SS-„Ahnenerbes". Entgegen der gängigen These kommt sie zu dem Schluss, dass es „nicht der durch Pression geschürte Opportunismus (war), der die Wissenschaftler zu ihrer Verhaltensänderung zwang, es war die aktive Teilnahme der Wissenschaft am politischen System". Auch die Entschuldungsversuche der beteiligten Wissenschaftler widerlegt sie.

In ihrer Schlussbemerkung verweist Uta Halle auf die Defizite der etablierten Wissenschaft. Es sei dieser anzulasten, das historisch belastete Forschungsfeld „Externsteine" den Schwarmgeistern und Laienforschern überlassen zu haben, die bis heute an einer völkisch-heidnischen Ausdeutung der Externsteine arbeiten.

Die Arbeit ist trotz ihres Umfangs und ihrer fachlichen Tiefe auch für Laien gut verständlich und interessant geschrieben.

Uta Halle
„Die Externsteine sind bis auf weiteres germanisch"
Prähistorische Archäologie im Dritten Reich,
Gütersloh, 2002
ISBN 3-89534-446-X, 608 Seiten, 49 Euro

Von Michael Fehrin

Die okkulten Wurzeln des Nationalsozialismus

Die Geschichte des „Dritten Reiches“ ist in mancherlei Hinsicht rein rationalistisch nicht zu erklären. Man stelle sich folgende Situation vor: Im April 1945 sitzen die letzten Getreuen im Führerbunker und warten auf das Ende. **Joseph Goebbels** hat ein Horoskop erstellen lassen, das die ersten Besserungen der Lage aus deutscher Sicht für den April und eine allgemeine Wende für den August versprach. Als dann die Nachricht von Roosevelts Tod bekannt wird, trinkt man Champagner und glaubt ernsthaft daran, dass die Schicksalswende, wie bei Friedrich dem Großen im siebenjährigen Krieg kommen würde (Friedrich wurde durch den Tod der russischen Zarin aus verzweifelter Lage gerettet). Ist das ein Beweis für okkulte Neigungen? Oder eher für Menschen, die in ihrer Verzweifelung nach jedem Grashalm griffen. Dieser Artikel soll die Unmengen von Theorien über die „wahren Hintergründe“ und die okkulten Ursprünge des „Dritten Reiches“ etwas beleuchten.

Verschwörungstheorien

Wir leben in einer Zeit, in der es gerade wieder en vogue geworden ist, „offiziellen“ Erklärungen, „amtlichen“ Verlautbarungen und „seriöser“ Wissenschaft zu misstrauen. Eine solche Ära ist die Chance für Verschwörungstheoretiker. Für den 11.09.2001 werden alle möglichen verborgenen Hintermänner gesucht und J.F.Kennedy wurde von Militärs, Kommunisten oder der Mafia liquidiert, vielleicht auch von allen zusammen. Wir werden überflutet mit derlei Unsinn, nichts ist zu dumm, um ausgelassen zu werden. Andererseits gibt es aber durchaus gute Gründe, den offiziellen Wahrheiten nicht zu vertrauen. So dauerte es Jahrzehnte, bis Gorbatschow die offizielle sowjetische Version über die Massaker im Wald von Katyn, als von den deutschen Besatzern begangen, fallen ließ. Obwohl fast jeder wusste, dass die polnischen Offiziere zu Tausenden von den Sowjets ermordet worden waren.

Für die Geschichte des „Dritten Reiches“ gibt es Unmengen von kruden okkultistischen Theorien. Aber gibt es vielleicht tatsächlich „okkulte“ Wurzeln des Nationalsozialismus?

Als erstes ist der Begriff „okkult“ zu klären. Er bedeutet „geheim“ oder „verborgen“. Er hat aber in der Umgangssprache eine stark metaphysische Bedeutung erfahren, im Sinne von „übersinnlich“ und esoterisch. Gab es okkulte Hintermänner, Bünde, Orden, Magier, Mystiker, die die Geschicke des Dritten Reiches, ohne öffentlich bemerkbar zu sein, geleitet haben?

Okkulte Vorläufer?

Bereits vor dem ersten Weltkrieg gab es Mengen von Grüppchen und Sekten, die als „Armanenorden“, „neue Templerorden“, „neue Heiden“ usw. im Deutschen Reich und besonders in der Habsburger Monarchie aktiv waren. Politisch standen sie den deutschnationalen Gruppen nahe, deren extremste Ausführung die Alldeutschen in Österreich waren. Sie hatten mit Georg Ritter von Schönerer einen „Führer“, grüßten sich mit „Heil“, vertraten einen Rassenantisemitismus und waren extreme Antidemokraten und Nationalisten der chauvinistischsten Spielart. Leute wie Schönerer und auch der ebenfalls antisemitische christsoziale Wiener Oberbürgermeister **Karl Lueger** waren für den jungen **Adolf Hitler** Vorbilder, die er später in „Mein Kampf“ wohlwollend kritisch unter die Lupe nahm. Die Historiker mögen sich über die Bedeutung dieser Vorbilder streiten, aber „okkulte“ Wurzeln sind dies sicherlich nicht.

Aber in diesem Umfeld tummelten sich Leute, die man als Okkultisten sehen kann. Auch bei Wiener Mystikern wie dem Runenforscher **Guido von List** und dem Rassentheoretiker und Pamphletisten **Jörg Lanz von Liebenfels** ist schwer zu messen, ob sie die Nazis direkt beinflusst haben. Sicherlich waren diese Leute rassenantisemitisch

eingestellt und dachten in arischen Überlegenheitskategorien. Und verloren sich in Theorien, die heute als obskurer und absurder Blödsinn geradezu lächerlich sind. Aber ganz gewiss sorgten auch sie für einen Zeitgeist, der in Teilen der Bevölkerung Anklang fand. Wenn man Zitate aus den dreißiger Jahren von **Julius Streicher** z.B. über den unwiderbringlichen Verlust der arischen Frau für die germanische Rasse nach einmaligem Geschlechtsverkehr mit einem Juden liest, könnte man glauben, er hätte aus Lanz „Ostara"-Heftchen von vor dem ersten Weltkrieg abgeschrieben. Vielleicht sind aber beide aus einem ähnlichen Milieu heraus auch nur zu ähnlichen Ergebnissen gekommen. Bei Lanz finden sich in seinen Visionen von Zuchtklöstern, in denen, gut verwahrt und bewacht, arische Frauen die Rasse zu retten haben, zudem Gedanken, die sich in dem späteren „Lebensborn"-Projekt der SS manifestierten.

Die "Thule Gesellschaft"

List und Lanz beinflussten allerdings nachweislich einen Mann, der als Gründer der „Thule Gesellschaft" wie kein anderer als okkulter Strippenzieher des „Dritten Reiches" angesehen wurde und dies auch selber gerne so darstellte: **Adam Glauer**, der sich **Rudolf von Sebottendorf** nannte.

Die „Thule Gesellschaft" war ein militanter Bund von bürgerlichen Reaktionären im München der Jahre 1918 und 1919. In dieser Zeit gab es sehr viele Freikorpsverbände. Es gab sogar geheime rechtsterroristische Gruppen wie die „Organisation Consul", die allerdings nicht okkultistisch beeinflusst war, aber z.B. durch die Ermordung Walter Rathenaus bekannt und gefürchtet wurde.

Dass die "Thule Gesellschaft" zum herbeifantasierten okkulten Hintergrund des „Dritten Reiches" wurde, hat mehrere Gründe. Sie bot unter anderem durchaus Platz für deutschnationale Esoteriker. Von Sebottendorf selber hatte „mystisches Wissen" auf ausgedehnten Orientreisen erworben und war ein begeisterter Astrologe. Zudem gibt es einige Unklarheiten über Fragen wie z.B., wer die „Thule Gesellschaft" finanziert hat und wer überhaupt ihre Mitglieder waren. Dazu kommt, dass in den einschlägigen Büchern immer gerne schwammig formuliert wird, wie etwa, dass Hitler und andere Nazis keine Mitglieder waren, aber dafür öfter ihr Gast. Ganz ohne Zweifel ist die „Thule Gesellschaft" eine direkte Vorläuferorganisation der NSDAP, Hitler selber hat sie einmal (aber nur einmal) auch als solche öffentlich gewürdigt. Ein reaktionärer und gewaltbereiter Bürgerhaufen, dem nach der Novemberrevolution die Idee kam, dass sich die politische Rechte der Arbeiterschaft nähern müsste, um Deutschland vor dem „jüdischen Bolschewismus" zu retten. Zu diesem Zweck wurde die DAP gegründet, aus der die NSDAP hervorging.

Aber muss man Gestalten wie Sebottendorf als heimliche Strippenzieher mit einer esoterischen Mission sehen? Oder eher als politische Hasardeure, die für kurze Momente Weltgeschichte mit gestaltet haben? Jedenfalls gibt es keinen Grund, die „Thule Gesellschaft" als okkultistische Organisation zu sehen. Auch dass mystisch interessierte Personen wie **Dietrich Eckart**, sozusagen ein Lehrer Hitlers, der bereits 1924 starb, oder **Alfred Rosenberg** wahrscheinlich in ihr verkehrten, ist kein hinreichender Beweis. Es wird auch gerne der Fehler gemacht, das Interesse einzelner Personen in der NSDAP für Okkultismus mit einem solchen Charakter der gesamten Bewegung zu verwechseln.

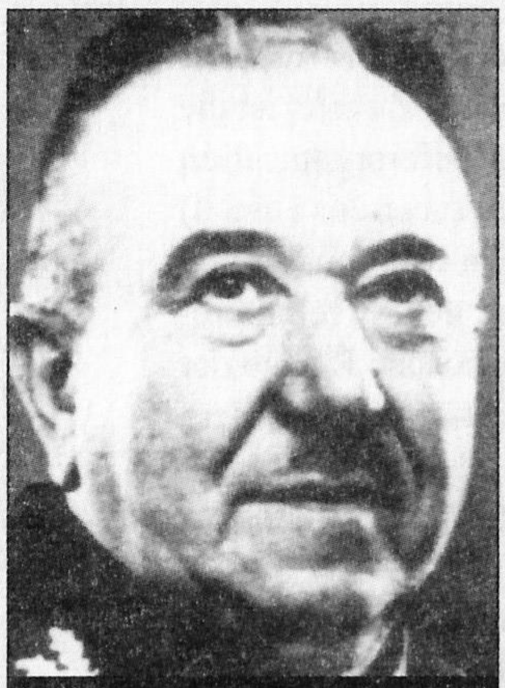
Mystiker wie List, Lanz und Sebottendorf sind Randerscheinungen in der rechten Szene dieser Zeit. Ihre Bedeutung liegt darin, extreme Positionen in den gesellschaftlichen Diskurs gebracht zu haben. Wenn man will, kann man bis in das 19. Jahrhundert zurückgehen und die ersten Ausformungen solchen Gedankenguts bereits in der Ariosophie der **Madame Blavatzky** finden, einer Wegbereiterin allerlei esoterischen Denkens, bis hin zur Anthroposophie. Bereits ihre sogenannte Wurzelrassentheorie kennzeichnet Juden und Schwarze als minderwertig. Alle Nachfolger haben dies aufgenommen. Man darf sich aber bei diesen Leuten auch nicht auf ihre eigenen Aussagen verlassen. Sebottendorf schrieb ein Buch namens „Bevor Hitler kam", in dem er vor allem sich selber in den Mittelpunkt setzte. Auch Lanz behauptete, dass Hitler sein Schüler gewesen sei, als er im Februar 1932 einem Freund schrieb: „Weißt Du, daß Hitler einer unserer *Schüler* ist. Du wirst es noch erleben, daß er und dadurch auch wir siegen und eine Bewegung entfachen werden, die die Welt

Guido von List

Jörg Lanz von Liebenfels

Dietrich Eckart

Alfred Rosenberg



Karl Maria Wiligut

erzittern macht." Trotzdem wird bis heute darüber diskutiert, ob z.B. Lanz Hitler persönlich kannte, ob er, einen Buchtitel zitierend, „der Mann, der Hitler die Ideen gab", war. Derselbe Lanz behauptete auch auf einer Zugfahrt stundenlang mit Lenin diskutiert zu haben, der ihm von einer russischen Baronin vorgestellt worden sei. Niemand kann hingegen beurteilen, ob die von Hitler in "Mein Kampf" erwähnten „antisemitischen Traktate", die er las, nicht tatsächlich die „Ostara"-Hefte des Lanz waren, die dieser mit antisemitischen und rassistischen Wahnideen gefüllt in Wien herausgab. Noch etwas sollte nicht vergessen werden: Egal, ob man den „geheimen" NS-Vordenkern eine Rolle zugesteht oder auch nicht, der pseudowissenschaftlich verbrämte Rassismus von „seriösen" Autoren wie **Gobineau** oder **Chamberlain** war im deutschen Bürgertum viel einflussreicher.

Andere okkulte Vordenker

Es wurden und werden viele verschiedene Personen als Ideengeber oder Drahtzieher für die NS-Bewegung bezeichnet. Höchste Vorsicht ist aber geboten, wenn z.B. **Richard Wagner**, **Karl Haushofer**, **Dietrich Eckart**, **Aleister Crowley**, **Hanns Hörbiger** u.ä. Personen als Hintermänner der NS-Bewegung bezeichnet werden. Der erste war ein antisemitischer Komponist, den Hitler sehr verehrte und benutzte. Aber mehr? Es gibt die Theorie, dass das „Dritte Reich" die Verwirklichung von Wagners Visionen gewesen sei, Hitler weitergereicht durch Wagners oben bereits erwähnten Schwiegersohn Chamberlain. So etwas ist nicht belegbar und deshalb mit größter Vorsicht zu genießen. Der zweite hatte mit seinen, heute würde man sagen, geostrategischen Studien sicherlich die Wahnidee vom Lebensraum im Osten beeinflusst, aber keinerlei Amt oder Würden in Staat und Partei gehabt. Dietrich Eckart schulte den jungen Hitler rhetorisch und führte ihn in bessere Kreise ein. Hitler würdigte ihn mit einer Widmung im ersten Band von „Mein Kampf", da war Eckart aber bereits verstorben. Crowley war ein Okkultist, der gerne von sich behauptete, Hitler beeinflusst zu haben, ohne ihn jemals zu sehen. Hörbiger war der Vertreter einer wissenschaftlich vollkommen unhaltbaren Theorie über die Substanz der Welt, der so genannten Welteislehre.

Noch schlimmer wird es, wenn man sich Unfug wie den esoterischen Hitlerismus des **Miguel Serrano** anschaut, der behauptet hat, dass Hitler mit einem Ufo aus dem brennenden Berlin geflohen sei und unter der Antarktis eine neue Streitmacht für den arischen Überlebenskampf um sich sammeln würde. Es lohnt sich bei der Mehrheit solcher Theorien nicht, sich damit ernsthaft zu befassen.

Echte Okkultisten?

Es gab aber durchaus wichtige Personen, die okkulten Neigungen unterlagen und Macht im „Dritten Reich" ausübten, wenn auch wohl eher trotz statt wegen dieser Neigungen. Hitler selber ließ nie einen Zweifel daran, dass er okkulten Germanenspinnern u.ä. nichts abgewinnen konnte und machte sich über sie lustig. Aber nicht ganz unwichtige Leute wie **Darré** oder Rosenberg waren da schon anders.

Am ausgeprägtesten waren okkultistische Interessen allerdings beim Reichsführer SS **Heinrich Himmler**. Dies führte zu Unternehmungen und Organisationen, in denen Okkultisten sehr zum Ärger anderer SS-Führer (Leute wie **Heydrich** und **Kaltenbrunner** waren keine Okkultisten) Einfluss hatten. Himmler selber war ein sehr stark von okkultistischen Überzeugungen bewegter Mensch. Dies äußerte sich in persönlichen Beziehungen, die z.B. zu der erstaunlichen Karriere des **Karl Maria Wiligut ("Weisthor")**, eines „Sehers" in der SS, führte. Oder auch in seinem persönlichem Glauben an die Reinkarnation. So sah er sich wohl, wie auch seriöse Autoren berichten, als Wiedergänger von Kaiser Heinrich I. oder dem Herzog Heinrich dem Löwen.

Aber es gab auch eine ganze weitere Anzahl von Projekten. Diese sollten in der Regel die Überlegenheit des arisch-nordischen Menschen gegenüber den „Minderrassen" beweisen. Für diese Forschungen wurde innerhalb der SS, also außerhalb der staatlichen Lehrbetriebe, das so genannte „Ahnenerbe" als wissenschaftliches Institut bzw. Verein gegründet. Das „Ahnenerbe" veranstaltete oder finanzierte verschiedenste Expeditionen. So suchte man Arier in einer Tibetexpedition, suchte Reste von „Thule" in Island und forschte nach dem Verbleib des „Lamm Gottes", eines verschwundenen Gemäldes aus dem Genter Dom, dem magische Bedeutung nachgesagt wird. Man fahndete in Südfrankreich nach dem heiligen Gral, den man in der Katharerburg Montsegur zu finden hoffte. Himmler persönlich beauftragte den jungen SS-Offizier **Otto Rahn** mit dieser Aufgabe. Rahns trauriges Schicksal zeigt exemplarisch, dass so manch einer mit Abenteurerwünschen zu spät bemerkte, dass er in einen Terrorapparat gelandet war. Rahn schrieb kitschige und unsinnige Bücher über die Katharer und den Gral. Als aber seine Homosexualität öffentlich wurde, wurde er zur Abhärtung in die Wachmannschaft des KZ Dachau gesteckt. Damit hatte er immense Probleme, verließ die SS und wurde kurze Zeit später tot in den Tiroler Alpen gefunden. Ob Selbstmord oder Mord ist bis heute nicht geklärt. Ebenso versuchte man eventuelle vorchristliche Relikte in einer Weise zu germanisieren, die eine uralte Hochkultur beweisen sollte. So erklärte man z.B. die Externsteine in Westfalen zum germanischen Stonehenge. Die „Wissenschaftler", die diese Dinge taten, waren meistens etwas abenteuerlustige Gestalten, die das „Ahnenerbe" für ihre Karriere nutzten. Das „Ahnenerbe" war aber nicht nur unwissenschaftlicher, gar harmloser Unsinn. Es war, wie jede Institution des „Dritten Reiches" zutiefst in die Verbrechen des Regimes verstrickt. So erstaunt weniger, dass der Leiter

des „Ahnenerbes“, **Wolfram Sievers**, nach dem Krieg in Nürnberg zum Tode verurteilt wurde, unter anderem wegen grausamen Menschenversuchen im KZ Dachau.

Insgesamt bietet sich die SS sicher am ehesten an, wenn man okkultistische Einflüsse im „Dritten Reich“ suchen will. Die Selbsteinschätzung des „schwarzen Ordens“ wird auch deutlich, wenn man sich in Westfalen die Wewelsburg anschaut, die von Wiligut und Himmler zur Ordenburg ausersehen war und der Mittelpunkt der Welt sein sollte. Die Burg wurde von KZ Häftlingen, von denen etwa 1.200 umkamen, in ein Schulungszentrum für höchste SS-Führer umgebaut. Wenn man sich die Pläne für die gigantischen Umbauten der Wewelsburg anschaut, erkennt man, dass sich die SS in der Tradition von Ritterorden sah. Einige Räume sind erhalten. Man kann dort die in der heutigen rechten Szene bewunderte „Schwarze Sonne“ besichtigen, ein Bodenmosaik aus Sigrunen. Wiligut fühlte sich zur so genannten Erberinnerung und Schilderung des Kampfes der letzten Jahrtausende zwischen Ariern und Minderrassen in Visionen befähigt. Als allerdings bekannt wurde, dass er viele Jahre in einer Nervenheilanstalt verbracht hatte, da er seine Frau tätlich bedrohte, musste Himmler seinen Okkultismusexperten aus der SS entlassen, ohne allerdings den Kontakt mit ihm völlig abzubrechen. Wiligut entwarf z.B. Ringe und Dolche für SS-Führer.

Die dunklen Hintermänner

Abschließend sei gesagt, dass sich dieser Artikel nur mit einigen Beispielen der Nazi-Okkultszene beschäftigt hat. Selbst wichtige Leute wie Alfred Rosenberg oder **Herman Wirth** kommen hier zu kurz oder fehlen ganz (*Zu Wirth siehe S. 19 in dieser Ausgabe*). Aber es dürfte deutlich geworden sein, dass es durchaus okkulte - im Sinne von vergessene oder kaum bekannten -, ja auch esoterische Wurzeln des NS-Regimes gab. Aber dies überzubewerten, kann zu der fatalen Einschätzung führen, dass finstere Kräfte im Hintergrund für Weltkrieg und Holocaust verantwortlich waren. Dies ist mit absoluter Sicherheit falsch. Die obskuren Vordenker des „Dritten Reiches“ sind zum Teil deswegen vergessen worden, weil sie selbst den Nazis so peinlich waren, dass sie nichts mehr veröffentlichen durften. Und wer Hintermänner sucht, sollte vielleicht lieber zu Fritz Thyssens Buch „I paid Hitler“ greifen, da kommt man wichtigen Erkenntnissen etwas näher. Heutige Autoren, die den Beitrag der „Esospinner“ im „Dritten Reich“ überbewerten, kommen meist selber aus der rechten oder esoterischen Szene. Der wahre Drahtzieher des Fiaskos des Dritten Reiches war niemand anderes als die Mehrheit der Deutschen, die in Hitler keinen Verbrecher, sondern einen Messias sahen.

Der Autor Michael Fehrin ist Referent des „Antirassistischen Bildungsforum Rheinland“ (ABR) und steht auch für Veranstaltungen zur Verfügung.
Kontakt über: bildungsforum@gmx.de

Kommentierte Literaturempehlungen

Daim, Wilfried
Der Mann der Hitler die Ideen gab:
Jörg Lanz von Liebenfels, Wien 1994
Daims These sollte mit allergrößter Vorsicht begegnet werden. Aber er hat viel interessantes Material über den wahnhaften, esoterischen Lanz gesammelt.

Goodrick-Clarke Nicholas
Die okkulten Wurzeln des Nationalsozialismus, Graz 1997
Eine der besten wissenschaftlichen Arbeiten zum Thema.

Gugenberger, Eduard
Hitlers Visionäre: Die okkulten
Wegbereiter des Dritten Reiches, Wien 2001
Gugenberger hat auch noch mehr zu dem Thema geschrieben. Leicht zu lesen, aber etwas oberflächlich mit einem esoterischen Touch.

Halle, Uta
„Die Externsteine sind bis auf weiteres germanisch!“ -
Prähistorische Archäologie im Dritten Reich, Bielefeld 2002
Detaillierter und wissenschaftlicher kann man einen Teilaspekt des Themas nicht darstellen (*siehe Rezension auf Seite 11*).

Hamann, Brigitte
Hitlers Wien – Lehrjahre eines Diktators, München 1996
Eine gut geschriebene fundierte Darstellung des völkischen Milieus in Österreich vor 1914.

Hamann, Brigitte
Winifred Wagner oder Hitlers Bayreuth, München 2002
Hier kann man nachlesen, wie verknüpft Hitler mit dem Wagner-Clan wirklich war.

Rissmann, Michael
Hitlers Gott – Vorsehungsglaube und
Sendungsbewusstsein des deutschen Diktators, Zürich 2001
Eine kurze Darstellung des Themas, die eine wissenschaftliche Entgegnung der besten Art gegen so genannte Kryptohistoriker enthält.

Sinner, Rüdiger
Schwarze Sonne – Entfesselung und Missbrauch der Mythen
in Nationalsozialismus und rechter Esoterik, Freiburg 1999
Sinner hat einen sehenswerten Film mit gleichem Titel gemacht, aber sein Ansinnen ist durchaus, den Menschen die „missbrauchten“ Mythen zurück zu geben.

Trimondi, Victor und Victoria
Hitler, Buddha, Krishna –
Eine unheilige Allianz vom Dritten Reich bis heute, Wien 2002
Überwältigend viel Material, leider aber nicht ohne Fehler und Oberflächlichkeiten.

Von Stefan Kowal

Religiöser Überbau

In NRW aktive Organisationen

Das Spektrum rechter Gruppierungen, welche sich als Heiden begreifen oder sich auf eine vermeintlich "nordisch-germanische" Tradition beziehen, ist breit. Es reicht von eher esoterisch orientierten Gruppen wie den "Germanischen Freunden" (*vgl. S. 20*), die offen agieren, bis hin zu jenen sehr behutsam arbeitenden Gruppen wie der "Artgemeinschaft", die als religiöser Arm des militanten Neonazismus bezeichnet werden kann. Ihre Bedeutung beziehen diese Gruppen nicht aus ihrer Größe, die maximal wenige hundert Mitglieder umfasst, sondern aus ihrer religiösen Funktion. Es handelt sich bei diesen nämlich nicht, wie oft behauptet, um pseudoreligiöse Gruppen, die ihren Neonazismus ummänteln, sondern tatsächlich um religiöse Gruppen. Diese religiöse Funktion, die aus Sinngebung, Bestätigung und Festigung besteht, ist es, die diese Gruppen gefährlich machen, so verschroben und verrückt sie auch zu sein scheinen. Sie geben militanten Neonazis den religiösen Überbau für ihre Taten. Aus diesem Grund sollten derartigen Gruppen nicht ungestört und unbeachtet bleiben. Im folgenden der Versuch einer Übersicht über eine Reihe von Organisationen aus diesem Spektrum, die zum Teil auch in NRW wirken.

"Arbeitsgemeinschaft Naturreligiöser Stammesverbände Europas" (ANSE)

Die ANSE wurde 1989 gegründet, von 1992 bis 1994 war sie ein eingetragener Verein. Sie versteht sich als ein Zusammenschluss von so genannten Stammesverbänden, wie z.B. die der Bajuwaren, der Ostariker, der Burgunder, Franken und Thüringer. Die einzelnen Stämme führen regelmäßig Treffen und Kulthandlungen durch, wie Sonnenwendfeiern, Julfeiern, Runenseminare oder Eddatreffen. Überregional nimmt die ANSE an verschiedenen Treffen, wie dem auf europäischer Ebene organisierten Fest der Leinernte, teil. Die ANSE vertritt eine Mischung aus heidnischer Germanentümelei und esoterischen Elementen. Ihr Konzept der Stammesverbände weist Parallelen zu den Regionalismusvorstellungen der "Neuen Rechten" auf und ermöglicht ein Agieren am Rand der Esoterik- und Ökologiebewegung. Die ANSE kann aufgrund enger personeller Verflechtungen als Vorfeldorganisation des "Armanenorden" bezeichnet werden. Auch in NRW ist ein eigener "Stammesverband" aktiv, der jedoch sehr verdeckt agiert.

"Armanenorden"

Der 1979 gegründete und heute ca. Fünfzig bis Hundert Mitglieder umfassende "Armanenorden" hat seinen Sitz in Köln beim "Großmeister" der Organisation, **Adolf Schleipfer**. Hervorgegangen ist der Orden aus der 1969 von Schleipfer neugegründeten "Guido von List Gesellschaft". Die "Armanen" sind eine ariosophische Gruppierung, die sich vor allem auf die Werke des österreichischen Antisemiten **Guido von List** bezieht. Nach List sind die "Armanen", die gleichbedeutend mit den Ariern sind, die Führer und Priester der Germanen gewesen. Die "Armanen" verstehen sich nicht als "One-World-Esoteriker", sondern als arisch-germanische Esoteriker, deren Handeln, Denken und Fühlen durch ihre Rasse und Art vorbestimmt sei. Sie hängen Weltverschwörungstheorien, z.B. hinsichtlich Freimaurerei und "Weltjudentum", an. Der Orden feiert außer gottesdienstähnlichen Kult-Handlungen auch eine Reihe von Festen, z.B. das "Sonnenwendfest", das "Herbst-Thing" und das "Ostara-Fest". Ihre Ideologie verbreiten die "Armanen" über die zweimonatlich erscheinende Zeitung "Irminsul", Herausgeber ist Adolf Schleipfer. Ein enges Verhältnis besteht zur ANSE, der "Gemeinschaft zur Erhaltung der Burgen e.V." und der "Guido von List Gesellschaft", bis zu deren Verbot auch zur "Nationalistischen Front" (NF) um **Meinolf Schönborn**.

"Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V."

Die wohl bedeutendste germanophile Gruppierung des Neonazismus ist die 1951 gegründete "Artgemeinschaft". Geführt wird der Vier- bis Fünfhundert Mitglieder starke eingetragene Verein von dem Hamburger Rechtsanwalt **Jürgen Rieger**. In NRW gehören oder gehörten eine Reihe von Kadern des militanten Neonazismus der "Artgemeinschaft" an und/oder waren für sie aktiv, so der Ex-FAP-Generalsekretär **Jürgen Mosler** aus Oberhausen, **Markus Spilker** aus Herford, **Reinhard Wolter** aus Aachen und de ehemalige WJ'ler, **Gerd Ulrich** aus Detmold. Programmatische Grundlagen der "Artgemeinschaft" sind das "Sittengesetz" und das "Artbekenntnis", welche eine Art "Glaubensbekenntnis" darstellen. Hauptpunkt des angeblich erblich "in uns" ruhenden germanischen Sittengesetzes ist die "eigene Art", welche mit germanisch, oder einfacher mit den Idealen und "Rassenmerkmalen", gleichgesetzt werden kann und die im Nationalsozialismus das Arische ausmachte. des Weiteren wird im "Artbekenntnis" eine biologische Naturnähe im

Jürgen Rieger

Sinne der Blut-und-Boden-Ideologie propagiert. "Viele junge Leute glauben, eine politische Befreiung dieses Landes sei möglich. Voraussetzung (...) ist zuerst die Befreiung unseres Geistes von den Ketten des uns aufgezwungenen Orientalismus." Neben der Wiedererweckung des Glaubens geht es der "Artgemeinschaft" um die Rekonstruktion der Volksgemeinschaft. Sie kämpft um "volkliche Einheiten wie Gau und Stamm, Reich und Volk. Lebendige geistige Wirklichkeit ist die Gemeinschaft des Blutes". Aufgebaut ist diese Gemeinschaft nach dem Führerprinzip. "Die Sippe, die im Volke die Führenden stellte (...) brauchte ein anderes Heil als die Geführten, denn auch das Sich-führen-lassen, das Dienen in einer Gefolgschaft eines Führenden war nur dann erfolgreich möglich, wenn man ein Heil besaß." Dabei beruft sich die Artgemeinschaft immer wieder auf Ideologen des Nationalsozialismus wie **Houston Stewart Chamberlain** und **Hans Friedrich Karl Günther**. Die "Artgemeinschaft" unterteilt sich in regionale Gefährtenschaften und Freundeskreise. So existiert in NRW z.B. die "Gefährtschaft Rhein/Maas", der "Freundeskreis Rheinland" und der "Freundeskreis Wittekindsland" (Ostwestfalen). Die Bandbreite der Mitglieder reicht von militanten Neofaschisten bis zu Personen aus der "Neuen Rechten". Die "Artgemeinschaft" veranstaltet regelmäßig Gemeinschaftstage, Sommersonnenwendfeiern und Julfeste. Vierteljährlich erscheint die "Nordische Zeitung". Die "Artgemeinschaft" ist personell eng mit nahezu allen Bereichen des Neonazismus verbunden, zeitweise übernahm sie die kulturelle Schulung der Mitglieder der verbotenen "Nationalistischen Front". "Die Artgemeinschaft ist kein 'Schönwetterverein', der friedlich, fröhlich, fromm und betulich bei Kaffee und Kuchen ein wenig von der Vergangenheit schwärmt. [...] Die Artgemeinschaft ist gezwungen worden, ein Kampfverband zu sein, der um die Möglichkeiten einer artgemäßen Lebensführung kämpfen muß", heißt es in einer entlarvenden Selbstdarstellung. Laut Angaben des Verfassungsschutzes NRW in seinem Jahresbericht hatte die "Artgemeinschaft" in NRW im Jahr 2002 30 Mitglieder, bundesweit 120.

Der "Bund Deutscher Unitarier"

Bei dem Ende 1991 gegründeten "Bund Deutscher Unitarier" (BdU) handelt es sich um eine Abspaltung der "Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft e.V." (DUR). Die Organisation gilt als Zusammenschluss der eigentlich eigenständigen Vereine Büsum, Mittelhessen und Bad Bevensen. des Weiteren ist die Existenz der Bereiche Bremen, Hannover, Mittelholstein und einiger Kreisgemeinschaften bekannt, in NRW beispielsweise eine in Düsseldorf. Außerdem sind einige mehr oder weniger prominente Einzelmitglieder aus NRW bekannt. Der BdU organisiert regelmäßig Vortragsveranstaltungen, Tagungen, Sonnenwendfeiern, Jugendleiten oder Feste zu angeblich germanischen Festtagen wie dem "Thorstag" oder "Hohenmaien". Als Vortragende traten **Robert Steuckers**, **Ralf Küttelwesch**, **Richard W. Eichler** und **Gerhard Heß** auf. Zweimonatlich erscheint der Rundbrief "Glauben und Wirken", der eine Mischung aus Gedichten und der Kernthese des BdU, die Notwendigkeit der Rückkehr zu "Europas eigener Religion" predigt. Um den angeblich gefährdeten biologischen Fortbestand und die "deutsche Identität" zu bewahren, wird auf Indianermystik, "Geschichtsrevisionismus", Germanenmythos und Runenkunde zurückgegriffen. Zwar ist die Organisation klein und von Überalterung gezeichnet, es gelingt ihr jedoch immer wieder, auch junge, seit Jahren aktive Kader für sich zu gewinnen.

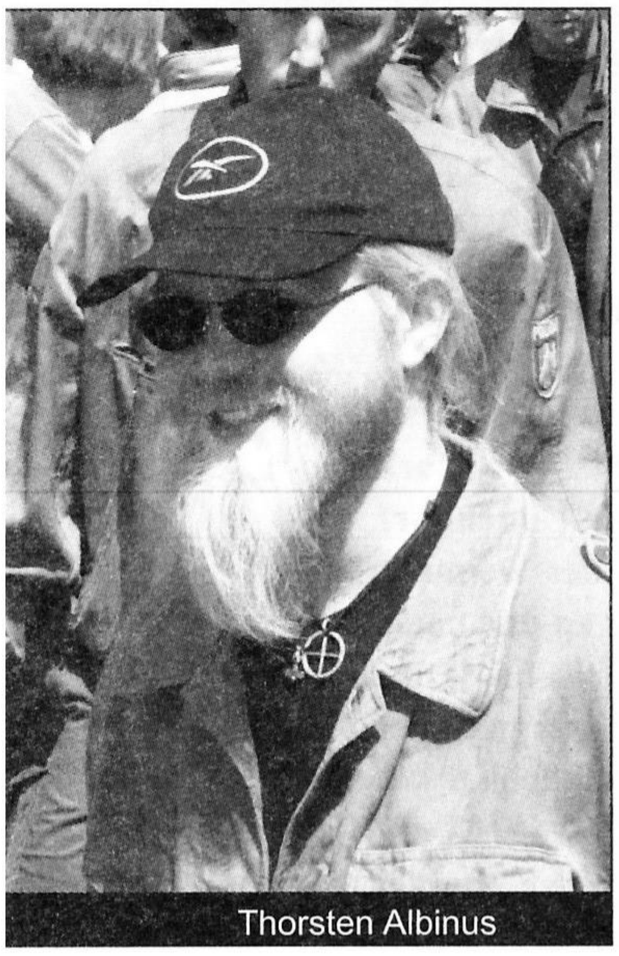
Der "Bund für Gotterkenntnis Ludendorff e.V."

Der "Bund für Gotterkenntnis Ludendorff e.V." (BfG) geht zurück auf den **General a.D. Erich Ludendorff** (1865 bis 1937) und dessen Frau **Mathilde Ludendorf**. Der General Ludendorf, ein "Volksheld" der Weimarer Zeit, näherte sich in den 30er Jahren Hitler an und unterstützte diesen. Inhaltlich wird der BfG bis heute auf Grundlage der Schriften Mathilde Ludendorffs gestaltet. In deren Hauptschrift "Triumph des Unsterblichkeitwillens" (1921) finden sich die Kernpunkte des BfG, die davon ausgehen, dass die Menschen über einen ererbten "Rassencharakter" verfügen, der auch ihr Schaffenspotenzial festlegt. Die Menschen unterteilt Ludendorf in Licht- und Schattenrassen. Die Lichtrassen seien von Freiheitswillen, Mut, heldischer Entschlossenheit erfüllt, die Schattenrassen dagegen seien erdgebundener und zeichnen sich durch Sklaventum sowie stumpfe Schicksalsergebung aus. Eine Blutsmischung führe zum "Volkstod". Das Christentum gilt als eine Facette der "weitweiten Verschwörung des Judentums", das "entwurzelte Jüdische Volk" erstrebe durch die "Zersetzung der Wirtsvolker" die Weltherrschaft. Der BfG wurde wegen dieses militanten Antisemitismus nach dem 2. Weltkrieg verboten, 1951 werden die "Ludendorffer" als BfG neugegründet. Neben Tagungen und Vortragen organisiert der BfG Jugendtreffen und Sonnenwendfeiern. Allerdings ist der BfG nicht in der Lage, in größerem Umfang Nachwuchs anzusprechen. Dieser kommt - wenn überhaupt - aus alteingesessenen Familien. Regelmäßig finden nur noch in Ostwestfalen Veranstaltungen statt.

Die "Deutsche Heidnische Front"

Die "Deutsche Heidnische Front" (*DHF, siehe auch LOTTA Nr. 7, S. 19*) ist ein Chapter der "Allgermanisch Heidni-

Fahne der "Allgermanisch Heidnischen Front"


Thorsten Albinus

schen Front". Diese wurde von dem nationalsozialistischen Black-Metal-Musiker **Varg Vikernes**, alleiniger Musiker des Projektes "Burzum" gegründet. Laut Selbstdarstellung versteht sich die DHF "als indogermanische, heidnische Gruppierung, deren Ziel es ist, unseren germanischen, arteigenen Glauben bedingt durch nordische Mythologie, Weltsicht und Spiritualität zu leben". Und weiter: "Die D.H.F sieht sich als Alternative zu Gruppen mit heidnischer Ausrichtung, die das völkische Element nicht in ihrer Weltsicht vertreten. Somit möchten wir als Anlaufpunkt und Sprachrohr für national gesinnte junge Heiden dienen, die bereit sind, ihr kulturelles und religiöses Erbe zu leben und weiter zu tragen." Die DHF ist in Bereiche und Gaue gegliedert. In NRW ist der "Gau Rheinland" aktiv, der vom Bonner **Thorsten Albinus** geleitet wird. Die DHF-Schrift "Tuisto" wird über ein Postfach in Hennef vertrieben, das auch von der Band "Halgadom" um **Frank Krämer** und dem Label "Sonnenkreuz" genutzt wird. Die DHF veranstaltet regelmäßig Kulturveranstaltungen, so zur Sonnenwende. Bei der DHF handelt es sich um eine kleine elitäre Gruppierung mit engen Verbindungen zur Black-Metal-Szene. NRW bildet mit dem in Hennef ansässigen Postfach und mit **Volker Schumacher**, dem Betreiber der DHF-Homepage aus Gütersloh/Remagen einen der regionalen Schwerpunkte der DHF-Aktivitäten.

Der "Orden von Thule"

Am 22. November 1992 gründete der Neonazi-Kader **Christian Malcoci** zusammen mit Gefolgsleuten im Rheinland den "Orden von Thule". Diese "Glaubens- und Kulturgemeinschaft", verstand sich als "Instrument zur Förderung der deutschen Kultur, zur Klärung von Glaubensfragen und zur Erforschung der mythischen Vergangenheit". Der Name spielte auf die 1918 gegründete "Thule-Gesellschaft" an, welche eine Keimzelle des antisemitischen Germanenkultes war (*siehe auch S. 13*), aus ihr kamen wesentliche Impulse für die Gründung der NSDAP. Ab Mitte 1994 erschienen zwei Ausgaben der Ordenszeitung "Thule", 1996 wurde die Zeitung eingestellt, die Redaktion nahm sich vor, die Kulturseite der "Berlin-Brandenburger Zeitung" (BBZ) zu gestalten, aber auch dieses Projekt scheiterte.

Am 13. Mai 2001 verkündete Christian Malcoci den Anschluss des "Orden von Thule" an die "Artgemeinschaft". Von einem angeblich weiter laufenden Bereich des Ordens gingen keine festzustellenden Aktivitäten aus.

"Germanische Freunde e.V."

Siehe Artikel S. 20

"Gesellschaft für europäische Urgemeinschaftskunde e.V." / "Herman-Wirth-Gesellschaft"

Siehe Artikel S. 19

Errata

1. In Ausgabe Nr.12 Seite 29 und Nr. 13 Seite 20 heisst es, der Bochumer Neonazi Claus Cremer sei Anmelder der neonazistischen Demonstration am 22. Februar 2003 in Bochum gewesen. Das ist nicht richtig.

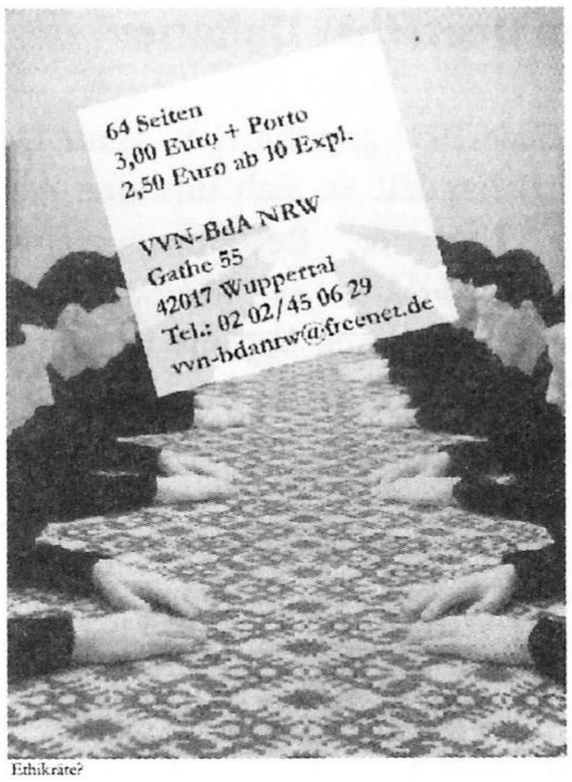
2. In der Nr. 13 ist auf Seite 26 beim Tippen versehentlich aus Erik Meierhoff ("Der Lokalpatriot") ein "Eric Meerhoff" geworden.

Wir bitten unsere LeserInnen, diese Fehler zu entschuldigen

Anzeige

Faschistisches Menschenbild, Gentechnik und Biopolitik

Herausforderungen an antifaschistische Arbeit



Ethikrate?

Ergebnisse eines Wochenendseminars

Kommission „Neofaschismus" der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BDA) in NRW und Hartmut-Meyer-Archiv

Von Hans Wagner

"Urgeschichtsforschung"

Zwischen Universität und Neonazismus

Vom 3.-6. Oktober fand in Bad Laer am Rande des Münsterlandes eine Tagung der "Gemeinnützigen Gesellschaft für europäische Urgeschichte - Ur-Europa e.V." statt. Es traten neben völkischen Schwärmern auch bekannte "Wissenschaftler" auf. Zumindest ein Teil der Referenten scheint in der extremen Rechten verwurzelt zu sein. Die Geschichte dieser Gesellschaft reicht bis in den Nationalsozialismus zurück. Das Feld der Ur- und Frühgeschichte scheint bis heute als "hervorragend(e) nationale Wissenschaft" angesehen zu werden, wie es deren Begründer, **Prof. Dr. Gustav Kossinna**, formulierte.

Traditions- und Kontinuitätslinien

Der "Ur-Europa e.V." wurde 1954 als "Gesellschaft für europäische Urgemeinschaftskunde e.V. / Herman-Wirth-Gesellschaft" gegründet. "Zweck des Vereins ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung auf dem Gebiet der europäischen Urgemeinschaftskunde, wie sie von Prof. Dr. Herman Felix Wirth (...) begründet wurde", heisst es in der Satzung. Beabsichtigt ist auch die "Schaffung einer zentralen Sammlung für Urgemeinschaftskunde" sowie, "durch wissenschaftliche Veranstaltungen" und "Veröffentlichung (...) die Urgemeinschaftskunde zu fördern". Zum Gründungsvorstand gehörte **Herman Wirth** persönlich, in dessen Tradition die Organisation steht, sowie seine Frau **Margarethe Wirth**. Herman Wirth behauptete, dass weltweit alle Kultur allein Produkt der atlantisch/nordischen (arischen) "Rasse" sei. Mit **Heinrich Himmler** gründete er 1935 die "Studiengesellschaft für Geistesgeschichte - Deutsches Ahnenerbe", deren Präsident er wurde. Als Kulturreferat der SS wurde das "Ahnenerbe" dem persönlichen Stab Himmlers angegliedert. Wirth stieg bis zum Hauptsturmführer auf, bevor er aufgrund seiner Unwissenschaftlichkeit selbst für die SS untragbar und 1937 als Präsident abgelöst wurde. Wie viele andere NS-Ideologen knüpfte er nach 1945 an seine pseudo-wissenschaftlichen Arbeiten im NS an und nahm seine "Studien" wieder auf. Er versuchte, verschiedene Projekte zu realisieren, als letztes scheiterte 1980 der Aufbau eines Museums in Lichtenberg. Er verstarb 1981 im Alter von 96 Jahren.

Der rassistischen Ausrichtung des Vereins entsprach die extrem rechte Ausrichtung seiner Akteure. So gehörte in den 70er Jahren der später wegen Auschwitzleugnung verurteilte Revisionist **Tiudar Rudolph** zum Vorstand. Die Vereinsmitteilungen werden in der im neonazistischen "Grabert-Verlag" erscheinenden Zeitschrift "Deutschland in Geschichte und Gegenwart" veröffentlicht. Zwar gehören dem Verein zumeist ältere Personen an, doch zählen zu den Besuchern der Veranstaltungen immer wieder auch jüngere Leute, wie 1996 der Neonazi-Kader **Steffen Hupka** und der "nationale Barde" **Frank Rennicke**. Auch eine Verjüngung des Vereinsvorstandes ist erkennbar.

Die Tagung vom 3.-6. Oktober 2003

Auf der Tagung referierte **Kai Helge Wirth** über "Das Rätsel der Sternbilder - Ein steinzeitliches Navigationssystem entschlüsselt", **Heinz Willi Wirth** über "Neue Erkenntnisse zu den Höhlenmalereien von Altamira", der ehemalige Vorsitzende **Paul Rohkst** hatte als Thema "Tiere als Symbole in vorgeschichtlicher Zeit" gewählt. **Matthias Wengner** hielt einen Vortrag mit dem Titel "Die Goldhüte der Bronzezeit". Wenger gründete schon 1980 zusammen mit dem Berliner Nazi-Rocker **Arnulf Priem** den "Asgard-Bund" und war später bei den "Armanen" und der "Heidnischen Gemeinschaft" aktiv. **Prof. Dr. Wolfhart Schlosser**, "außerplanmäßiger Professor" an der Fakultät für Physik und Astronomie der Ruhr-Universität Bochum, war gleich mit zwei Vorträgen vertreten. Er sprach über "Archäoastronomie heute" und über sein derzeitiges Projekt, "Die Himmelsscheibe von Nebra", mit dem er es schon bis ins Magazin "Der Spiegel" gebracht hat. Er trat 1991 auch auf der zweiten Horner Externstein-Fachtagung auf, die von einem weiteren Vortragenden der diesjährigen Tagung, dem Dortmunder Historiker **Ralf Koneckis**, organisiert worden war. Dieser referierte einmal auf den "Hetendorfer Tagungswochen", die u.a. von der "Artgemeinschaft - germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V." um den Neonazi-Anwalt **Jürgen Rieger** organisiert wurden.

Auf der Tagung war zudem eine Mitgliederversammlung des Vereins anberaumt, Satzungsänderungen standen an, die Schriftführerin **Sunnihilt Wellmer** und der Kassenwart **Jörg Fischer** wollten abgelöst werden. Zu beraten war auch der Umgang mit dem Erbe der jüngst verstorbenen **Frau Dr. Neumann-Grundrum**, einer völkischen Vorgeschichts-"Forscherin", sowie der Kauf einer Vereins-Immobilie.

Fazit

Der "Ur-Europa e.V." steht bis heute in der Tradition Herman Wirths und hat sich von dessen Gedankengut nicht gelöst. Immer noch ist er ein Tummelplatz von Personen aus der extremen Rechten. Er wird aber auch - und dies macht seine Gefährlichkeit aus - von seriösen bzw. vermeintlich seriösen Wissenschaftlern unterstützt. Dabei erfahren GeschichtsstudentInnen schon im Grundstudium, dass Vor- und Frühgeschichtsforschung á la Herman Wirth eine Pseudowissenschaft ist, die allein dazu diente, den NS zu rechtfertigen.

DIE STIMME DER UREINWOHNER

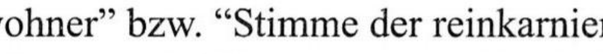
Geschichte:

Interplanetare Raumfahrt der Germanen

Alle Zeugnisse der alten Kulturen berichten unabhängig und übereinstimmend von den weißen Göttern die vom Himmel kamen und Wissen und Weisheit brachten. In vielen Mythologien heißt es, daß die Heimat der *Weißen Götter* ein ferner Planet gewesen sei, der zerstört wurde, bzw. nur noch lebensfeindliche Bedingungen bot.

Im Folgenden haben wir einige Fakten zusammengestellt, mit denen wir zu der Überlegung anregen möchten, daß der Urheimat nicht auf der Erde zu

Begebenheiten und Metaphern zu spirituellen Vorgängen zu erkennen. Lange Zeit leugnete die bezahlte Wissenschaft hier überhaupt einen realen Hintergrund anzunehmen. Dies geschah ganz im Interesse der Illuminaten, die bis heute ihr Fantasiekonstrukt der Geschichte fanatisch verteidigen – selbstverständlich mit ihrer seelenlosen Masse an der Spitze der Evolution. So wurden auch alle Überlieferungen mit den fliegenden *Weißen Götter* zu Märchen unserer unzivilisierten und beinahe noch auf den Bäumen lebenden Vorfahren abgestempelt. Wenn in den Mythologien sich die Götter mit allzumenschlichen Problemen kon-



rtät in der Grundschule

wert ist doch die Kinder-
h mancher Erwachsener,
ie Kinder spielen. Und tat-
einen gehen ganz in ihrem
cheren sich nicht um Mo-
der Leute und über die
ms. Sie leben geradewegs
h heraus. Oh wie gerne
rwachsene auch so sein.
rd nichts, weil er all' diese
verlernte und verdrängte.
die ihm heute zu einem

Also keine Fragen nach möglichen Beziehungen stellen, keine verklemmten Äußerungen die entsprechende Neugierde wecken, keine Dazu-bist-Du-noch-zu-klein-Mentalität an den Tag legen die dem Kind seine Rolle als Kind verhaßt macht. Auch wenn man dem Kind seine Kindheit läßt, so muß man sich keine Sorgen machen, daß es dadurch den Anschluß verliert. Denn der Tag, an dem es beginnt einen anderen Menschen zu vergöttern, wird so oder so kommen. Eine ausgedehnte Kindheit spendet jedoch lebenslang Kraft, weil man einen voll ausgelebten natürlichen Instinkt kennt.

Logie:

en-O

können
nit neue
ermanen
eigen, d
technole
nders
ckten
lem
Wis
zur
bishe
mani

Von Hans Wagner und Pierre Briegert

"Germanische Freunde e.V."

Rassenwahn und Verschwörungstheorie gemeinnützig?

"Die Gründe für den allmählichen Zerfall der Menschheit sind allesamt Begleiterscheinungen der derzeit herrschenden Bastardisierungsideologie, neudeutsch Multikulti. Die urgermanischen und germanischen Völker waren als Nachkommen und wiedergeborene Hyperboreer stets die schöpferische Basis der Menschheit." Offener und klassischer Rassismus, verbreitet im "Germanen Magazin" (GM), der monatlich erscheinenden "Stimme der Ureinwohner" bzw. "Stimme der reinkarnierten urgermanischen Priesterschaft", welche vom Verein "Germanische Freunde e.V." aus Velbert (Kreis Mettmann) herausgegeben wird. Dieser Verein, der laut seiner Satzung gemeinnützige Zwecke verfolgt, ist ein gutes Beispiel einer Synthese von Germanenkult, Weltverschwörungstheorien und zeitgemäßer Esoterik. Dieses Gebräu fußt hier deutlich auf einem heidnisch/rassischen Hintergrund.

"Revolte gegen die moderne Welt"

Die "Germanischen Freunde" (GF) phantasieren sich eine anzustrebende bzw. zurück zu gewinnende, intakte vorzivilisatorische Welt zusammen, in welcher man (wieder) leben will. Zur Beschreibung dieses Zustands wird auf den Theoretiker des italienischen Faschismus **Julius Evola** zurückgegriffen, dessen Aufsätze über den "Natursinn" veröffentlicht werden. Evola schrieb von einer sehr hochstehenden, esoterisch weit entwickelten "Rasse", den Hyperborean. Diese lebten - wie sollte es auch anders sein - hoch im Norden, in einem Land, welches die Griechen später "Thule" nannten. Hauptsymbol dieser war die "Svastika" bzw. das Hakenkreuz, welches sie von hier aus verbreiteten. Evola ging von einem nordischen Sonnenkult aus, dessen spirituelle Führer die als Ständegesellschaft konzipierte Gemeinschaft führten. Demokratie war für Evola eine Herrschaft des Schwachen und des Pöbels. Schuld am Niedergang war nach Evola die voranschreitende Zivilisation mit ihren egalitären Vorstellungen, also die französische Revolution, das allgemeine Wahlrecht etc.. Sein Hauptwerk trägt den Titel "Revolte gegen die moderne Welt". Im "Germanen Magazin" heißt es zum anzustrebenden Ziel: "Wir wollen wieder frei und im Einklang mit der Natur leben, wie wir es früher in den germanischen Stämmen und noch früher in Atlantis/Hyperborea taten. Wir werden nun alle unsere Kräfte darauf konzentrieren – als ethnische Minderheit in unserem Land – unserem Anspruch auf ein eigenes Territorium gelten [sic!] zu machen. Unser Ziel ist es einen germanischen Staat zu gründen, erst dort werden wir wieder – unserem germanischen Wesen nach – friedlich leben können." Überschrift des Artikels: "Rassismus gegen uns Germanen". Man fühlt sich also ernsthaft aufgrund seiner "germanischen Rasse" verfolgt, bedroht, gar dem Untergang nahe und das nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern.

Der Rassismus der "Germanen"

Im "Germanen Magazin" werden regelmäßig Artikel über die angebliche kulturelle Überlegenheit der Germanen veröffentlicht. Diese "Hochkultur" würde alle anderen Kulturen befruchten. So gründeten ihrer Meinung nach die Germanen sowohl die chinesische, die südamerikanische als auch die ägyptische Kultur. Dieses lässt sich nur auf Grundlage der Annahme rassischer Überlegenheit herbei fantasieren, die sich auch in fast jeder Ausgabe des GM finden lässt: "Die Zivilisationen wurden zu allen Zeiten von unvermischten Hyperboreern gegründet und zerfielen im Chaos und Barbarei sobald sich bei ihnen der Multikulti durchsetzte." Die Aussage ist mehr als deutlich: "Zerfall" durch "Rassenvermischung". Oder: "Ein Teil dieser Spezies Mensch ragt von seiner äußeren Erscheinung für uns Germanen besonders anmutig hervor. Raten Sie mal wer? Ja richtig! Wie sollte es auch anders sein, es sind die Germanen. Allein ihre äußere Erscheinung hat gereicht um in vielen Kulturen als Götter oder Halbgötter

[1] Siehe "Germanen-Magazin" Nr. 17/Lenzing 2002, Titelseite. Es wurde hier von den "Germanischen Freunden" mit positivem Bezug eine angebliche Aussage eines "Stephan Lermer, Münchener Psychologe, Biologe und Paartherapeut" zitiert.

verehrt zu werden". Dieser Rassismus gilt nicht nur für die Biologie, sondern auch für die Kultur: "Die Germanen (...) verfügten noch über das jahrtausendealte Wissen ihrer hyperboreischen Vorfahren aus Atlantis." Und sind natürlich blond: "Blond ist das Helle, das Engelhafte, das Reine und die Sonne. Nur Penner sitzen im Schatten. Im Licht thront das Potentat [...]"[1]

Verschwörungsphantasien

Die Idee eines omnipräsenten, verschworenen und unsichtbaren Feindes gehört zum Standardprogramm der extremen Rechten. Zumeist ist hierbei bei genauem Hinsehen ein vermeintliches "Weltjudentum" gemeint. Im "Germanen-Magazin" finden sich zwar keine offen antisemitischen Angriffe, dafür aber versteckte: Es geht um die Macht der allgegenwärtigen "Illuminaten". In diesem Zusammenhang wird dann z.B. auch **Des Griffin** eingeführt, der vor allem durch sein Werk "Wer regiert die Welt?" bekannt wurde. Es handelt sich dabei in weiten Teilen um eine Neuauflage der "Protokolle der Weisen von Zion", einer plumpen antisemitischen Fälschung aus der Zeit der Jahrhundertwende (*siehe LOTTA Nr. 13, Seite 40*). Aus der Sicht der "Germanischen Freunde" sind es vor allem die USA, in denen die "Illuminaten" zur Macht gelangt seien. So hätten "Yankee-Truppen, (...) im Irak für die Interessen der Illuminaten das ganze Land" zerstört.

Die "Erleuchteten"

Der "Germanischen Freunde e.V.", Eigenangaben zufolge 2001 gegründet, ist eine kleine Organisation, wenngleich sie sich auf ihrer Homepage als "größter urgermanischer Kulturverein" vorstellt. 1. Vorsitzender ist der 26-jährige "Schriftsteller" **Martin Hasenpflug**, aus Velbert, 2. Vorsitzender der ebenfalls 26-jährige Student **Stefan Wrzalik** aus Wiesbaden und Schatzmeister der Diplomingenieur und Architekt **Rainer Hasenpflug** aus Velbert. **Martin Hasenpflug** will eigenen Angaben zufolge den Verein "ins Leben gerufen" haben. Er ist Autor zweier esoterischer Bücher über eine angeblich Gott repräsentierende Ur-Energie, eine "Essenz". In seinem Buch "drückt sich die Essenz erneut aus, um das Allzeit-Wissen auch heute zur Verfügung zu stellen." Der Autor muss demnach glauben, über besondere spirituelle Fähigkeiten zu verfügen, wie z.B. die "Erberinnerung" oder eine Art "Erleuchtung". Rainer Hasenpflug lässt sich auch schon mal im Hier und Jetzt sehen. Anlässlich des Krieges im Irak organisierte er mit seiner "Velberter Initiative für Frieden" (VIFF) Infostände in Velbert unter dem Motto "Nein zum Holocaust im Irak". Die Lokalpresse berichtete wohlwollend.

Ungewollte Nähe?

Wen die bei einer Analyse ihrer Texte leicht erkennbaren extrem rechten Inhalte der GF ansprechen, wird im Gästebuch der "Germanischen Freunde" überdeutlich. Emailadressen wie: Aryangirl69@[...], Nordmann88@[...] und bloodhunter88@[...] sprechen eine klare Sprache. Da findet sich ein NPD-Aktivist als "Thulesohn", "Mareike aus Siegen" hält es mit dem RechtsRock und bezieht sich mit ihrem Zitat "Ran an den Feind" auf die neonazistische Kultband "Landser". "Zech aus Wolfsburg" schreibt: "Für die Parteien nichts, für Deutschland alles." "Rolf aus Bremen" hat Interesse an Geschichte, "auch spezielle Bereiche", wie er schreibt. Was er damit meint, zeigt sein Zitat: "Meine Ehre heißt auch Treue". Alleinig das Wörtchen "auch" trennt ihn vom Wahlspruch der SS. Typisch und bezeichnend sind auch die Interessen von "Waldteufel", der neben "Geheimgesellschaften", **Jan van Helsing** (Pseudonym von **Udo Holey**) und Verschwörungstheorien auch die "Thulegesellschaft", den "Germanenorden", die Wewelsburg und die dort von der SS geschaffene "Schwarze Sonne" als Interessengebiete angibt.

Fazit

Auf den ersten Blick mögen die "Germanischen Freunde" unbedeutend, gar lächerlich erscheinen, aber es sind Vereine wie dieser, welche das Bindeglied zwischen den Inhalten und Strukturen der neuheidnisch-neonazistischen Szene und dem Mainstream der Esoterik-Szene darstellen. Und sie agieren nicht ausschließlich abgeschottet in germanischen Erdlöchern, träumen von Atlantis und Reinrassigkeit und alpträumen vom Aussterben alles Blonden, sondern sind im Internet präsent, geben eine eigene Zeitschrift heraus, organisieren hin und wieder Zeltlager, bei denen auch Nichtmitglieder willkommen sind, tummeln und präsentieren sich zur Sonnenwende an den Externsteinen etc.. Genau in dieser Brückenfunktion liegt die Relevanz von Organisation, wie den "Germanischen Freunden". Eine Aufgabe, die ihnen nicht zuletzt durch die Anerkennung als eingetragener Verein erleichtert wird. Ein Verein, der eventuell sogar vom zuständigen Finanzamt als gemeinnützig anerkannt ist. Eine vom zuständigen Vereinsregister im Velberter Amtsgericht angeforderte Bescheinigung über die Bewilligung einer solchen Gemeinnützigkeit wurde indes von den "Germanischen Freunden" bis heute nicht beigebracht. Für irdische Bürokratie scheint sich der Verein nicht sonderlich zu interessieren. Dafür aber der für Velbert zuständige Polizeiliche Staatsschutz aus Düsseldorf, der eigens anreiste, um die Unterlagen des Vereins zu kopieren.

Das Interview wurde geführt von Stefan Kowal

„Das können wir hier nicht lösen"

Interview mit einem Aktivisten der Antifa Detmold

LOTTA-Redakteur Stefan Kowal sprach Mitte Oktober mit einem Antifaschisten aus Detmold über Möglichkeiten antifaschistischer Intervention gegen neuheidnische Aktivitäten in Ostwestfalen

Du bist schon seit vielen Jahren in verschiedenen antifaschistischen Zusammenhängen in Detmold aktiv. Detmold liegt ja in der Nähe der Externsteinen, des Hermannsdenkmals und auch die SS-Kultstätte Wewelsburg ist bei euch in der Nähe, deshalb seit ihr ja besonders mit dem Thema „Heidentum" konfrontiert. Uns interessiert, welche Erfahrungen ihr als Antifaschistinnen und Antifaschisten gesammelt habt und wie ihr mit der Problematik umgegangen seid.

Na ja, konfrontiert werden wir mit dem Problem hier schon sehr lange. Schon im NS waren die Externsteine Kultstätte. So alt bin ich zwar noch nicht, aber ich kann mich noch an die 80er Jahre erinnern, als die inzwischen verbotenenen Organisiationen „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP) und „Wiking-Jugend" (WJ) Aufmärsche und Treffen an den Externsteinen verantalteten. Damals ist versucht worden, diese Treffen zu verhindern oder zu blockieren. Auch die „Nationalistische Front" (NF), die in den 90er Jahren in der Nähe von Detmold ein Zentrum hatte, hat dort Treffen organisiert. Auch heute finden regelmäßig Treffen statt, aber von denen bekommen wir selten etwas mit, außer, dass später Leute erzählen, da seien wieder mal komisch gekleidete Leute rumgelaufen. Das auffälligste für uns sind die Sommersonnenwenden, wo jedes mal viele Nazis am Start sind.

Kannst du uns etwas mehr zu diesen Sommersonnenwenden sagen? Also, was da so abläuft und was für ein Publikum da kommt.

Früher haben sich vor allem Gruppen getroffen, die eindeutig der Nazi-Szene zuzuordnen sind, da war das noch recht einfach. Heute ist das ein richtiges Happening, es kommen so zirka 1.000 Leute. Die meisten aus der Eso-Szene, so richtige Germanenfreaks, spirituell angehauchte Frauen, dazu so genannte Hexen, aber auch Leute aus der Metal-, Black-Metal- Dark-Wave- und nicht zuletzt der Skinhead-Szene. Die eindeutige Mehrheit sieht aber eher esomäßig und ‚normal' aus. Seit einigen Jahren sind es aber wieder mehr offen auftretende Nazis, deshalb ist jetzt auch immer viel Polizei vor Ort. An dem Abend bzw. am Wochenende ist großes Treffen, bei dem alle zusammen auf der großen Wiese sitzen, ums große Feuer tanzen und irgendwelche Kulte vollziehen.

Wie ist denn euer Umgang mit diesem Treffen?

Auch das ist sehr unterschiedlich, früher zu WJ/FAP-Zeiten haben wir eher versucht, so was zu blockieren und zu verhindern, auch haben wir damals die eigenen Strukturen schützen müssen. Des Weiteren haben wir über die ganzen Jahre Infoveranstaltungen zu den Gruppen, die sich dort treffen und zu deren Inhalte gemacht. In den letzten Jahren haben wir auch Flugblätter an den Steinen verteilt und versucht, dort den militanten Nazis etwas entgegenzusetzen. Aber das ist sehr schwierig.

Wo siehst du denn die größten Probleme?

Das Ganze ist total unübersichtlich geworden. Durch den Eso-Boom ist das jetzt ein richtiges Volksfest. Kleine Nazitreffen allein sind ja schon ein Problem, da die antifaschistische Bewegung nicht gerade im Aufwind ist. Aber da wusste man ja wenigstens, was zu tun ist, aber so wie die Lage jetzt an den Externsteinen ist, kann man kaum noch was machen, da läuft einfach alles durcheinander. Das ist wie die große „Volksgemeinschaft Externsteine". Ich will damit nicht sagen, dass das jetzt alles Nazis werden oder die alle einer Meinung sind, aber es gibt keine Ab- oder Ausgrenzung, sondern ein fröhliches Mit- oder zumindest Nebeneinander.

Und wie geht ihr mit der Situation um? Welche Aktionen habt ihr gemacht und wie sind diese so angekommen?

Wie schon gesagt machen wir recht regelmäßig Infoveranstaltungen, aber damit erreicht man ja nur die eigenen Leute und einige interessierte Bürger, aber die Veranstaltungen sind dennoch wichtig, um Hintergründe zu vermitteln. Wenn an den Externsteinen was passiert, spricht die Polizei entweder von Krawallen oder von Auseinandersetzungen zwischen rechts und links. Durch Verteilen von Flugblättern wollten wir eine Abgrenzung der Esos von den militanten Nazis erreichen. So richtig geklappt hat das nicht, denn für die Esos sind wir lediglich Störenfriede und haben vom Thema keine Ahnung. Mit einer reinen Kritik an den Nazis kommt man da ja vielleicht noch durch, aber wenn man nur ein einziges kritisches Wort über Esoterik verliert, machen die entweder dicht oder sagen „setzt dich mal hin und wir fühlen zusammen die Schwingungen der Erde". Völlig durchgeschossen...

Was überlegt ihr euch jetzt an weitergehenden Möglichkeiten?

Letzten Sommer wurde diskutiert, ein antifaschistisches Camp am Sonnenwend-Termin auf dem Platz zu machen und so den Platz zu besetzen. Davon sind wir aber wieder abgekommen, einmal weil man schon sehr viele Menschen bräuchte, damit die Situation vor Ort nicht eskaliert, da die Leute ja trotzdem kommen und unter denen auch einige Militante sind. Außerdem glauben wir nicht, dass wir das organisatorisch geschafft hätten. Letztes Jahr sind auch Flugblätter mit der Forderung verteilt worden, dass der Landesverband, der „Hausherr" das Treffen verbieten soll. Wir sind uns nicht einig, ob das ganze einen positiven Effekt hatte oder ob wir als die Kritiker für alle die Feinde sind, die denen den Spaß bzw. den Kult schlecht machen wollen und es dadurch quasi zu einem Bündnis Esos-Nazis kommt. Gerade in dem Jahr, als das Verbot gefordert wurde, waren dann super viele Leute da. Vielleicht auch wegen des gemeinsames Feindes und so.

Gab es da nicht auch immer Zwischenfälle?

Zwischenfälle gibt es immer eine ganze Menge. Was ich am krassesten finde, ist, dass letztes und vorletztes Jahr, und auch früher schon einige Male, direkt am Anfang der Sonnenwendfeiern Personen von den Steinen gestürzt und dabei uns Leben gekommen sind. Zum Teil wirklich versehentlich abgestürzt, zum Teil, weil sie im Rahmen des Kultes völlig verwirrt waren und herunter sprangen. Die restliche „Feiergemeinde" hat das nicht interessiert, die haben einfach weitergemacht.

Anm. der LOTTA: Bei dem 2001 in den Tod Gestürzten handelte es sich um ein Mitglied der zumindest am Rande des rechten Teils der Dark-Wave-Szene stehenden Band „Notwende". Ihm zu Ehren findet sich ein Lied auf einem Leni Riefenstahl gewidmeten Sampler des Labels VAWS von Werner Symanek aus Oberhausen.

Und was nun? Seht ihr da überhaupt noch irgendwelche Möglichkeiten?

Die Leute, die zu diesen Treffen kommen, reisen bundesweit an und sind dann höchstens 48 Stunden hier in der Region, was die Sache nicht einfach macht. Ich denke, wir könnten bei den Esos schon viel erreichen, wenn die eine Sekunde nachdenken würden. Den Militanten muss man natürlich entgegentreten, was im Moment aber auch schwierig ist. Um das noch mal klar zu machen: wir wollen nicht nur die Stiefelnazis weg haben und der Rest feiert und kultet in Ruhe weiter. Aber ich sehe da schon einen Unterschied und deshalb muss man auch unterschiedlich mit denen umgehen. Diese ganze Esowelle und das damit einhergehende rechte Gedankengut sind ein gesamtgesellschaftliches Problem, das können wir hier so nicht lösen. Wir können höchstens gegen die militanten Neonazis einschreiten, mehr ist im Moment einfach nicht drin.

Vielen Dank für das Interview und viel Erfolg bei eurer weiteren Arbeit.

Von Bernd Onnor

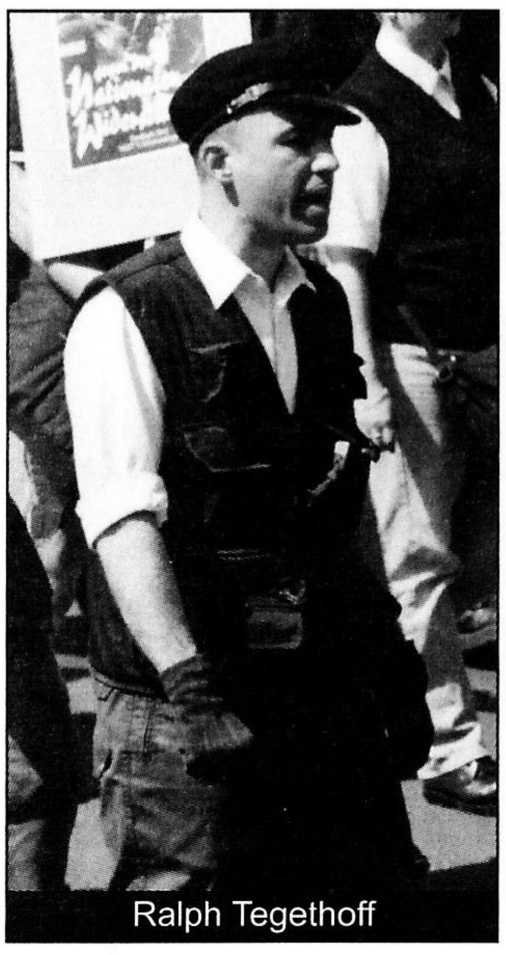
Der Bericht aus Bonn

Neonazismus in Bonn und im Rhein/Sieg-Kreis

Im sechsten Teil der Berichte über Neonazismus in einzelnen nordrhein-westfälischen Regionen, soll es um die Szene in Bonn und dem angrenzenden Rhein/Sieg-Kreis gehen. Der folgende Artikel ist auf Grundlage der Erkenntnisse und Beobachtungen antifaschistischer Gruppen und Einzelpersonen aus dem Großraum Bonn/Rhein-Sieg geschrieben worden. Neben einer Beschreibung der Entwicklung soll auch der Versuch einer Einschätzung der aktuellen Situation sowie der von der hiesigen Nazi-Szene ausgehenden Gefahren unternommen werden.

Von der WJ und FAP zur "Freien Kameradschaft Bonn/Rhein-Sieg"

Seit Anfang der achtziger Jahre kann von einer kontinuierlichen Entwicklung der regionalen Neonazi-Szene mit Auswirkung auf ihre heutigen Strukturen und Betätigungsfelder gesprochen werden. Jugendliche wurden von der am 10.11.1994 verbotenen "Wiking-Jugend" (WJ) rekrutiert und an die "Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei" (FAP), teilweise auch an die NPD weitergereicht. So startete auch **Ralph Tegethoff** seine braune Karriere 1977 in der WJ. 1984 war er bereits Kreissekretär in der FAP Bonn/Rhein-Sieg. Als 20-Jähriger wurde er bei Sprengübungen erwischt, aber, obwohl sein neonazistischer Hintergrund bekannt war, zu lediglich 15 Sozialstunden verurteilt (*siehe auch "Was Tun?! Das Antifa-Magazin für Bonn/Rhein-Sieg" Nr. 8, Juni/Juli 2002*). Zwischenzeitlich gehört Tegethoff zum Stamm der bundesweiten Neonazikader (*vgl. LOTTA Nr. 10, S. 16*).


Ralph Tegethoff

Der FAP-Kreisverband Bonn/Rhein-Sieg zählte zu seinen Hochzeiten zirka 80 Mitglieder und fiel durch brutalen Straßenterror, u.a. durch Brandstiftungen und Mordversuche an AntifaschistInnen, aber auch Fememorde innerhalb der eigenen Szene auf. Außerdem unternahmen die "Kameraden" um Tegethoff Wehrsportübungen im nahe gelegenen Siebengebirge. Tegethoff baute seinen Zögling **Norbert Weidner**, einen Prügel-Skinhead mit geistigem Potenzial und Organisationstalent, zu seinem Stellvertreter auf. Dieser steckte hinter der Gründung von Ein-Nazi-Organisationen wie der "Anti-Antifa Bonn" und der "Nationalen Pressegruppe Bonn" (NPB). Mitte der neunziger Jahre fiel der Bonner , der sich bis in die FAP-Bundesspitze hochgediente hatte, durch seinen medienge-recht inszenierten ‚Ausstieg' aus der Neonazi-Szene (*siehe Lotta Nr. 13, S. 12*) und Einstieg in die Techno-Drogenszene auf. Die so entstandene Lücke konnte nur spärlich gefüllt werden. So musste nun zum Beispiel der für derartige Aufgaben offensichtlich ungeeignete **Jens-Ulrich Blaukat** aus St. Augustin zu Bundestreffen der "Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene" (HNG) reisen, um die Bonner Neonazi-Szene zu vertreten.

Der FAP-Kreisverband Bonn/Rhein-Sieg gehörte bis zu seiner Auflösung am 28. Mai 1994 zu den mitgliederstärksten und aktivsten FAP-Strukturen bundesweit. Mit seiner Selbstauflösung kam er dem FAP-Verbot vom 24. Februar 1995 zuvor. In den folgenden Jahren hielt sich Tegethoff in der Öffentlichkeit mit neonazistischen Aktivitäten zurück, was insbesondere auf familiäre Hintergründe zurückzuführen ist. Im Verborgenen baute er aber mit altgedienten FAP-Recken die heutige "Freie Kameradschaft Bonn/Rhein-Sieg" auf, die seit einigen Jahren auch unter dem Namen "Sturm 8/12" firmiert und auf vielen neonazistischen Demonstrationen im gesamten Bundesgebiet anzutreffen ist, regional aber wenig von sich hören lässt. Bei internen Meinungsverschiedenheiten um die Führung

dieser "Kameradschaft 8/12" hatte sich Tegethoff endgültig durchgesetzt. Er selbst taucht in den letzten Jahren häufig bundesweit als gern gesehener Redner auf Aufmärschen auf. Zuletzt sprach er in Dortmund am 20. September und 25. Oktober diesen Jahres. Und er pflegt auch Kontakte zur NPD. Sein Buch über das Leben und Wirken des Nazi-Generalmajors **Otto Ernst Remer** (1997 im Exil in Spanien gestorben) erschien im September 2002 im NPD-eigenen "Deutsche Stimme Verlag". Auch auf Veranstaltungen und Demonstrationen der NPD ist er als Redner und somit quasi Repräsentant der "Freien Kameradschaften" zugegen. So beispielsweise am 6. Mai 2000 bei der NPD-Demonstration in Essen, auf dem "1. Freiheitlichen Kongress des Deutsche Stimme Verlag" vom 23. bis 25. Mai.2003 in Leipzig und auf der NPD-Demonstration am 14. Juni 2003 in Dresden.

Zu den in letzter Zeit umtriebigsten Kameradschaftsmitgliedern gehört zweifelsohne der ehemalige FAPler **Stephan Sieben**. Als ‚Vorzeigenazi' schon Anfang der 90er Jahre international bekannt geworden (Foto als FAP-Trommler auf der Titelseite israelischer Tageszeitungen anlässlich der Pogrome in Hoyerswerda und Rostock), betätigt er sich als fester Bestandteil in den NRW-Ordnerstrukturen und wird auch öfter ohne den Rest der "Kameradschaft 8/12" auf Veranstaltungen von "Pro Köln" und des "Kampfbundes Deutscher Sozialisten" (KDS) angetroffen.

Die NPD im regionalen Raum

Auch die NPD gedieh prächtig an Rhein und Sieg. Die regionalen Kader der Partei stammen ebenfalls zum Großteil aus der WJ. Der langjährige Bundesführer der WJ, der am 27.02.2003 zur "Kameradschaft Walhalla" abberufene **Wolfgang Nahrath** aus Stolberg bei Aachen, gründete den NPD-Kreisverband Bonn. Als Strohmann setzte er **Hans-Robert Klug** aus Bonn-Duisdorf zum Vorsitzenden ein. Nach der Auflösung der FAP und der "Initiative Gesamtdeutschland" (IG), einem partei- und organisationsübergreifenden Zusammenschluss von Neonazis im Bonner Raum, erhielt Klug von Nahrath die Anweisung, möglichst viele "Kameraden" im NPD-KV Bonn zu sammeln. Nahrath erhoffte sich durch eine möglichst große Anhängerschaft eine Stärkung seines Einflusses auf NPD-Landes- und -Bundesebene und damit eine stärkere Einbindung von offen neonazistisch auftretenden Kräften in die NPD.

Klug, dessen Nachname seinem Intelligenzquotienten diametral entgegen stehen dürfte, verzeichnete immerhin einige Achtungserfolge und organisierte mit einigen ebenso Klugen ein wöchentliches Treffen in seiner Wohnung. Mitte bis Ende der 90er Jahre fanden in Bonn mehrere Veranstaltungen und Kundgebungen statt, die mehr oder weniger von Klug organisiert worden waren. Erwähnenswert hierbei sind folgende ‚Highlights':

03.10.1996: Kundgebung auf dem Bonner Münsterplatz, die gegen die ausdrückliche Order der NPD-Führungsebene stattfand. Nahrath hatte Klug telefonisch mit der Organisation einer öffentlichkeitswirksamen Veranstaltung und des so genannten "Deutschlandtreffens" der NPD beauftragt. Unter den 149 Teilnehmer-Innen des Spektakels befanden sich letztendlich sowohl der erst seit einigen Monaten amtierende NPD-Bundesvorsitzende und Nachfolger des inhaftierten **Günter Deckert**, **Udo Voigt**, als auch der JN-Bundesführer **Holger Apfel**.

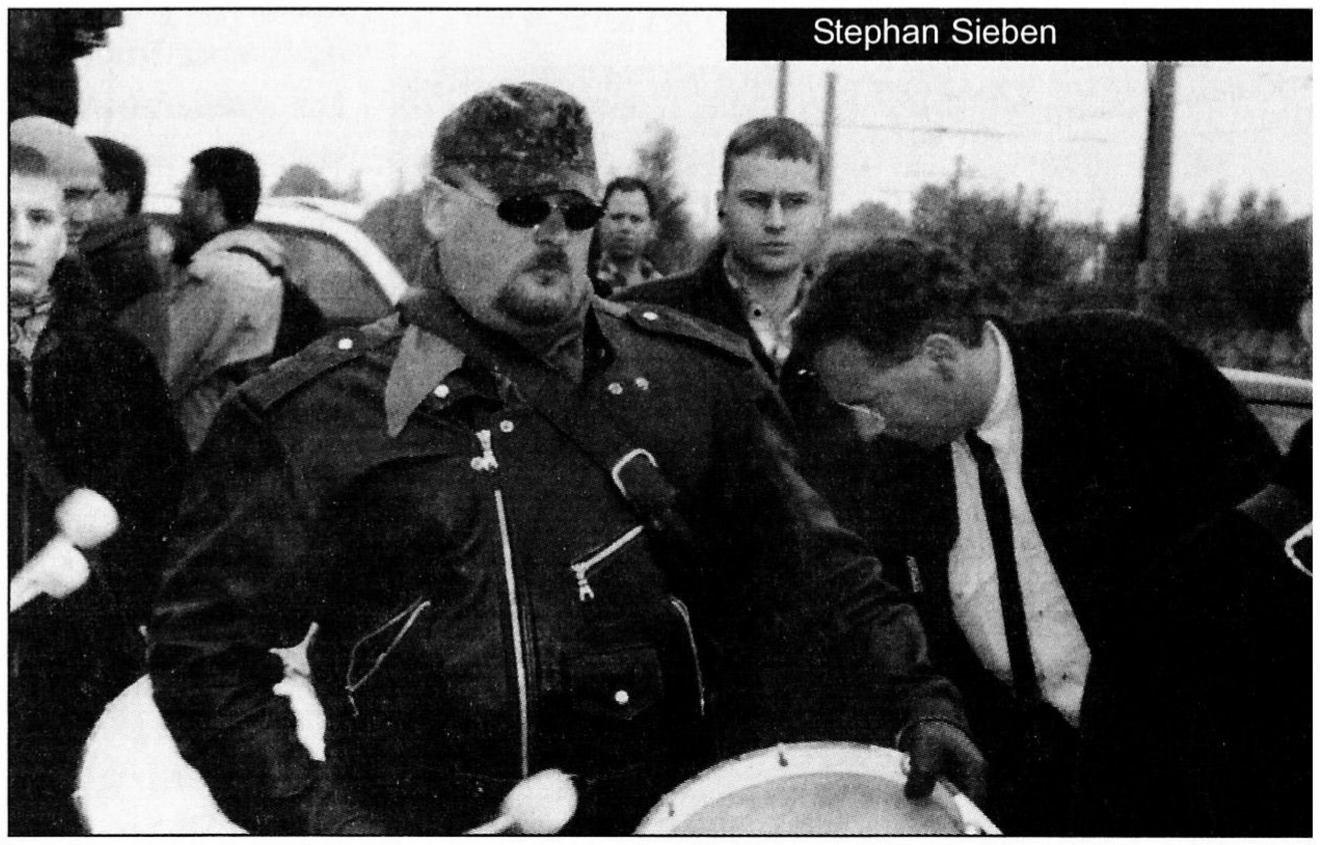
08.11.1996: Liederabend mit dem nationalen Heulbarden **Frank Rennicke** im Ortsteilzentrum Bonn-Dottendorf, der durch beherztes antifaschistisches Eingreifen massiv gestört wurde.

04.04.1998: Veranstaltung des inzwischen in die NPD-Vorfeldorganisation "Deutsches Kulturwerk" übergegangenen "Bonner Kulturwerkes" mit dem verurteilten Rechts-Terroristen **Manfred Roeder** in der Bonner Kneipe "Nordlicht".

(Quellen: Antifa Jugendinfo Bonn/Rhein-Sieg Nr. 21 und 22)

Der NPD-Kreisverband Bonn ist allerdings zurzeit inaktiv. Hans-Robert Klug taucht jedoch noch sporadisch auf Demonstrationen auf, so in Dortmund am 20. September diesen Jahres.

Auch im Rhein-Sieg-Kreis organisierte ein ehemaliger "Wiking-Jüngling" die NPD-Strukturen: **Marcus Spruck**, Jahrgang 1966. Nach einem kurzen Intermezzo beim, der bündischen Jugend zugehörigen "Sturmvogel" hatte er seine politische Heimat letztendlich in der NPD gefunden und kürte sich zum Vorsitzenden des NPD-KV Rhein-Sieg. Zwischen Spruck und dem Kameradschaftsführer Tegethoff bestehen seit jeher persönliche Differenzen. Dies hielt einzelne Kameradschaftsangehörige allerdings nicht davon ab, auf beiden Hochzeiten zu tanzen. Sowohl **Andreas Hörning** als auch die beiden Ex-FAPler **Frank Krämer** und Jens-Ulrich Blaukat schafften diesen Spagat meisterhaft. Freitags abends Kameradschaftstreffen und Wehrsport, sonntags mittags "braves" Flugblattverteilen für die NPD. Auch ein weiterer wichtiger Funktionär der

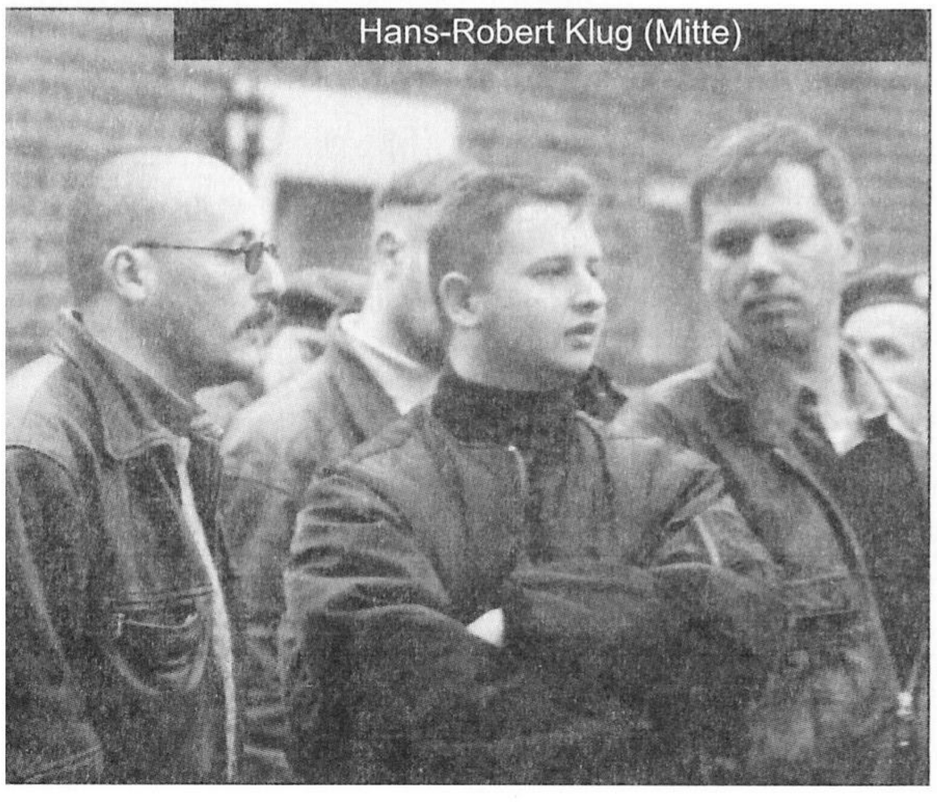


Stephan Sieben

regionalen Naziszene fand sich in der NPD wieder: der Bonner **Hans-Peter Krieger**. Die in seiner langjährigen Tätigkeit in der FAP erworbenen Kontakte nutzte er als Organisator der bereits erwähnten "Initiative Gesamtdeutschland". Außerdem spielte er als Betreiber der Computer-Mailbox "Germania" eine entscheidende Rolle beim Aufbau des "Thule-Netzes" und somit für den bundes- und europaweiten Informationsaustausch innerhalb der Neonazi-Szene. Auch er gehörte dem NPD KV Bonn an, wechselte aber später nach Meinungsverschiedenheiten mit Klug zum NPD-Kreisverband Rhein-Sieg

Bei den Kommunalwahlen 1999 kam unter bis heute ungeklärten Umständen der mentale Tiefflieger **Dominique David Oster** vom NPD-KV Rhein-Sieg zu einem Kreistagsmandat. Geistig geleitet durch seinen Freund **Sascha Jörn Hansen** (‚bekannt' durch Aufmarschversuche mit immerhin 17 Neonazis, so am 02.09.2000 in Siegburg), blieb Oster jedoch politisch einflusslos. Hansen seinerseits leitete 2002 seinen Ausstieg aus der Neonazi-Szene mediengerecht ein und sucht nun seine neue politische Heimat bei der "Schill-Partei". Oster ist mittlerweile zum "Ab jetzt... Bündnis für Deutschland" des Siegburger Dipl.-Ing. **Helmut Fleck** gewechselt. Fleck, ursprünglich Rechtsaußen der kommunalen CDU, dann Stadtratsmitglied für die "Republikaner", war es durch den Wegfall der 5%-Hürde bei den Kommunalwahlen 1999 gelungen, mit einer neuen extrem rechten Partei namens "Ab jetzt... Bündnis für Deutschland" erneut in den Siegburger Stadtrat einzuziehen. Er ist nicht selten auch auf neonazistischen Veranstaltungen, z.B. des "Deutschen Kulturwerkes", sowie auf Demonstrationen anzutreffen. So auch am 23.06.2001 in Siegburg, wo es nach einem Überfall auf einen rechten Skinhead zu einem von **Andreas Paul** und Robert Klug organisierten Aufmarsch kam, an dem zirka 150 Personen, hauptsächlich aus dem Spektrum der "Freien Kameradschaften" und der NPD/JN teilnahmen. Ähnliches war bereit zweieinhalb Jahre vorher zu beobachten gewesen, damals aber im weitaus größeren Maßstab. Am 24. Oktober 1998 kam es in Bonn anlässlich der Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944" zu einer der größten Neonazi-Demos der letzten Jahre in NRW. Klug meldete die Demonstration offiziell für die NPD an. Den überwiegenden Teil der rund 1.100 TeilnehmerInnen stellten aber AktivistInnen der "Freien Kameradschaften" aus dem gesamten Bundesgebiet. Die Sorge um den Ruhm und die Ehre der "heldenhaften" Großväter aus Wehrmacht und Waffen-SS bewegten Ralph Tegethoff offenbar, seine Abneigung gegen Klug hintanzustellen und gemeinsam mit dem "Clown von der NPD" die Demonstration zu organisieren. Hauptsächlich Tegethoffs weitreichenden Kontakten ist es geschuldet, dass fast alle namhaften Kader mit ihren "Kameradschaften" nach Bonn kamen.

Helmut Fleck


Hans-Robert Klug (Mitte)

Bildung schützt nicht vor Neonazismus ...

Im universitären Bereich stößt man ebenfalls auf diverse nazistische Akteure. Weitgehend unbeachtet blieben hier auch Burschenschaften mit extrem rechten Tendenzen, z.B. die "Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn", der seit einigen Jahren auch Norbert Weidner angehört. Auch der für die NPD aktive Politologie-Student **Dominik Schon** aus Niederkassel studiert in Bonn. Er absolvierte im Jahre 2002 ein Praktikum bei der "neurechten" Wochenzeitung "Junge Freiheit" und wird auch schon mal auf neonazistischen Demonstrationen gesichtet. Ebenfalls in Bonn studiert der neuheidnische Germane **Thorsten Albinus**, der aus Mettmann zuzog. Albinus ist Student der Vor- und Frühgeschichte und Aktivist der neonazistischen "Deutschen Heidenfront" (DHF), der deutschen Sektion der "Allgermanischen Heidenfront" (*siehe auch LOTTA Nr. 7, S. 19*). Auch **Nico Ernst**, Hauptakteur der "Kameradschaft Rhein-Ahr", studiert an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn. Er organisierte zuvor mit wenig Erfolg einige "Kameradschaftstreffen" und Vortragsveranstaltungen in Remagen-Kripp. Mittlerweile ist die "Kameradschaft Rhein-Ahr" jedoch nicht mehr existent. Während sich der zweite Hauptaktivist der Gruppe, der unter dem Pseudonym "Netzmeister Franz" aufgetretene **Franz Burtzlaff** heute seiner Familie und weniger der Politik widmet, verzog der aus Bad Neuenahr-Ahrweiler stammende Geschichtsstudent Ernst nach Köln und streckte seine politischen Fühler in letzter Zeit zum Kölner "Kampfbund Deutscher Sozialisten" (KDS) aus. Aber auch mit der NPD fühlt er sich offenbar eng verbunden, ist doch die Homepage der Kölner NPD auf seinen Namen angemeldet.

Bewegung in der "Nazi-Subkultur"

Doch nicht nur im partei- und kameradschaftsförmig organisierten Neonazi-Spektrum tat sich allerhand in der Region. Auch aus der so genannten "Nazi-Subkultur" ist einiges zu vermelden. Ehemalige FAP-Skinheads, die kein weiteres Interesse an Parteipolitik und festen Organisationsstrukturen hatten, trafen sich an Wochenenden zu Partys und Konzerten mit Gleichgesinnten. Doch es blieb nicht allein beim Konsumieren der "Begleitmusik zu Mord und Totschlag". Neonazis aus der Region gründeten einschlägige Bands und förderten schon recht früh den Auf- bzw. Ausbau der RechtsRock-Szene. Beispiele hierfür sind die Band "Zensur" aus Sinzig, die 1996 und 1997

Nico Ernst (Mitte)

drei zum Teil indizierte CDs herausbrachten, und "Offensive", ein Bonner Hausgewächs, das bundesweit bekannt und beliebt ist, obwohl die Gruppe immer wieder durch Streitereien und Auflösungen von sich reden machte. Die Band um den Ex-FAPler **Ralf Wildhagen** (mittlerweile von Bonn nach Bornheim verzogen) brachte 1992 ihre, in der Szene viel gerühmte, Debütsingle "Armee der Geächteten" heraus, die am 31.07.1993 indiziert wurde. "Offensive" löste sich auf, um sich 1996 in gleicher Besetzung neu zu formieren. Für ihr CD-Projekt "Uhrwerk des Lebens" probte sie bis Ende 1997 im städtischen Jugendzentrum Bonn-Ippendorf. Auf Initiative der "Antifa Bonn/Rhein-Sieg" verlor sie ihren Proberaum. Dies sorgte in der Bonner Lokalpresse für einigen Wirbel. Obwohl die CD erneut ein großer Erfolg wurde, sorgte u.a. der Verlust des Proberaums für erneuten Streit und zur Auflösung. Das Zerwürfnis zwischen den RechtsRockern führte dazu, dass zeitweise zwei Bands unter dem Label "Offensive" firmierten und der Namenszwist öffentlich im Hildener RechtsRock-Magazin "Rocknord" ausgetragen wurde.

Musikalisch unterwegs ist zudem der bereits erwähnte Frank Krämer. Er wirkt in der niedersächsischen Combo "Stahlgewitter" mit und ist Frontmann seiner eigenen NS-Black-Metal-Band "Halgadom". Krämer ist, zeitweilig gemeinsam mit Albinus, in Führungspositionen der DHF.

Die so genannte Nazisubkultur spielt zurzeit die Hauptrolle bei der Bedrohung von rechts in Bonn. Die Neonazis verfügten Ende 2002 über zwei Kneipen in der Bonner Innenstadt, von denen eine, das "Formel 1", sogar von einem bekannten Bonner "Kameraden" betrieben wurde. Beide Kneipen zogen neben organisierten Neonazis vor allem neonazistisch gestylte Jugendliche mit noch nicht gefestigtem extrem rechten Weltbild zum Feiern an. Gegen diese Tendenzen richtete sich daher die Kampagne "Kein Bier für Nazis!" der Antifa Bonn/Rhein-Sieg. Als ein Erfolg der Kampagne ist die Schließung des "Formel 1" Ende Mai 2003 anzusehen.

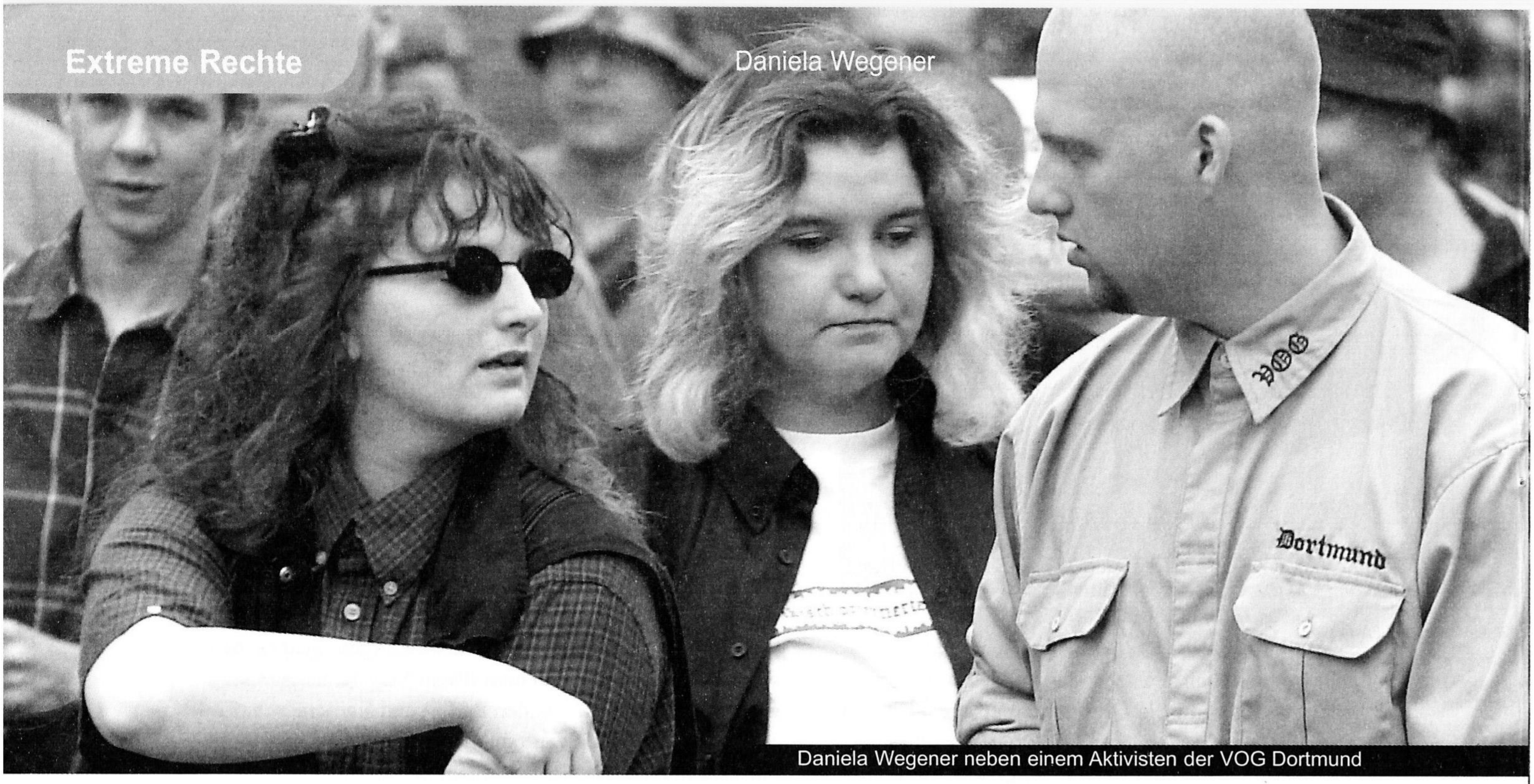
Neben den bereits erwähnten rechten Altskins aus dem Umfeld von "Offensive", die sich zum Teil seit FAP-Zeiten kennen, taucht seit 2002 die "Kameradschaft Ippendorf" bzw. "Skinheads-Ippendorf" auf. Sie besteht aus etwa 15 Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich nach eigenen Angaben aus Schutz vor Überfällen von ausländischen Jugendlichen zusammengeschlossen haben. Ihre rassistische und faschistische Grundeinstellung kam deutlich bei den mittlerweile zwei gescheiterten Versuchen ihrer Internetpräsenz zum Vorschein. Dieser Zusammenschluss muss mehr als lockerer Freundeskreis mit enormem Bierdurst, denn als politisch arbeitende Kameradschaft betrachtet werden. Trotzdem geht von ihr eine gewalttätige Bedrohung aus. Ihr "Führer", Polizistensohn **Alex Kapellner,** trat öfter durch gewalttätiges und rassistisches Verhalten in Erscheinung und wurde zuletzt im November 2002 zu einer Woche Dauerarrest verurteilt.

Fazit

Auch wenn es nach 1998 auf den ersten Blick ruhiger um die hiesige Neonazi-Szene geworden ist, kann auf gar keinen Fall von Auflösungserscheinungen gesprochen werden. Die in Bonn und dem Rhein/Sieg-Kreis jahrelang aktiven und funktionierenden Partei- und Kameradschafts-Strukturen der Nazi-Szene sind jederzeit in der Lage, ihren politischen Ansichten Taten folgen zu lassen.

Zudem entwickelt sich die rechte Subszene trotz spürbarem antifaschistischen Engagement zunehmend zu einem Ärgernis. Saufende und pöbelnde Jungnazis müssen noch konsequenter in ihre Schranken gewiesen werden, um dem "rechten Mainstream" keine Chance zu geben, das Stadtbild mitzubestimmen und so zu einer ernst zu nehmenden Gefahr zu werden.

Anzeige



Daniela Wegener neben einem Aktivisten der VOG Dortmund

Von Jan Spreuk

Daniela Wegener

"Am liebsten mit weißer Kapuze" - Eine Neonazi-Führerin unter der Lupe

Den Holocaust würde die Kameradin nicht leugnen. Sie kennt ihn doch. Mal um Mal beschwört sie ihn in ihrer Rede, als am 20. September in Dortmund Neonazis gegen die Wehrmachtsaustellung aufmarschieren: Jener Holocaust habe kurz vor, vor allem aber nach dem 8. Mai 1945 statt gefunden. Es war, klärt sie auf, der "ungeheuerliche Vertreibungsholocaust am deutschen Volk", ein "Jahrtausendverbrechen". Es spricht **Daniela Wegener**, "Kameradschaftsführerin" der Neonazis im Hochsauerland und seit 2002 häufige Rednerin bei Neonazi-Aufmärschen. Sie hat ihre braune Lektion gelernt. Auch die Kriegsgeschichte: Dass im Krieg die eine Armee die andere vernichten wolle, sei schließlich nur der militärische Ausdruck für ein operatives Kriegsziel. So wehrt sie sich gegen die Intentionen der Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht - Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 - 1944". "Es scheint wirklich noch Menschen zu geben, die glauben, Krieg wäre eine Kaffeefahrt", bedauert sie, wissend: "Krieg ist Krieg, kein Spaziergang." Kein Grund jedenfalls, sich zu schämen für das, was deutsche Soldaten in der Sowjetunion, in Serbien und anderswo vollbrachten: "Unsere Großväter waren keine Verbrecher. Sie waren Helden. Und wir sind stolz auf sie."

Daniela Wegener, geborene Weber, ist am 16. Mai 1974 im rheinland-pfälzischen Neuwied zur Welt gekommen. 1997 tauchte sie zum ersten Mal erkennbar im Umfeld der neonazistischen "Sauerländer Aktionsfront" (SAF) auf. Ebenfalls seit 1997 wohnt sie mit ihrem Mann **Markus Wegener**, der damals schon seit Jahren zur Szene um die SAF gehörte, im hochsauerländischen Olsberg. Die inzwischen 29-Jährige hat sich hochgearbeitet in den letzten sechs Jahren - von der noch unsicheren Nachfolgerin der 1997 bei einem Autounfall ums Leben gekommenen Anführer der SAF, **Andree Zimmermann** und **Thomas Kubiak**, zur "Kameradschaftsführerin", der ihr Anhang in der Region gehorcht. Auf Augenhöhe mit NRW-Neonazi-Kadern wie **Siegfried Borchardt** oder **Christian Malcoci**, wobei Wegener im Unterschied zu diesen inzwischen auch bei braunen Kultveranstaltungen, wie dem diesjährigen Heß-Aufmarsch im fränkischen Wunsiedel, selbst ans Mikrofon darf.

Politische Erbin der SAF von Andree Zimmermann und Thomas Kubiak

Wegener sorgte nach Zimmermanns und Kubiaks Tod dafür, dass sich die "Kameraden" wieder regelmäßig trafen, mal zum bloßen Saufen, mal aber auch zu Schulungsveranstaltungen. Sie sorgte auch dafür, dass das Andenken an die nach Walhalla entschwundenen Vorleute hoch gehalten wurde, zum Beispiel mit alljährlichen Gedenkveranstaltungen. Kontakt hielt sie dabei zur NPD-Kreisvorsitzenden von Waldeck-Frankenberg, **Marion Figge** aus Willingen, mit der sie seit Ende der 90er immer enger zusammenarbeitete. Dabei hatte sie es im Hochsauerland mit einem Erbe zu tun, das ihr die Arbeit nicht gerade leichter machte. Unter dem alten Label SAF offen aufzutreten, erwies sich als unmöglich. Demonstrationen wurden verboten: Zu frisch in Erinnerung war das NS-Gehabe der SAF mit Hakenkreuzfahnen und -aufklebern, "Sieg Heil"-Rufen und der Titulierung von "Kameraden" als

"SA-Männern". Dass die Neonazis rund um Wegener daraus die Konsequenz zogen, den Namen zu ändern und wahlweise als "Nationaler Widerstand Hochsauerland", "Nationale Opposition aus dem Hochsauerland", "Freie Nationalisten Sauerland/Siegerland", "Nationale Opposition aus dem Hochsauerland/Siegerland" und "Freie Kameradschaft Hochsauerlandkreis" aufzulaufen, oder dass sie sich der NPD bedienten, half ihnen bei der Organisation öffentlicher Auftritte auch nicht weiter. Blieb das unangemeldete Auftauchen, z.B. im Sommer 2000, als sie zu Ehren des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß durch Meschede zogen. Oder im Jahr darauf, als eine angekündigte Veranstaltung auf einem Soldatenfriedhof gerichtlich verboten worden war, Wochen später dort aber 20 Aktivisten unangemeldet eine Kranzniederlegung durchführten.

Auch "publizistisch" versuchte sich Daniela Wegener offenbar zu betätigen. Im September 2000 und zum Jahreswechsel 2000/2001 erschienen zwei Ausgaben eines "Sauerländer Stürmer". Zwar wies das Impressum einen Niederländer als Verantwortlichen aus, doch der war nicht zu finden. Viel spricht dafür, dass Wegener entscheidend bei dem Blättchen die Hände im Spiel hatte. Als jedenfalls der Staatsschutz im April 2001 zur Hausdurchsuchung bei ihr anrückte, fanden die Beamten jede Menge belastendes Material - versteckt zum Teil in der Wiege ihrer damals drei Monate alten Tochter.

Ihren Tatendrang konnten die Hausdurchsuchung und auch die jungen Mutterfreuden kaum bremsen. Nachdem sie bereits 1999 eine "Nationale Initiative Freiheit für Michael Krick" gestartet hatte, war es zwei Jahre später eine "Nationale Initiative ‚Kein Exempel an Christoph Schulte'". Der Plettenberger Neonazi Schulte saß zu diesem Zeitpunkt unter dem Verdacht des Mordversuchs in U-Haft. Die "Initiative" firmierte unter einer Postfachadresse in Olsberg, die Wegener zugerechnet wird. Angeboten wurden "Soli-Aufkleber mit einem Bild von Kamerad Christoph". Ein Drittel der Einnahmen sollte für den "Rechtskampf um die Freiheit von Christoph" verwendet werden.

Wegeners Aufstieg vollzog sich unter den Augen des NRW-Verfassungsschutzes. In dessen Jahresbericht 2001 wird sie als "Führungsaktivistin" bezeichnet, nachdem die Geheimdienstler im Jahr zuvor über die SAF notiert hatten: "Ungewöhnlich ist bei dieser Gruppierung, dass hier eine junge Frau aus Olsberg eine maßgebliche Rolle spielt." Erstmals war Wegener im Sauerland-Kapitel des Jahresberichts 1999 aufgetaucht: "Diese Szene hat sich unter maßgeblicher Beteiligung einer 25jährigen Frau aus Olsberg organisatorisch/ideologisch wieder gefestigt."

So viel Publizität gefällt der "Kameradschaftsführerin" überhaupt nicht. Anders als andere Neonazikader legt sie keinen Wert darauf, im Rampenlicht zu stehen. Und anders als sie achtet sie peinlich darauf, strafrechtlich nicht aufzufallen. Ende 2001 notierte ihr Anwalt **Markus Beisicht** in einem Schriftsatz, sie sei "nicht vorbestraft und hat sich demzufolge in der Vergangenheit stets gesetzeskonform verhalten". Ihre unpolitische Umgebung hatte von ihrer Entwicklung anfangs denn auch wenig mitbekommen. Für ihre Kollegen bei der Bahn, mit denen die Zugbegleiterin bis zu ihrer Schwangerschaft 2000 zusammenarbeitete, war sie ein "unauffälliges, nettes Mädchen". Und auch der Eisenbahnergewerkschaft "Transnet" fiel lange Zeit nicht auf, wen sie da in ihren Reihen hatte. Erst im Oktober 2002 wurde sie ausgeschlossen. Über ihr Bemühen, Publizität zu vermeiden, spottete unlängst sogar der ansonsten nicht besonders humorbegabte **Christian Worch**: "Sie gehört zu genau den Kreisen, die aus angeblich schützenswerter Anonymität ein quasi-religiöses Dogma machen und vielleicht - wenn das in Deutschland denn legal wäre - am liebsten in weißen Kapuzen herumlaufen würden wie jenseits des großen Teiches die Jungs vom KKK."

Statt mit der weißen Kapuze musste sie sich bei Demonstrationen zunächst mit der weißen Ordnerarmbinde begnügen. Bei kaum einer Neonazi-Demonstration in NRW und bei kaum einem bundesweit wichtigen Aufmarsch fehlte sie. Häufig organisierte sie die Fahrmöglichkeiten für ihre "Kameraden" aus dem Sauerland. Erstmals am 9. März 2002 in Köln durfte sie bei einer "Pro-Köln"-Demo gegen den Verfassungsschutz ans Mikrofon. Auftritte am 20. März 2003 in Essen, als Neonazis "gegen US-Imperialismus, die wahre ‚Achse des Bösen' (Washington - Israel)" aufmarschierten, am 26. April in Dortmund gegen die Inhaftierung von Michael Krick, für dessen "Rechtskampf" die sauerländer Neonazis im Übrigen erneut ein "Soli-Konto" eingerichtet hatten, am 5. Juli in Hagen, am 16. August in Wunsiedel und am 20. September in Dortmund folgten.

Angekommen in der Führungsriege

Wegener ist in der ersten Garde der Neonazis in NRW und darüber hinaus angekommen. Und damit sie dort unbeschadet bleiben kann, bemüht sie sich um rhetorische Zurückhaltung - jedenfalls gemessen an anderen Neonazis. Es sei nur ein Zitat, keinesfalls ihre eigene Meinung, betonte sie bei der Dortmunder Demonstration am 26. April, als sie eine Äußerung Kricks, den die Niederlande gerade an die Bundesrepublik ausgeliefert hatten, wiedergab: "Greift das System und ihre Knechte an, wo immer es geht. Auch die, die gegen unsere Rasse vorgehen und sie zu vernichten suchen. Staatsschmutz, Staatsanwälte, Richter haben Namen, Adresse und Familie. Eurer Phantasie sind hierbei keine Grenzen gesetzt. Als Vorbild mag uns hierbei die baskische ETA dienen. Zeigt kein Erbarmen, keine Reue. Sieg oder Walhalla!" Kricks Aufforderung aus dem selben Zusammenhang, "Zellen nach dem Vorbild des führerlosen Widerstandes" zu bilden und seinen Aufruf: "Unterstützt die national-revolutionären Zellen!" mochte sie lieber nicht wiedergeben. Wahrscheinlich sagt sich manches doch leichter, wenn man weiße Kapuzen trägt.

Von Tomas Sager und Jan Spreuk

"Ich habe meine Pflicht getan"

Der Hagener Prozess gegen den „Henker von Ommen"

Wenn der alte Mann heute, gestützt auf seinen Krückstock, schweren Schrittes den Saal 201 des Hagener Landgerichts betritt, kann man nur noch ahnen, wie gut er einst körperlich beieinander war. Damals vor 59 Jahre muss Herbertus Bikker ein kräftiger Endzwanziger gewesen sein. Und schnell. Schnell genug jedenfalls, um an einem Novembertag des Jahres 1944 – die Maschinenpistole im Anschlag - dem zwei Jahre jüngeren, um sein Leben rennenden holländischen Widerstandskämpfer Jan Houtman hinterher zu laufen. Und skrupellos. Skrupellos genug jedenfalls, um Houtman mit einigen Salven über den Haufen zu schießen. Und zynisch. Zynisch genug jedenfalls, so sieht es jedenfalls die Staatsanwaltschaft, um auf den schon verletzt am Boden liegenden Houtman mit den Worten „Und nun ein guter Tod" den letzten, den finalen Schuss abzugeben. Bikker steht deswegen jetzt vor einem deutschen Gericht – auch ein Lehrstück für das Versagen bundesdeutscher Behörden über Jahrzehnte.

„Warum ein niederländischer Kriegsverbrecher in aller Sicherheit in Deutschland Tulpen züchten kann", titelte vor fünf Jahren eine Zeitschrift im holländischen Utrecht. Mit ihr stellten sich viele Niederländerinnen und Niederländer verständnislos diese Frage. Mitten in Deutschland, im westfälischen Hagen, lebte damals schon seit mehr als vier Jahrzehnten weitgehend unbehelligt von Justiz und Öffentlichkeit der gebürtige Holländer Herbertus Bikker, arbeitete im Lager der „Nordwest Handel AG" und pflegte in der Freizeit seine Blumenpracht. Lange Zeit hatte sich niemand dafür interessiert, was der freundliche Nachbar und später der freundliche Alte getrieben hatte, bevor er 1952 in die Bundesrepublik gekommen war.

Nazi-Karriere und Flucht

Die Niederlande sind von Hitlers Wehrmacht noch nicht besetzt, als Bikker sich 1939 mit 24 Jahren der NSB, der „Nationalsozialistischen Bewegung" seines Heimatlandes, anschließt. Zwei Jahre später geht er zur Waffen-SS – was ihm, ganz nebenbei, die später für ihn so wichtige deutsche Staatsbürgerschaft einbringt. Wiederum zwei Jahre später beginnt seine Ausbildung bei der deutschen „Ordnungspolizei" in Ommen, die auf der Jagd nach Widerstandskämpfern ist. Im dortigen Straflager „Erica" wird er Wächter – und macht sich bei den Häftlingen wegen seiner Brutalität rasch einen Ruf als „Beul van Ommen", als „Henker von Ommen".

Als die Niederlande befreit sind, wird ihm dort der Prozess gemacht. Unter anderem zwei Morde weisen ihm die Ankläger nach, darunter den an Jan Houtman. „Seine im Lager Ommen durchgeführten Misshandlungen sind zahlreich und gräulich. Bikker ließ in Wirklichkeit praktisch keinen Tag vorübergehen, ohne die Gefangenen zu quälen", meinen die holländischen Richter. Bikker wird 1949 von einem Gericht in Arnheim zum Tode verurteilt, später wird das Urteil in lebenslange Haft umgewandelt. „Lebenslang" dauert für Bikker von diesem Zeitpunkt an aber nur noch drei Jahre. Weihnachten 1952 gelingt ihm mit sechs weiteren verurteilten Kriegsverbrechern die Flucht aus dem Gefängnis in Breda. In der ersten erreichbaren deutschen Stadt jenseits der Grenze, in Kleve, eilen die „Sieben von Breda", wie sie fortan bezeichnet werden, zum Polizeirevier. Ein Bußgeld von 10 DM wegen des illegalen Grenzübertritts ist zwar fällig, aber Bikker & Co. sind erst einmal sicher vor Nachstellungen der niederländischen Justiz.

Dabei dürfen die „Sieben von Breda" auch mit Sympathien in Deutschland rechnen. Sie seien „allein aus politischen Gründen verurteilt" worden, notiert beispielsweise eine Aachener Tageszeitung. Zwar ermittelt die Staatsanwaltschaft bis 1957 gegen den „Henker von Ommen", aber letztlich erfolglos. Bikker habe „in rechtmäßiger Ausübung unmittelbaren Zwangs" gehandelt, befindet das Landgericht Dortmund. Alle Beweise liegen dem Gericht nicht vor: Weil das Vertrauen niederländischer Behörden in die von Altnazis durchsetzte westdeutsche Nachkriegsjustiz nicht sehr ausgeprägt ist, verweigern sie die Amtshilfe. Und umgekehrt kommt eine Auslieferung des „Deutschen" Bikker an sein Heimatland für die deutsche Seite nicht in Betracht.

Spätes Outing durch AntifaschistInnen

Herbertus Bikker hat für die nächsten fast dreieinhalb Jahrzehnte daher seine Ruhe. Unruhe bringt erst wieder in den frühen 90er Jahren der niederländische Gerichtsreporter Jack Kooistra vom „Friesischen Dagblat" in sein Leben, der über das unauffällige Leben des Altnazis im Hagener Stadtteil Haspe berichtet. Deutsche und holländische AntifaschistInnen demonstrieren im November 1995 vor Bikkers Haus (siehe Foto). Konsequenzen hat das Outing zunächst einmal nicht für den Alt-Nazi, sondern für die AntifaschistInnen, die eine eifrige deutsche Justiz eilends vor Gericht bringt. Einer von ihnen wird zu einer Geldstrafe verurteilt, gar die Wohnung eines Foto-Journalisten durchsucht. „Stern"-Reporter Werner Schmitz macht sich nun auf die Spur von Bikkers Vergangenheit, spricht mit ihm – und hört von ihm den Satz, der schließlich die Staatsanwaltschaft Dortmund glauben lässt, dass eine Anklage in Deutschland doch noch Erfolg haben könnte. „Dann hab ik ihm den Gnadenschuss gegeben", zitiert der „Stern"-Reporter den Ex-Waffen-SSler, angesprochen auf den Tod Houtmans.

Antifaschistischer Hausbesuch 1995 bei Bikker

Der Prozess

„Gegen das Vergessen" steht auf dem Transparent, das AntifaschistInnen am 8. September 2003, dem ersten Verhandlungstag in Hagen, draußen vorm Gericht im strömenden Regen hochhalten. Sie meinen nicht nur, dass Verbrechen wie das Bikkers nicht vergessen werden dürfen. Sie dürften auch den Skandal meinen, dass allzu oft ausländischen Kriegsverbrechern im Dienste des Hitler-Regimes dank des Führererlasses, der ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft verschaffte, in Deutschland ein ruhiger Lebensabend garantiert wurde. Herbertus Bikker ist da kein Ausnahmefall. „Es ging um eindeutige Fälle von Kriegsverbrechen, begangen von identifizierbaren Tätern, die sich in der Bundesrepublik in Sicherheit gebracht hatten – und dort, vielleicht sogar zu ihrer eigenen Verwunderung, auch eine sichere Bleibe fanden", notiert der niederländische Schriftsteller und Regisseur Leon de Winter Ende August in einem Beitrag für die „Welt". Drei weitere, in Deutschland noch lebende holländische Kriegsverbrecher nennt er in seinem Text. „Ich gehe davon aus, dass auch Kriegsverbrecher anderer Nationalitäten durch den Führererlass vom 19. Mai 1943 geschützt wurden und werden. Ihre Zahl wird sich auf einige Dutzend, wenn nicht gar Hunderte von Massenmördern belaufen." de Winters Beitrag trägt den Titel: „Der Führer schützt die Mörder noch".

Bikker könnte – je nach Ausgang des Verfahrens – den Schutz seines vormalig obersten Vorgesetzten nun aber doch noch verlieren. Nicht zuletzt ist dies eine Frage der Verhandlungsfähigkeit. Seine beiden Verteidiger ziehen sie in Zweifel. Eine Reihe von Sachverständigen – ein Psychiater, ein Psychologe, ein Kardiologe, mehrere InternistInnen - meint, dass täglich zwei Stunden verhandelt werden kann. Beistand erhält Bikker während der Verhandlung durch eine Ärztin des städtischen Gesundheitsamtes.

Aufklärung in der Sache ist vom Angeklagten selbst nicht zu erwarten: „Herr Bikker wird auf unser Anraten hin nichts sagen. Das soll aber kein Schuldeingeständnis sein", erklärt einer seiner Verteidiger. Bei einer richterlichen Vernehmung, deren Protokoll das Gericht verlesen lässt, hat Bikker eingeräumt, Houtman „in Ausübung seiner Dienstpflicht als Ordnungspolizist" erschossen zu haben – aber eben nicht ermordet zu haben, „grausam und aus niederen Beweggründen" sowie mit „Vernichtungswillen", wie es ihm die Anklage vorwirft. Folglich bestreitet er auch, dem „Stern"-Reporter Schmitz von einem „Gnadenschuss" erzählt zu haben. Ein „Gnadenschuss": Das wäre Mord. Auf der Flucht erschossen: verjährter Totschlag.

Ein Schlaglicht auf das Denken des jetzt 88-Jährigen könnte ein Brief werfen, der an einem der Verhandlungstage verlesen wird – den geschrieben zu haben Bikker durch seine Anwälte aber bestreiten lässt. Darin schildert der Autor um den Jahreswechsel 1944/45, wie er in Ommen gegen „Terroristen" zu kämpfen hat, die aber schon „so gut wie ausgerottet" seien. Mit neun Schüssen aus einer Pistole habe er einen dieser Terroristen getötet – es könnte einiges dafür sprechen, dass mit dieser Schilderung genau der Mord an Houtman gemeint ist. Stolz berichtet der Autor, dass er in Kameradenkreisen angesichts seines Mutes im Kampf gegen die „Terroristen" einen Spitznamen bekommen hat: der „Löwe".

Houtman umzubringen dürfte keinen Löwenmut erfordert haben. In einem Kuhstall in Dalfsen endet dessen Flucht vor dem Nazi-Kollaborateur Bikker am 17. November 1944. Kein Ausweg mehr, verletzt im Mist liegend. Von den Schüssen wird auch eine Kuh getroffen. Einer der Söhne des Bauern sagt Ende der 90er Jahre aus: „Ich habe gehört, dass dieser Bikker mehr Mitleid mit der Kuh hatte als mit dem Mann, der getötet wurde." Nach dem Krieg wird Bikker von der holländischen Polizei noch einmal zum Tatort gebracht. „Ich habe meine Pflicht getan", sagt er da.

Karl-Heinz Statzberger und Martin Wiese beim Rudolf-Heß-Marsch 2002 in Wunsiedel

Das Interview wurde geführt von Stefan Kowal

"Baseballschläger und Benzinkanister reichen"

Interview mit dem Münchener Journalisten Robert Andreasch

Einmal mehr war ab Anfang September nach dem Bekanntwerden von geplanten neonazistischen (Sprengstoff)Anschlägen in München im bundesdeutschen Blätterwald von einer "Braunen Armee Fraktion" (BAF) die Rede. Selbst ernannte "Rechtsextremismus-Experten" gaben sich mit ihren "Analysen" die Klinke in die Hand. Geplant war seitens der Neonazis unter anderem ein Sprengstoffanschlag bei der Grundsteinlegung des neuen jüdischen Gemeindezentrums am 9. November dieses Jahres in der bayrischen Landeshauptstadt. Eine NRW-Veranstaltungstour von Robert Andreasch zum Thema "Terror von rechts" nahm LOTTA zum Anlass, um den seit vielen Jahren mit dem Thema extreme Rechte beschäftigten freien Journalisten aus München über die Hintergründe der geplanten Tat zu befragen. Das Interview führte Stefan Kowal.

Was ist eigentlich richtig von dem, was in den Medien über die Anschlagsziele der Neonazis berichtet wurde? Es soll ja Hinweise auf mehrere Ziele gegeben haben und selbst der SPD-Spitzenkandidat Maget fühlte sich plötzlich bedroht...

Über die Anschlagsziele, auf welche es die Gruppe um Martin Wiese abgesehen hatte, gibt es nur wenig offizielle Auskünfte. Nach Medienberichten, die von den Behörden nach und nach bestätigt wurden, sollte eine Bombe bei der Grundsteinlegung für das neue jüdische Gemeindezentrum am Münchner Jakobsplatz gelegt werden. Die reale massenmörderische Bedrohung von Jüdinnen und Juden wurde allerdings schnell ausgeblendet und die gefährdeten Staatsgäste an diesem Tag, Johannes Rau, Edmund Stoiber u. a. zu den eigentlichen Zielen und Opfern erklärt. Bei Hausdurchsuchungen wurden Aufschriebe gefunden, die auf weitere Attentatsziele hindeuten: u.a. die derzeitigen Einrichtungen und die Synagoge der Iraelitischen Kultusgemeinde in München, eine Moschee, eine griechische Schule, Einrichtungen des italienischen Staates in München. Ein festgenommenes Mitglied der "Kameradschaft Süd" soll in der Vergangenheit den bayerischen SPD-Spitzenkandidat bei der Landtagswahl im September, Franz Maget, ausspioniert haben, mit dem Wiese bei einer Kundgebung im Mai schon einmal aneinandergeraten war. Bis heute gibt es keine Hinweise, Warnungen o.ä. der Behörden gegenüber linken Gruppierungen in München, die ebenfalls im Visier der BombenbauerInnen standen. Nur durch eigene Recherche konnte aufgedeckt werden, dass die verhaftete Monika Stillger im Auftrag von Martin Wiese Konten, InhaberInnen und EinzahlerInnen linker Gruppen aus München und anderen Städten als Postbank-Azubi ausspionierte. Das wurde mittlerweile auch durch die Bank bestätigt.

Waren die Mitglieder dieser Gruppe bzw. die festgenommenen Personen zuvor bekannt? Aus welchen politischen Zusammenhängen stammen sie? Es sollen ja auch nicht nur Münchener dabei gewesen sein.

Aus München wurden festgenommen: Der 27jährige Martin Wiese, aufgewachsen in Pasewalk, kam vor drei Jahren vom "Kameradschaftsbund Anklam" (Mecklenburg-Vorpommern) nach München. Dort baute er erst in einem Vorort die Kleingruppe "Nationaler Widerstand Gräfelfing" auf, ehe es ihm die Inhaftierung des Ex-Gelderners Norman Bordin ermöglichte, sich an die Spitze des "Aktionsbüro Süddeutschland-Kameradschaft Süd" zu setzen. Dann seine 18-jährige Ex-Freundin Ramona Schenk, die zuletzt mit ihm in einer Münchner WG wohnte (und an zahlreichen Kundgebungen etc. teilgenommen hatte) und der gemeinsame Mitbewohner Alexander Maetzing. Der 27-jährige stammt aus Luckenwalde, auch er ist seit längerem bei vielen Münchner Neonazi-Veranstaltungen dabeigewesen. Weiter wurden Robert Stillger (21), Inhaber der Domain des "Aktionsbüros Süddeutschland" aus Baldham und seine Schwester Monika Stillger (17), Freundin von Maetzing, festgenommen. Unter den Festgenommenen war auch der Unterschleissheimer Karl-Heinz Statzberger (23) und, ebenfalls "Kameradschaft-Süd"-Mitglied, David Schulz (20) und eine namentlich noch nicht bekannte 21-Jährige. Statzberger und Schulz griffen 1999 in Eisenach Asylbewerber mit Eisenstangen an und wurden dafür zu Haftstrafen verurteilt. Die Münchner Neonazis pflegten, obwohl ja auch dem "freien Kameradschaftsspektrum" zugehörig, beste Kontakte zu verschiedensten neofaschistischen Organisationen. Da half man dem "Sammlungsprojekt" "Demokratie Direkt" um den "Nation&Europa"-Autor Roland Wuttke als Versammlungsleiter bei dessen Aktionen aus und baute der NPD München die Infostände auf. Als Sprengstofflieferanten - an der Arbeitsstelle von Maetzing, einer Münchner Schreinerei, wurden 14 kg aus Granaten und Minen ausgelöster Sprengstoff und 1,7 kg TNT gefunden - gelten Martin Wiese, der das TNT beschafft haben soll, und drei Neonazis aus der brandenburgischen Uckermark: Andreas "Juri" Joachim (37), ein Waffenhändler aus Menkin, NPD-Mitglied. Joachim ist ein langjähriger Freund von Martin Wiese. Wiese und KBA-Kameraden waren über Jahre hinweg Woche für Woche in der Uckermark aktiv. Konzerte, Wehrsportlager, all das konnte und kann in dieser Region fast völlig ungestört stattfinden. Joachim wurden erst im Sommer Waffenbesitzkarten wegen "Unzuverlässigkeit" eingezogen. Der zweite Verhaftete aus der Uckermark, Stefan "Steve" Zietal (24) aus Wollschow, sprengte sich bereits 1998 beim Rumbasteln mit Sprenstoff den linken Unterarm weg. Und ebenfalls festgenommen wurde der 24jährige Marcel Kohn. Bei Thomas Köppen, Militariahändler in Berlin, gab es in diesem Zusammenhang auch eine Razzia, allerdings konnten keine Verbindungen zu Wiese & Co. bestätigt werden. In Mecklenburg-Vorpommern, Wieses "Heimat", wurden dazu noch ein Andreas R. und ein 54jähriger Güstrower "Waffennarr" verhaftet.

Gibt es Hinweise auf eine Beteiligung von Neonazis aus NRW? Oder Kontakte der Täter zu NRW-Strukturen?

Der Vorgänger als "Anführer" im "Aktionsbüro Süddeutschland-Kameradschaft Süd" war Norman Bordin, der zur Zeit in der JVA Bernau eine Haftstrafe absitzt. Er stammt aus dem niederheinischen Geldern. Bordin zog später nach Velbert und baute ab 1997 in dieser Region das "Nationale Forum Niederberg" auf. Nach seinem Umzug ins niederbayerische Freilassing dann das "Aktionsbüro Nationaler Widerstand Freilassing" und als Dachorganisation damaliger bayerischer Kameradschaften das "Aktionsbüro Süddeutschland". Dies übrigens mit dem Ex-Lüdenscheider und Münchner Burschenschafter Reiner Mehr von der "Kameradschaft München".Am 13. Januar 2001 feierten mindestens neun Personen aus NRW mit Mehr und Wiese in der Münchner Gaststätte "Burg Trausnitz". Im Verlauf dieser Feier griffen Maria Anna von Papen aus Arnsberg und Christoph Schulte aus Plettenberg sowie weitere Gäste dieser Feier einen griechischen Passanten an und verletzten ihn schwer. Unter den jetzt Festgenommenen war meinen Informationen nach aber niemand mit derzeitigem Wohnsitz in NRW.

Gibt es glaubwürdige Erkenntnisse über die Herkunft des Sprengstoffes, darunter ja auch 1,4 Kg TNT? So etwas gibt es ja wohl kaum in der Apotheke um die Ecke zu kaufen...

Den größten Teil des Sprengstoff kratzten Uckermarker Neonazis aus alten Minen und Granaten auf Truppenübungsplätzen heraus, was übrigens von AntifaschistInnen schon länger öffentlich gemacht wurde. Das TNT soll Wiese im Bereich der "Organisierten Kriminalität" an der polnischen Grenze käuflich erworben haben - hier stellt sich natürlich die Frage nach eventuellen Hintergrundstrukturen und Geldquellen. Übrigens: Mit der militant-neonazistischen "Fränkischen Aktionsfront" (FAF) gründete Wiese im Januar 2003 als Dachorganisation für "FAF" und "Aktionsbüro Süddeutschland" die so genannte "AG Bayern". Sein Verbindungsmann bei der FAF soll mit Matthias Fischer ein Neonazi gewesen sein, den die Fachzeitschrift "blick nach rechts" schon 2001 als "Combat18"-Verbindungsperson bezeichnete.

Wie würdest du den Organisationsgrad der Tätergruppe beschreiben? War das eine bundesweite klandestine Struktur, die da zu Werke ging?

Alle Neonazis kannten sich in diesem Fall persönlich, kamen aus benachbarten Dörfer, waren langjährig miteinander befreundet, wohnten zusammen. Es musste also nicht eigens eine bundesweite konspirative Struktur aufgebaut werden. Alle bisher bekanntgewordenen Beteiligten sind in den jeweiligen Neonazi-Szenen aktiv gewesen und öffentlich noch wenige Wochen vor ihren Festnahmen präsent gewesen. Alle Festgenommenen eint aber eine ideologische Klammer: Das ist zum einen

der Antisemitismus- in München deutlich an der neofaschistischen Hetze gegen den Neubau des jüdischen Gemeindezentrums erkennbar. Zum anderen die Aktivitäten gegen die "Wehrmachtsausstellung", gegen die die Münchner Neonazis um Wiese genauso vehement agierten wie die Mecklenburg-Vorpommerschen "Kameradschaften" und die Brandenburger Neonazis vom "Märkischen Heimatschutz".

Wie sind die Ermittlungsbehörden diesen Leuten überhaupt auf die Spur gekommen?

Hier handelte es sich offensichtlich um einen eher zufälligen Ermittlungserfolg. Ein Münchner Neonazi wollte im Sommer aus der Szene "aussteigen", traf sich am 20.07.03 aber noch einmal mit seinen "Kameraden" im Unterschleissheimer "Hopfenlandstüberl". Auf dem Heimweg wurde er dann von Alexander Maetzing, einem "Maik P." und Monika Stillger angegriffen und schwer verletzt. In Folge diese Überfalls kam es zu Hausdurchsuchungen, Telefonüberwachungen und offensichtlich auch Funden und Aussagen, die auf die Attentatsvorbereitungen hindeuteten. Nach Informationen verschiedener neofaschistischer Publikationen wurde Wiese am Rande eines Neonazi-Aufmarschs in Nürnberg in Anwesenheit eines Sprengstoffspürhundes kontrolliert - kurze Zeit später kam es dann zu den bekanntgewordenen Razzien.

Der Vorfall ist jetzt gerade einmal einige Wochen her und man liest schon nichts mehr darüber in den Medien. Ein Sturm im Wasserglas?

Auch in diesem Fall muss man leider wieder ein medial-politisches Hochkochen "neonazistischer Gefahr" - die dann sofort wieder vergessen wird - konstatieren. Rechtsterrorismus hat eine jahrzehntelange Kontinuität in diesem Lande, ich erwähne nur mal ein paar Beispiele: WSG Hoffmann, Oktoberfest-Attentat 1980, Manfred Roeders "Deutsche Aktinsgruppen", die "Wehrwolf"-Struktur der "Nationalistischen Front" (NF), die Brandanschläge auf Häuser von Flüchtlingen, die Morde von Thomas Lemke aus NRW, Kay Diesner u.v.m.. Allein in den letzten Jahren beschlagnahmte die Polizei bei deutschen Neonazis 178 Spreng- und Brandvorrichtungen. In den Depots des heutigen NPD-Aktivisten Peter Naumann wurden 1981 insgesamt 150 kg und 1995 weitere 200 kg Sprengstoff und Plastiksprengstoff beschlagnahmt. Tatsächlich neu ist, dass Neonazi-Szenen die, wie in München, in vielen Städten existieren, mittlerweile konkret massenmörderische Aktionen planen. Das ist selbst für uns, die wir Faschismus grundsätzlich für eine potentiell und real tödliche und terroristische Gefahr halten, durchaus neu.

Bei Linken ist man ja seitens der Staatsanwaltschaft immer gerne mit 129a-Verfahren zur Stelle. Bei rechten Hintergründen sehr selten. In diesem Fall aber wurde sogar von einer angeblichen "Braunen Armee-Fraktion" (BAF) schwadroniert, was auch immer das sein soll. Wird es gegen die TäterInnen überhaupt eine Anklage wegen Bildung einer terroristischen oder zumindest kriminellen Vereinigung geben?

Das totalitarismustheoretische Gerede von einer "Braunen Armee Fraktion" bringt uns natürlich nicht weiter. Und die reale Bedeutung des §129a war immer die Ausspähung und Einschüchterung der Linken. Wirklich effektiv gegen die neofaschistische Szene vorzugehen, war nie Sinn dieses Paragraphen, der in den letzten Jahren 500 mal gegen "links" eingesetzt wurde und ganze drei mal in Verfahren gegen Neofaschisten. Thematisiert wurde in den letzten Wochen auch mehr die "Gefährdung Deutschlands", als die ideologischen Hintergründe der Neonazis, z.B. der eliminatorische Antisemitismus, wurde meist verschwiegen. Allein das plötzliche Nachlassen der öffentlichen Berichterstattung signalisiert ganz deutlich: Ernst wird die neofaschistische Gefahr immer noch nicht genommen. Über die reale Bedrohung von Jüdinnen und Juden, Antifaschistinnen und Antifaschisten, MigrantInnen, Homosexuellen und Behinderten durch die deutsche Neonazi-Szene und ihre terroristische ‚Armee', denen im Allgemeinen Baseballschläger und Benzinkanister reichen, wird nicht mehr diskutiert.

Anzeige

Schallplattenversand Matthias Henk
Postfach 11 04 47, 28207 Bremen

Der Antifa Platten Versand
JUMP UP

Internationaler Solidaritätssampler
FREE MUMIA NOW!

Folgende KünstlerInnen gaben ihre Lieder:
Bettina Wegner & Karsten Troyke, Wahre Schule, Fôô Fanick & One Roots, Kai Degenhardt, Cochise, Radio Ethiopia, Fermin Muguruza, Jan Delay, Sinsemilia, Il Canzoniere del Valdarno, Alistair Hulett, Roaring Jack, Selektah Kolektiboa, Betagarri, Anti – Flag, The Code, Justin Sane, Whatever It Takes, Virus Nine, Thought Riot, Pipedown, The Deletist / Tena Scoll, Dj slo-mo / Mo Anderson, Malatesta / Mo Anderson, Bernadette La Hengst, Grenzgänger, Unter Wölfen, Rotes Haus, Chumbawamba, Knarf Rellöm, Goldene Zitronen, McM/PhilHarmonie featuring Fanny & Nathalie, Aziza A

Freiheit für Mumia!
Die Beweise müssen zugelassen werden!
Alle Erlöse gehen an die Anwälte von Mumia EUR 15,00

Vorbestellungen sind möglich bei: Tel. & Fax: 0421-4988535
E-mail: JUMPUP@t-online.de * www.jump-up.de

Von Jörg Kronauer

Steins Kampf

Verfassungsschutz NRW gegen "Junge Freiheit" und umgekehrt

"Demokratie braucht Führer". So überschrieb eine deutsche Wochenzeitung im vergangenen Jahr einen ausführlichen Grundsatzartikel. "Schwierige, aber unaufschiebbare Grundsatzentscheidungen" stünden auf der Tagesordnung, heißt es im Text. Um das "Gemeinwohl" gegen Partikularinteressen durchsetzen zu können, benötige das Land "wenige zur Führung fähige Personen, welche die Gesamtverantwortung für die Weiterentwicklung von Staat und Gesellschaft zur Geltung bringen". Die Entscheidungen der "Führer", so der Autor, müssten dann nur noch von Verwaltungsbeamten exekutiert werden; auf diese Weise könne Deutschland endlich vorankommen.

Elitäre, antidemokratische Positionen, gelegentlich der offene Ruf nach "Führern": Das gehört zum ideologischen Grundbestand der so genannten "Neuen Rechten" (*vgl. Lotta Nr. 10. S. 28 ff*). Antifaschistinnen und Antifaschisten setzen sich schon lange mit ihr auseinander. Immer wieder wird dabei hervorgehoben, was die "Neue Rechte" besonders gefährlich macht: Dass sie sowohl ideologisch als auch soziologisch nach zwei Seiten hin anschlussfähig ist, nämlich zum Konservatismus hin ebenso wie zum Neofaschismus. Die "Neue Rechte" liefert die Stichworte für eine Radikalisierung der Konservativen, sie erleichtert es damit, die radikale Rechte bündnisfähig zu machen. Grund genug, sie zu bekämpfen.

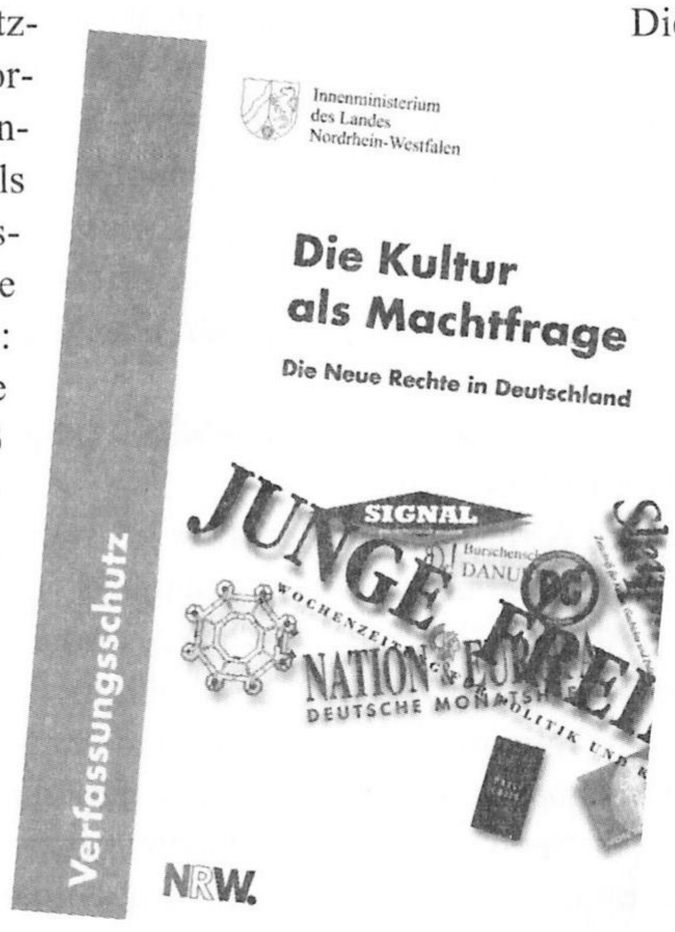
Dass sich staatliche Repressionsapparate mit der "Neuen Rechten" beschäftigen, ist eher selten. Das mag damit zu tun haben, dass "neurechte" Zirkel einflussreiche FreundInnen unter den Konservativen haben, mit denen sich deutsche Beamte nicht gerne anlegen. Es mag auch daran liegen, dass die Verfassungsschutzbehörden sich sowieso lieber Linke vornehmen als rechte Gruppierungen. Jedenfalls erregte es einige Aufmerksamkeit, als der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz im Frühjahr dieses Jahres eine Fachtagung mit dem Titel ankündigte: "Die Neue Rechte - eine Gefahr für die Demokratie?" Der Protest von rechts ließ nicht lange auf sich warten. Kein Wunder - denn die "Neue Rechte" liegt schon lange mit dem NRW-VS im Clinch.

Kampfansage

Im Umgang mit der "Neuen Rechten" nimmt der NRW-VS eine Sonderrolle unter den deutschen Schlapphüten ein. Seit fast zehn Jahren bildet die "Neue Rechte" einen "Schwerpunkt" der Arbeit des Geheimdienstes. Im März 1995 wurde in Düsseldorf der NRW-Verfassungsschutzbericht für 1994 vorgestellt, in dem zum ersten Mal die "Junge Freiheit" (JF) - das bekannteste Publikationsorgan der "Neuen Rechten" - ausführlich auf mehreren Seiten erwähnt wurde. Seitdem hat die "Junge Freiheit" im nordrhein-westfälischen VS-Bericht einen sicheren Stammplatz.

Mehr als ein Jahr benötigte die JF-Redaktion damals, um über die angemessene Reaktion auf die Beobachtung durch den VS zu entscheiden. Schließlich war damit auch eine strategische Klarstellung verbunden. Wer mit "neurechten" Positionen in die bürgerliche Mitte der Gesellschaft hinein wirken will, den stört die offizielle Beobachtung durch den VS ganz empfindlich: Schließlich beschädigt sie die eigene demokratische Reputation. Wer sein Zielpublikum jedoch hauptsächlich in der radikalen Rechten sucht, kann mit der Beobachtung durch den VS sogar kokettieren - denn die vermutete Verfassungsfeindlichkeit trennt ihn von den "Etablierten".

Die "Junge Freiheit" entschied sich schließlich "nach längerer Prüfung" dafür, ihre rechtsradikal durchsetzten "Leserkreise" abzustoßen und ihren Weg in Richtung bürgerliche Mitte fortzusetzen. JF-Chefredakteur **Dieter Stein** und der JF-Prozessbevollmächtigte **Manfred Brunner**, Vorsitzender des inzwischen aufgelösten nationalliberalen "Bund freier Bürger", reichten am 9. August 1996 beim Verwaltungsgericht Düsseldorf eine Klage gegen das NRW-Innenministerium ein, mit der die Beobachtung des Blattes durch den VS untersagt werden sollte. Seitdem führt die JF ihren Kampf gegen die Düsseldorfer Behörde.



Aktuelle Broschüre des NRW -VS zur "Neuen Rechten"

Die ersten beiden Gerichtsentscheide verlor sie (Verwaltungsgericht Düsseldorf 1997, Oberverwaltungsgericht Münster 2001), seit zwei Jahren liegt das Verfahren - inzwischen geführt vom nationalliberalen Ex-Generalbundesanwalt **Alexander von Stahl** - beim Bundesverfassungsgericht. Und seit Kurzem ist in Düsseldorf eine neue Klage gegen das NRW-Innenministerium anhängig.

JF-Protestkampagnen

Nach einer kleinen Protestkampagne im Sommer 2000 griff die JF den VS NRW im Sommer 2002 öffentlichkeitswirksam an. "Ich fordere den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Wolfgang Clement, auf", hieß es in einem von JF-Chefredakteur Stein ini-

tiierten "Appell für die Pressefreiheit", "dafür zu sorgen, dass die diskriminierenden Maßnahmen des NRW-Innenministeriums gegen die Wochenzeitung Junge Freiheit unverzüglich gestoppt werden, dass die Junge Freiheit nicht mehr im Verfassungsschutzbericht des Landes NRW erwähnt wird und dass es der NRW-Verfassungsschutz unterlässt, die Junge Freiheit in den Verdacht des Extremismus zu setzen." Innerhalb weniger Wochen unterzeichneten fast 3.000 Personen den Aufruf, der in großformatigen Anzeigen in der FAZ und der Süddeutschen Zeitung erschien.

Recht rasch reagierte die JF im Frühjahr dieses Jahres auf die Ankündigung, der VS NRW werde eine öffentliche Tagung zur "Neuen Rechten" veranstalten. Sie startete ihre dritte Kampagne gegen die Behörde; und obwohl diese vorerst abgewehrt wurde, ist sie deutlich schärfer geführt worden als ihre beiden Vorläuferinnen. Ausgezeichnet hat sie sich vor allem durch personenbezogene Recherche nach "Anti-Antifa"-Manier. Aktivitäten von Referenten (ausschließlich Männer) der Tagung, die nach Ansicht der JF als "Linksextremisten" zu gelten haben, wurden seit Mai in zahlreichen Artikeln ausführlich und detailliert breitgetreten; insbesondere der Organisator der Tagung, ein hauptamtlicher Mitarbeiter des VS NRW, war heftigen persönlichen Angriffen ausgesetzt.

Hilfe von der CDU

Bemerkenswert ist besonders die Unterstützung, die die Kampagne der JF von CDU-Bundestagsabgeordneten erhielt. Im August bekam das Bundesinnenministerium Anfragen von insgesamt fünf Abgeordneten, die Informationen über Erkenntnisse des VS haben wollten. **Clemens Binninger**, **Erich G. Fritz**, **Karl Lamers**, **Anita Schäfer** und **Georg Schirmbeck** erkundigten sich, ob bestimmte Medien und politische Gruppen als "linksextrem" eingestuft würden. Eines hatten die inkriminierten Medien und Gruppen gemeinsam: Referenten der VS-Fachtagung hatten für sie geschrieben oder bei ihnen referiert. Die Zielsetzung der CDU-Abgeordneten war deutlich: Die Bundesregierung sollte Aussagen machen, mit denen der VS NRW offiziell der Zusammenarbeit mit "Linksextremen" überführt werden konnte.

Ob die CDU-Abgeordneten auf Anregung der JF arbeiteten, ist nicht klar festzustellen. Die Liste der Medien und der politischen Gruppen, nach denen sich die Abgeordneten erkundigt hatten, weist auffällige Übereinstimmungen mit der Liste auf, die in der JF als Beweis für eine "linksextreme Orientierung" der Tagungsreferenten aufgeführt wurde. Die Angaben der Jungen Freiheit aber stimmen in hohem Maße mit einem Papier des Burschenschafters **Sebastian Prinz** überein, das im Frühjahr in einem Internetforum von Verbindungsstudenten verbreitet wurde; es stellt auf fünf Seiten ergoogelte Erkenntnisse über die Tagungsreferenten zur Verfügung. Auch dieses Papier könnte Grundlage der CDU-Anfrage gewesen sein - zumal Prinz Mitarbeiter im Büro des CDU-Bundestagsabgeordneten **Egon Jüttner** ist, der seinerseits die Anfrage mit betrieb.

Drahtzieher

Prinz hat seine ersten politischen Gehversuche in den 1990er Jahren im Rheinland gemacht. Er mietete Tagungsräume für den Kölner JF-Leserkreis und kandidierte für eine Kölner Burschenschafter-Liste bei den AStA-Wahlen. Außerdem nahm er am "Arbeitskreis 'Publizistische Aktivitäten gegen Links'" des Mentors der deutschen "Anti-Antifa"-Recherche, **Hans-Helmuth Knütter**, teil. Prinz ist Mitglied der "Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn", die zum radikal-völkisch orientierten Flügel der "Deutschen Burschenschaft" gehört und mit Anzeigen in "Nation & Europa" sowie Vortragsveranstaltungen mit prominenten Referenten (z.B. Dieter Stein, **Horst Mahler**) auf sich aufmerksam gemacht hat. Seit geraumer Zeit publiziert Prinz - Schüler des Berliner Polit-Profs **Bernd Rabehl** - gegen die deutsche Linke. Seine Artikel über die PDS finden sich in Publikationen der CDU-nahen "Konrad-Adenauer-Stiftung" und der CSU-nahen "Hanns-Seidel-Stiftung", aber auch im "Handbuch des Linksextremismus", das unter anderem von Knütter herausgegeben worden ist. Zur Zeit nimmt Prinz an einem von der "Hanns-Seidel-Stiftung" finanzierten und von **Eckhard Jesse** geleiteten Promotionskolleg "Politischer Extremismus und Parteien" an der TU Chemnitz teil; sein Thema: die PDS.

Der sich "wissenschaftlich" gebende "Anti-Antifaschismus", der bei Prinz in Ansätzen erkennbar wird, droht offenbar in organisierte Angriffe überzugehen. Die Kampagne gegen den VS NRW ist noch nicht zu Ende; **Wolfgang Götzer** (CSU-MdB) will die Affäre in Bundestags-Gremien aufwärmen. CDU-MdB Egon Jüttner setzt unterdessen seine Anfragen an die Bundesregierung fort. Die jüngste bezog sich nicht mehr auf NRW, sondern tat den nächsten Schritt: Jüttner erkundigte sich nach VS-Erkenntnissen über ein süddeutsches Friedensbündnis, das gegen eine Großkundgebung der "Sudetendeutschen Landsmannschaft" protestiert hatte. Reiner Zufall: Jüttner gehört dem "Sudetendeutschen Rat" an.

Bündnis gegen die "Neue Rechte"

Der VS NRW nimmt seinerseits den Kampf auf. Die Fachtagung, die am 8. Oktober stattfand und schon Wochen vorher völlig ausgebucht war, richtete sich ausdrücklich an "Vertreter aus Wissenschaft, Medien, Bildung und Verfassungsschutz". Die genannten Bereiche sollen offenbar für ein Bündnis gegen die "Neue Rechte" gewonnen werden, Innenminister Behrens will die öffentliche Aufklärung über JF und Konsorten vorantreiben. VS-NRW-Chef Möller wirbt unterdessen bei anderen VS-Behörden für eine Beobachtung der "Neuen Rechten". Zwar sperren die meisten sich noch; der baden-württem-

bergische VS ist NRW jedoch inzwischen gefolgt und beobachtet seit April 2000 ebenfalls die JF.

Was bringt eine VS-Behörde eigentlich dazu, die "Neue Rechte" zu beobachten? Für Baden-Württemberg scheint die Frage nicht so schwer zu beantworten. Lange genug hat die dort schon ewig regierende CDU gebraucht, um das Stimmenpotenzial der REPs wieder zum CDU-Wählen zu bewegen; dazu, dass - nach dem Strauß'schen Diktum - rechts von der CDU keine Partei Wahlerfolge erzielen dürfe, auch nicht im "neurechten" Milieu, trägt im Süden jetzt auch der VS seinen Teil bei. In NRW läuten schon seit einiger Zeit bei der SPD die Alarmglocken; die Bosse der Genossen sehen in Strukturwandel und neoliberalem Durchmarsch den eigenen Filz davon schwimmen, die CDU macht sich für die Übernahme bereit. Dass da so mancher altgediente Sozialdemokrat Hoffnungen darauf setzt, die "Neue Rechte" zu skandalisieren und damit Druck auf den rechten Flügel der CDU auszuüben, der Kontakte zu einigen "Neurechten" hat, verwundert nicht so sehr.

Inhaltlich brachte die Tagung nichts Neues, einige Beiträge fielen ausgesprochen schwach aus. Für Belustigung sorgte anfänglich **Götz Kubitschek** vom "Institut für Staatspolitik"; sein plumper Versuch misslang, durch massive Störung der Veranstaltung einen Hinauswurf zu provozieren, um sich hinterher als "Opfer" eines angeblich linksextremistisch beeinflussten Verfassungsschutzes präsentieren zu können. Ansonsten kam es wie erwartet: Die Totalitarismusdoktrin - für den VS die unumstößliche Arbeitsgrundlage - beherrschte die wenig ergiebige Debatte.

"Mitte" und "Ränder"

Unbeantwortet blieben - auch das war zu erwarten - kritische Einwände von links. Vor allem Uwe Backes, Teilnehmer an der Abschlussdiskussion und konservativer Totalitarismustheoretiker par excellence, musste sich gegen Vorwürfe wehren, er habe durch seine Zusammenarbeit mit "Neurechten" wie Rainer Zitelmann selbst dazu beigetragen, die "Neue Rechte" hoffähig zu machen. Keine befriedigende Antwort gab es auch auf die Frage, wieso sich der VS zwar mit der "Neuen Rechten" befasst, nicht jedoch mit großen Parteien, deren Führungspersonal mit rassistisch konnotierten Sprüchen auf sich aufmerksam gemacht hat ("Kinder statt Inder"), oder mit dem NRW-Innenministerium, das inzwischen mit seiner menschenrechtswidrigen Abschiebepraxis selbst mit UN-Behörden in Konflikt gerät.

Dabei legt gerade diese Frage entscheidende Erkenntnisse nahe. Etwa die Erkenntnis, dass der VS offenbar weniger die Verfassung schützt, als vielmehr die "Mitte" der deutschen Gesellschaft, die ihre Pfründe gelegentlich von den "extremistischen Rändern" her bedroht fühlt. Eine Radikalisierung der "Mitte", die besonders in Zeiten einer Radikalisierung kapitalistischer Konkurrenzverhältnisse droht, darf den VS allerdings nicht interessieren. Dabei findet eine solche Radikalisierung der "Mitte" zurzeit statt, sie zeigt sich sogar auf oberster Ebene. Der Bundesinnenminister äußert "menschliches Verständnis" für einen Frankfurter Polizisten, der mit Folter gedroht hat; der Verteidigungsminister schlägt vor, Blitzentscheidungen über Krieg und Frieden in einem kleinen Klüngelgremium der Öffentlichkeit zu entziehen; der Bundespräsident stellt öffentlich Bestimmungen des Potsdamer Abkommens und damit die Grundlage der europäischen Nachkriegsordnung in Frage. Bleibt noch zu erwähnen, dass auch der eingangs erwähnte Ruf nach "Führern" keine Beobachtung durch den VS nach sich ziehen wird. Er stammt von einem Sozialdemokraten, dem mecklenburg-vorpommerschen Ministerialbürokraten **Udo Knapp**, und wurde auch nicht in der JF abgedruckt, sondern in der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung".

Anzeige

Von Pierre Briegert und Sabrina Fess

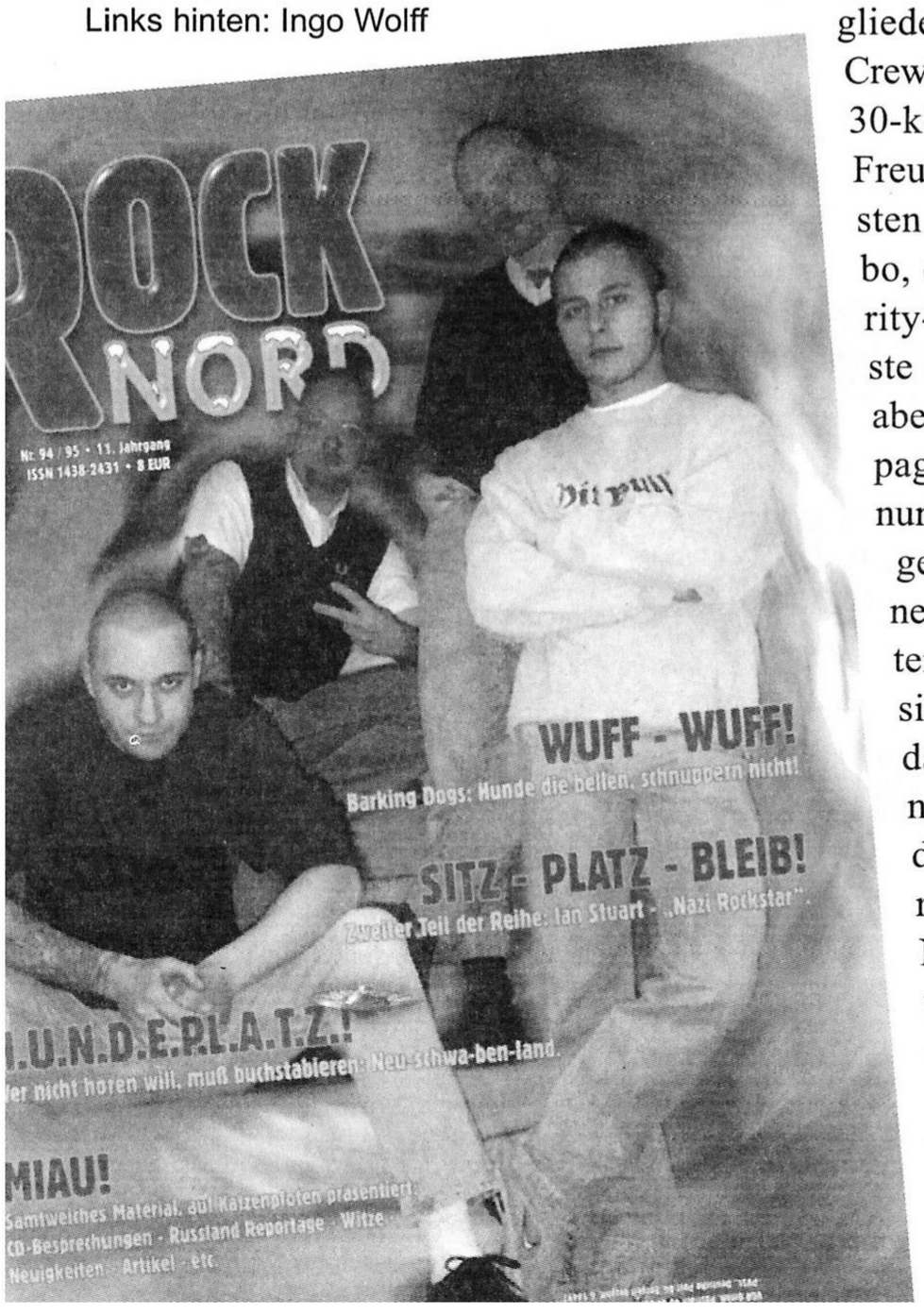
"The way of Life" of the "Barking Dogs"

Düsseldorfer Band ohne Berührungsängste zum Neonazi-Spektrum

Die 1994 gegründete Band "Barking Dogs" aus Düsseldorf gehört mit zu den beständigsten Gruppen, die sich im RechtsRock-Bereich in NRW finden lässt. Obwohl die Gruppe keinerlei Berührungsängste zum offen neonazistischen Spektrum aufweist, reagiert sie dennoch ungehalten, wenn sie als politische Band der extremen Rechten gehandelt wird und kultiviert statt dessen ihren "Skinhead Way of Life". Man versteht sich als "unpolitisch".

"hoffentlich versucht die band nicht weiterhin das label ‚unpolitisch' zu nutzen. wenn man so von den ****** angegriffen wird muss man zurueck schlagen ..alles andere waere feige", stammelte am 6. Juli ein "Kamerad" im Gästebuch der "Barking Dogs". Bezug nahm er auf eine antifaschistische Demonstration gegen RechtsRock wenige Tage zuvor in Düsseldorf, die auch bei "Dogs"-Frontmann **Ingo Wolff** vorbeizog. Dieser antwortete schnell und zornig: Man lasse sich "nicht von irgendwelchen Wixern vor einen Karren spannen", sondern werde seinen "eigenen Weg weiter gehen". Auch die "Freie Kameradschaft Düsseldorf" scheint nicht ganz zufrieden mit den "Dogs": "Schon 'nen Tisch im ‚Paulaner' reserviert? Na an der Front sieht man Schwätzer wie Dich ja nie!", pöbelte "Kameradschaftsmitglied" **Udo Birr**, Betreiber des "Nationalen Infotelefons Rheinland" von 1994 bis 1997, nächtens im Gästebuch der "Barking Dogs" gegen eines der Mitglieder der "24 Road Crew", ein zirka 20- bis 30-köpfiger Fan- und Freundeskreis im engsten Umfeld der Combo, der auch für Security- und Ordnerdienste eingesetzt wird, aber laut Band-Homepage "weit mehr als nur Security und Fangemeinde" sei. Keine zehn Stunden später entschuldigte sich Birr und trug damit dem Spannungsverhältnis, in dem die offen agierende militante Neonazi-Szene und die Band zueinander stehen, Rechnung: "Der vorangegangene Eintrag von mir ist ein 2 Promille Ergebnis, da kocht bei mir immer ein wenig das Blut!"

"Barking Dogs" auf dem Titelblatt der aktuellen "Rocknord" Nr. 94/95.
Links hinten: Ingo Wolff



Bandgeschichte, Hauptakteure und Inhalte

Trotz zumeist gemäßigter Texte haben die "Barking Dogs" nie Zweifel an ihrer politischen Einstellung aufkommen lassen, und folgerichtig auch auf vielen Konzerten zusammen mit neonazistischen Bands gespielt. So zum Beispiel am 20. Juli 2002 in einer Lagerhalle eines Abschleppunternehmers in Bottrop mit den neonazistischen Bands "Brigade M" aus den Niederlanden und "unseren Freunde von Faustrecht" (Zitat Wolff) aus Kempten. Auch "Oidoxie" und die französische Combo DSH sollten hier auftreten, wozu es zu später Stunde aber aufgrund eines Polizeieinsatzes nicht mehr kam. Jeder möge halt seine eigene Meinung haben, so die "Dogs" – und da stört es dann auch nicht, wenn mehrere Mitglieder der "24 Road crew" fleißig bei neonazistischen Aufmärschen mit marschieren.

Hilfreich bei der Einschätzung der ursprünglich aus Krefeld stammenden Band dürfte auch eine Betrachtung des musikalischen Werdegangs ihres Sängers Ingo Wolff sein. Der RechtsRock-Gemeinde in Deutschland wurde er Anfang bis Mitte der neunziger Jahre durch seine Mitgliedschaft in der 1991 gegründeten und zwischenzeitlich aufgelösten Düsseldorfer Band "08/15" um **Rainer Sebrecht** bekannt. Ebenso wie Sebrecht und ein früheres "Barking Dogs"-Mitglied fungierte der aus Willich stammende Wolff als Begleitbandmitglied und Schlagzeuger von **Ken McLellans** englischer RechtsRock-Kultband "Brutal Attack". In dieser Zeit knüpfte er bereits umfangreiche internationale Kontakte. Sebrecht drückte schon damals im Namen von "08/15" in der niederländischen Neonazi-Postille "Vaderland" aus, was auch heute für die "Barking Dogs" Gültigkeit haben dürfte: "In Germany we have to be careful about the lyrics cause we have very hard laws and there`s a big pressure against us. We can not sing what we want. Our songs are not too directly and you have to read between the lines."

Noch während er bei "08/15" spielte, gründete Wolff mit "Arbeiterklasse" sein eigenes Bandprojekt. Zirka 1997 stieg er bei den "Barking Dogs" ein, die sich aufgrund des Rückzugs ihres vorherigen Sängers nach einer neuen "Kraft" umsahen. Er entwickelte sich rasch zum Kopf der Band, die sich in der Folgezeit noch mehrmals personell umgestaltete. Nur eines der Gründungsmitglieder der ehemals Krefelder Band, die an ihrer ehemaligen Wirkungs-

stätte noch einen Proberaum unterhält, ist heute noch dabei.

1997 erschien beim Düsseldorfer bzw. Langenfelder RechtsRock-Label von Torsten Lemmer, "Funny Sounds", das selbst betitelte "Skinhead Rock"-Debütalbum, auf dem die "Dogs" eine musikalische Standortbestimmung ablieferten, der sie bis heute treu geblieben sind. Von Zusammenhalt, Treue, Stolz, vielen Feinden, Kampf, "deutscher Jugend" und einem "sauberen Deutschland" handeln ihre Texte, strafrechtlich bedenkliche Passagen bewusst aussparend: "Die deutsche Jugend, die darf sich nicht wehren. Doch deutsche Skinheads, die kann man nicht belehren. Doch haltet zusammen - gemeinsam sind wir stark. Für ein sauberes Deutschland, so wie ich es mag."

1998 folgte die CD "Dein Tag", produziert von **Jens Pühse** vom NPD-Bundesvorstand, 2001 dann "Royal Aces", erschienen bei "Agitator Records". An den Themen in den Liedtexten änderte sich nichts Wesentliches. Worum sich die "Barking Dogs" sorgen bzw. wofür sie stehen, daran lassen sie weiterhin keinen, der hinhört, im Zweifel: "Egoismus ist, was euch alle prägt, feige Nutten, wenn`s um die Heimat geht". Oder durch kämpferische Aussagen wie im Song "Fight": "We fight for honour, the pride and the truth" und etwas später "We fight for deutschland, so loyal and true, defend our country, that's what we do". Ihre ideelle Zugehörigkeit zur "White Power"-Bewegung bekunden sie auch durch Zeilen wie "Born white - born free" oder ihr Bekenntnis "We've got the power, the patriotic sound". Ganz in diesem Sinne huldigt dann auch der Song "Valhalla" dem verstorbenden "Blood & Honour"-Begründer und Kopf der britischen RechtsRock-Band "Skrewdriver" **Ian Stuart Donaldson**: "Ian Stuart war der Name eines weißen Barden, dessen Lieder soviel Kräfte gaben. So sang er seine Lieder von Europa in Not".

Besonders markant und durchgängig in den Liedtexten sind die Bezüge auf ihr Verständnis von "Skinheadkult" und ihr Selbstverständnis als Skinheads. Immer im Wechselbad der Gefühle zwischen Ohnmacht bzw. angeblicher gesellschaftlicher Opferrolle und der machtvollen Heroisierung des martialischen Kultes. "Jeder versucht Dich kleinzukriegen, doch Du läßt Dich nicht besiegen, Du bist stolz und Du bist kahl, der Skinheadkult ist Deine Wahl." Nicht eine von ihnen verpönte dogmatische (Partei-)Politik, sondern gelebte rechte Skinhead-Weltanschauung steht bei den "Barking Dogs" im Vordergrund. Ohne Zweifel an ihrer Gesinnung und Einstellung aufkommen zu lassen, schaffen sie dabei eine Vereinigung von rechtem Lebensgefühl in Verbindung mit Stolz auf den Skinheadkult und bierseliger Ausgelassenheit.

2002 veröffentlichte die Band dann beim Label "Backstreetnoise" und in Kooperation mit der Band "Selbststeller" ("Riesa boot boys") aus Riesa die Split-CD "Tattooed Rebels" (*zum Thema Tättoos siehe LOTTA Nr. 13, S. 26 ff*).

Zu dieser Band mitsamt ihrer "Twenty Two Boot Boy Crew" verbindet die "Barking Dogs" eine langjährige, stark kultivierte Freundschaft. Die fünfte CD der "Dogs", die den Titel "Schluss mit Lustig" tragen soll, steht derzeit kurz vor der Veröffentlichung.

Einsam zwischen "den Fronten"

Neben ihren Konzertauftritten mit neonazistischen Bands, sind die "Dogs" aber auch bestrebt, auf vermeintlich "unpolitischen" Oi / Punk-Konzerten zu spielen. Einen derartigen Versuch gab es z.B. am 13. April 2002 in der Düsseldorfer Altstadt. Hauptact sollte die Dinslakener Oi-Band "Verlorene Jungs" sein, der von Seiten antifaschistischer Gruppen schon häufig und zurecht eine fehlende Distanz zu RechtsRock-Bands vorgeworfen worden war. Diesmal aber bekamen die "Jungs" kalte Füße und sagten zum großen Ärger der "Barking Dogs" kurzfristig ihren Auftritt und damit das gesamte Konzert ab: "Es ging um Musik, Spaß - Parole Spaß eben - und kein Mensch hatte dabei auch nur einen Moment an Politik gedacht", war damals auf ihrer Homepage zu lesen. "Aber dann brach hier mit einem mal der Sturm los. (...) Und irgendwann ging es nur noch um Politik. (...) Rechts und links - es kotzt mich an." Exakt hier setzen auch die "Barking Dogs" an, die gegen "Spaltung" des "Kults" wettern und "Einheit", "Toleranz" und "Konsequenz" einfordern. Wolff zur Absage der "Verlorenen Jungs": "Man wollte eigentlich nicht vorhandene Grenzen überschreiten. [...] Es ging [...] ganz allein um die Musik und den ‚Way of life'! Schade, daß einige Leute zu schwach sind, an einem Strang zu ziehen!!!" Wolff weiter: "Wir werden einen Scheißdreck tun und uns dafür entschuldigen, daß wir mit ‚rechten' Bands zusammen spielen." Und um allzu aufdringlichen Partei- und Kameradschaftsaktivisten keine falsche Hoffnungen zu machen: "Ich gebe einen Dreck auf eure Möchtegern Politik, denn wie es in Deutschland aussieht, das weiss ich selber und muss es mir nicht immer wieder von Neuem von irgendwelchen ‚superschlauen' Politkomposthaufen auf mein Butterbrot schmieren lassen. [...] Unsere Musik trifft ganz klare Aussagen." Das tut sie; und nicht nur deshalb sollte die Band auch als das angesehen werden, was sie ist: als Struktur, die ihren festen Platz unter den Rechts-Rock-Bands in der BRD hat, und deshalb zu bekämpfen ist.

Dortmund

Neonazi-Aktivitäten gegen die "Wehrmachtsausstellung"

Schon seit Monaten waren sie auf der "Heimatseite" der "Völkisch orientierten Gemeinschaft Dortmund" angekündigt: zwei neonazistische Demonstrationen sowie diverse "stationäre Kundgebungen" gegen die in Dortmund gastierende Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht". Zum Unterstützerkreis des Aufrufs "Heraus zum Protest! Unsere Großväter waren keine Verbrecher" gehörten die "Freien Kameradschaften" aus Dortmund, Hamm, Köln-Bonn, dem Hochsauerlandkreis, der NPD-Landesverband NRW, die Band "Oidoxie" sowie "viele weitere freie Aktivisten und Zusammenhänge".

20. September: Zum Auftakt des Aktionsmarathons hatten sich am 20.9. rund 700 Neonazis eingefunden. Wie nicht anderes zu erwarten, waren nahezu alle NRW-Kameradschaften und NPD/JN-Verbände angetreten. Unterstützt wurden sie von Delegationen aus anderen Bundesländern und den Niederlanden. Als Demoanmelderin trat **Karin Lenzdorf** in Erscheinung, die gemeinsam mit **Katja Jarminowski** auch die Demoleitung stellte. Etwas abseits, aber stets auf dem Sprung, der Demoleitung bei juristischen Fragen zur Seite zu stehen, hielt sich der Dortmunder Rechtsanwalt **André Picker,** der sich großer Beliebtheit in der neonazistischen Szene erfreut. Als RednerInnen traten **Christian Worch** (Hamburg), **Daniela Wegener** (Hochsauerlandkreis), **Yvonne Mädel** (Thüringen), **Hartmut Wostupatsch** (Würzburg), der NPD-Funktionär **Willibert Kunkel** aus dem Aachener Raum, **Constant Kusters** (Niederlande) und **Ralph Tegethoff** (Rhein/Sieg-Kreis) in Erscheinung. Zum Schluss spielte die Band "Oidoxie" um **Marko Gottschalk** und **Dennis Linsenbarth** auf, zwischenzeitlich verstärkt um den einstigen Drummer der Düsseldorfer Band "Reichswehr", **Dennis Heinrich Jörißen** aus Mönchengladbach.

27. September: Sieben Tage später, am 27. September kam es dann zur ersten von insgesamt anfangs fünf angekündigten "stationären Kundgebungen" der Neonazis gegen die Ausstellung. 70 Personen nahmen daran teil, etwa 120 Menschen führten eine spontane Gegendemo durch. Bei der Neonazi-Kundgebung sprachen die beiden Kölner **Axel Reitz** und **Paul Breuer** (KDS) sowie **Claus Cremer** (NPD), der für eine "Aktionsgemeinschaft ‚Gegen die Schandausstellung'" auch Berichte über Veranstaltungen gegen die Ausstellung verbreitete.

2. Oktober: Mehr oder weniger ins Wasser fiel eine von der DVU geplante Veranstaltung am 2. Oktober. Schon seit Eröffnung der Ausstellung hatten DVU'ler rund um ihr Ratsmitglied **Max Branghofer** Flugblätter eines "Arbeitskreises für Geschichte und Politik" verteilt. Eingeladen wurde mit ihnen zu zwei Veranstaltungen, die in dem Museum stattfinden sollten. Als Referenten waren "Waldemar Post" (für den 2.10.) und Stefan Scheil (für den 24.10.) angekündigt. Mit "Waldemar Post" war der Münchener Rechtsaußen-Historiker **Walter Post** gemeint, Autor des Buches "Die verleumdete Armee - Wehrmacht und Anti-Wehrmacht-Propaganda" und erst vor wenigen Wochen Interviewpartner der "Nationalzeitung" der DVU. Er erreichte mit seinem Vortrag aber nur einen verschwindend kleinen Teil der angepeilten 200 Besucher. GegendemonstrantInnen hatten das Foyer des Museums blockiert. Daran konnten auch die breitschultrigen und kahlköpfigen Ordner aus dem Kameradschaftsspektrum nichts ändern, derer sich die DVU bediente. Stattdessen schlugen sie während der Veranstaltung einen Dortmunder Lehrer, der als Kritiker die Veranstaltung besucht hatte. Draußen bleiben musste auch der NPD-Landesvorsitzende **Stephan Haase**, der mit Cremer und einigen anderen KameradInnen im Gefolge gekommen war, um Post zu lauschen. Dies gelang letztlich nur 15 Personen, wie die Polizei mitteilte: den DVU-Oberen und den Ordnern.

11. Oktober: Am 11. Oktober folgte die zweite "stationäre Kundgebung", zu der etwas mehr als 100 Neonazis zum Platz von Buffalo kamen. Als RednerInnen traten – angekündigt von Katja Jarminowski - auf: Christian Worch, ein "**Markus S. (NPD)**", der als "Sleipnir"- und "Staatsbriefe"-Autor vorgestellte **Peter Faethe** aus Köln, NPD-Landesvorstandsmitglied **Timo Pradel** und Axel Reitz. Eine Woche darauf durften an gleicher Stelle **Marko Hölder**, der als "freier Nationalist" vorgestellt wurde, Reitz, Wostupatsch, Haase und Cremer ans Mikrofon.

Köln

Dialog mit Rechts

Mit Aktivisten der extremen Rechten ist eine Angestellte der Stadt Köln in Dialog getreten. Mitte September lud die Anti-Diskriminierungsbeauftragte im Interkulturellen Referat Vertreter der Gruppierung "Pro Köln" zu einem Gespräch ein. Vorangegangen waren Beschwerden von Bürgern über Anti-Moschee-Flugblätter von "Pro Köln". Bei dem Gespräch, zu dem **Manfred Rouhs** und die Vorsitzende **Judith Wolter** erschienen, ging es um Formulierung und Ausrichtung des verteilten Flugblatts. Zukünftig wünschte sich die Stadtangestellte "mehr Information und weniger Polemik" in den "Pro Köln"-Publikationen. Dass "Pro Köln" eindeutig in der extremen Rechten zu verorten ist, war der Angestellten dabei bekannt. Das Gespräch wird nicht ganz ohne Konsequenzen bleiben: Die Kölner PDS erhob bereits Anfrage vor dem Rat. "Pro Köln", erfreut über die städtische Unterstützung, hat inzwischen die Kandidaten für die Kommunalwahlen 2004 aufgestellt.

KDS-Demo gegen das Grenzcamp

Unter dem Motto "Deutschland den Deutschen! Stoppt antideutsche Hetze und Gewalt!" demonstrierten Neonazis am 9. August in Köln gegen das dort stattfindende Grenzcamp. Aufgerufen dazu hatte unter anderem im Namen einer "Bürgeraktion gegen Gewalt und Intoleranz" der Kölner KDSler **Axel Reitz**. Angemeldet hatte den Aufmarsch laut einem Eintrag im "Wikinger"-Forum Reitz' Kölner KDS-Kamerad **Uwe Pendsinski**. Die Demonstration, die eine Woche nach einer von "Pro Köln" gegen das Grenzcamp organisierten Kundgebung (vgl. LOTTA Nr. 13, S. 31) stattfand, werde von "nationalen Kräften aus ganz Deutschland" unterstützt, hatte Reitz per Pressemitteilung vorab vollmundig erklärt. Am Veranstaltungstag selbst wurden im

Neonazi-Demonstration am 25. Oktober in Dortmund

13. Oktober: Am 13. Oktober wurde die Ausstellung bzw. das Museum Opfer eines Anschlags. Auf der Herrentoilette wurde Buttersäure freigesetzt, das gesamte Gebäude musste in der Folge evakuiert und die Ausstellung kurzzeitig geschlossen werden. Im Internet jubelten kurz darauf "Nationalsozialisten aus Dortmund und Umgebung" über die Aktion der "Kameraden". Bereits in der Nacht zuvor war der Museumseingang mit Hakenkreuzen beschmiert worden, wenige Tage später wurde eine Scheibe des Museums eingeworfen. Für die Dortmunder Polizei waren "Anzeichen für einen politisch motivierten Hintergrund" nicht zu erkennen, wenngleich ein solcher "etwa durch Rechtsextremisten" nicht auszuschließen sei.

24. Oktober: Mehr Glück als bei seinem ersten Versuch hatte der "Arbeitskreis für Geschichte und Politik" mit seinem zweiten Vortrag am 24. Oktober. Zwar hatte die Stadt das Museum für Kunst und Kultur für die Veranstaltung gesperrt, gleichzeitig aber Ausweichräume am Kaiserwall bereitgestellt. Da der Eingang erfolgreich von AntifaschistInnen blockiert wurde, mussten die 90 Alt- und Neonazis – darunter viele aus dem Bereich der "Freien" und der NPD unter Polizeischutz durch einen Hinter- sowie einen Notausgang das Gebäude betreten, um dem Vortrag von **Stefan Scheil** lauschen zu können.

25. Oktober: Etwas mehr als 500 TeilnehmerInnen wurden bei der Abschlussveranstaltung der Neonazi-Kampagne gezählt, einer Demonstration vom Hafen in die Innenstadt. Ans Mikrofon traten: Katja Jarminowski, **Thomas Wulff**, Christian Worch, **Thorsten Heise**, Daniela Wegener, die eine Grußbotschaft des inzwischen einsitzenden Siegfried Borchardt verlas, Claus Cremer, Axel Reitz, **Horst Schröder** als Vertreter der "Erlebnisgeneration", Ralph Tegethoff sowie **Gerd Ittner** aus Franken, der allerdings auf polizeilichen Druck seine Rede vorzeitig beenden musste, nachdem er die "Nationalen Sozialisten" mit einem "Heil dem Deutschen Reich" begrüßt hatte.

Stadtteil Poll nach Angaben der Polizei lediglich 60 TeilnehmerInnen gezählt. Vor allem Anhänger der Kölner "Kameradschaft Walter Spangenberg", ausgerüstet mit Köln-Fahne und dem bei Aufmärschen gerne spazieren getragenen KDS-Transparent "Nationale Sozialisten voran!", waren in Poll unterwegs – einige auf Socken, weil sie die per Auflage verbotenen Springerstiefel ausziehen mussten. Als RednerInnen traten ein "Kamerad Markus" sowie **Peter Faethe** (Köln), **Maik Falkenrath** (Ennepetal), **Ivonne Mädel** (Thüringen) und mit Zeitverzögerung wegen von der Polizei festgestelltem Restalkohol **Hartmut Wostupatsch**. Bevor Pendsinski die Demo mit eine Bettelrede beendete und Paul Breuer Solidaritäts-Oiros einsammelte, durfte "Kamerad **Lehmann**" noch " Das Lied aller Deutschen" solo über Megafon präsentieren. Bis zum Beginn der 3. Strophe reichten die Textkenntnisse, danach verließen sie ihn.

Hagen

Horst Mahler sprach auf DKW-Veranstaltung im "Boni"

Zirka 65 Interessierte zählten Hagener Staatsschutz und anwesende AntifaschistInnen am Samstag den 27.9.03 im Hagen-Hasper Vereinsheim "Sankt Bonifatius". Angezogen hatte sie eine Veranstaltung des NPD-nahen "Deutschen Kulturwerks" mit dem Referenten **Horst Mahler**. Dieser stellte sein neues Buch "Die Septemberlüge – Hintergründe zum 11. September" vor. Anmelderin der Veranstaltung war **Roswitha Crämer** aus Schwelm, Mutter des Schwelmer NPD-Stadtrats- und JN-Bundesvorstandsmitglieds **Thorsten Crämer**. Das Vereinsheim ist im Besitz des Hasper SPD-Bezirksvertreters Harald Kröner. Dieser habe an der Anmietung nichts Verdächtiges feststellen können, teilte er der Presse gegenüber mit. Verdacht habe er erst geschöpft, als sich der Referent über die Anschläge vom 11.9.2001 ausließ und dies mit Dias untermalte. Als er überlegte, die Polizei zu verständigen, hätten sich zwei Männer als Hagener Staatsschützer zu erkennen gegeben und den Wunsch geäußert, die Veranstaltung weiterlaufen zu lassen und ihnen zur Erhebung von Informationen einen geeigneten Platz zum zuhören und -schauen zu organisieren, was dann auch geschah. Und so konnte die Veranstaltung ungestört zu Ende gehen.

Bereits einige Jahre zuvor hatten "Die Republikaner" ihren Landesparteitag im "Bonifatius" abgehalten. Diese Vorkommnisse nahmen Hagener AntifaschistInnen genau eine Woche später zum Anlass für zwei Kundgebungen vor dem Lokal und in der Hasper Fußgängerzone.

Von Antifas aus Hegen

Münster

Schwedische Patrioten zu Gast

Am 4. Oktober fand in Münster, trotz vorheriger antifaschistischer Proteste, der angekündigte Auftritt der schwedischen RechtsRock-Band "Perkele" statt. Die Band gehört zu den gemäßigteren schwedischen RechtsRockbands und versteht sich selber als patriotische Oi-Band, die ihre Gruppe selber aus der Politik heraushalten will. Ihre Texte handeln von Patriotismus, Drogengeschäften, Vergewaltiger und Pädophilen und sind u.a. durch "Hang Them High" und "Smash The Scum" auch aussagekräftig betitelt. Die sich selber als "unpolitisch" gebende Band hat dabei auch keine Berührungsängste mit offensiven RechtsRock-Bands. So sind sie z.B. mit dem Aushängeschild der schwedischen RechtsRock-Szene "Ultima Thule" auf einem Sampler vertreten und ihre Teilnahme für einen zukünftigen "Ultima Thule"-Tributsampler ist angekündigt.

Zum ersten Mal wurde die Band "Perkele" nun auch für ein Konzert in NRW angekündigt, wobei der zunächst geplante Gig in Rheinberg schon Wochen vorher vom Veranstalter selber wieder gecancelt wurde. Als Ausweichort wurde schon bald die Münsteraner Lokalität "Metro" beworben, die allerdings wegen des öffentlichen Drucks auch schnell verworfen wurde. Statt dessen wich Veranstalter **Tim Birth** auf das Firmengelände des Getränkehändlers **Lappe** als Veranstaltungsort aus, dessen Lagerhalle als beworbene Konzertlokation "Alactraz" benutzt wurde. Schon im September hatte dort ein Konzert mit der Dinslakener Band "Verlorene Jungs" statt gefunden. Nicht zuletzt durch ihr Bandmitglied **Bernd Zippel** und seine Mitgliedschaft bei der Erkrather RechtsRock-Band "Rabauken" gehören die "Verlorene Jungs" zur Grauzone der RechtsRock-Szene und sorgen für einigen Konfliktstoff. Kontroversen und Ärger befürchteten wohl auch Getränkehändler Lappe und Veranstalter Birth beim "Perkele"-Konzert, da sie auf telefonische Nachfrage bis zuletzt von einer Absage des Konzertes sprachen.

Aachen

Neonazi-Demo gegen Kinderschänder angekündigt

Neonazis wollen sich erneut die öffentliche Empörung über den Mord an kleinen Kindern zunutze machen. Unter dem Motto "Todesstrafe für Kinderschänder" ruft - laut einem Eintrag auf der Homepage der NPD im Märkischen Kreis - der NPD-Kreisverband Aachen für Mittwoch, 5. November, zu einer "Protestaktion anlässlich des Prozessauftaktes gegen zwei Kinderschänder" vor dem Landgericht Aachen auf. An diesem Tag beginnt das Verfahren gegen zwei Männer, die beschuldigt werden, die Geschwister Tom (11) und Sonja (9) aus Eschweiler erwürgt zu haben. Als Ansprechpartner für die "Protestdemo" ist der frühere DVU- und jetzige NPD-Funktionär **Willibert Kunkel** genannt, der Mitglied des Stolberger Stadtrates ist und eng mit der Kameradschaft Aachener Land zusammenarbeitet. Er soll die Demonstration einem Bericht der Aachener Nachrichten zufolge auch angemeldet haben. Eigens für die Demonstration wurde eine Internetseite eingerichtet, die sich bemüht, allzu offenkundige neonazistische Anklänge zu vermeiden. Im Gästebuch kündigt die NPD Mönchengladbach an, sie werde "vollzählig" nach Aachen kommen.

Lüdenscheid

Neonazi Maik Müller verstorben

Der Spätsommer brachte noch einmal Verstärkung für die "Kameradschaft Walhalla" aus den Reihen nordrhein-westfälischer Neonazis. Nachdem nach Berichten auf Indymedia kürzlich bereits mehrere Neonazis im niederrheinischen Hamminkeln-Mehrhoog volltrunken per Auto in die "Halle der Gefallenen" gefahren waren, folgte ihnen am 3. September Maik Müller, der zuletzt in Lüdenscheid lebte. "Unser treuer Kamerad ‚Privat' **Maik Müller** verstarbt [sic!] am 3. September 2003 an den Folgen eines plötzlichen Blutgerinsels im Gehirn", meldete die Gruppierung "Widerstand Hamm" auf ihrer "Heimatseite". Und auch die niederländische "Blood & Honour"-Division setzte eine Traueranzeige mit Foto von Müller ins "weltweite Netz". Müller hatte sich am 31. August, offenbar in Überschätzung seiner Kräfte, an einer Schlägerei zwischen Hooligans beim Heimspiel der SpVgg. Erkenschwick gegen RW Lüdenscheid beteiligt. Ein Recklinghäuser Hooligan soll angeblich gestanden haben, Müller einen Schlag mit der flachen Hand ins Gesicht verabreicht zu haben. Der offenbar unter Alkoholeinfluss stehende Müller sei daraufhin bewusstlos zusammengebrochen und ins Koma gefallen. "Mit Kamerad Maik wurde einer der besten Aktivisten innerhalb Nordrhein-Westfalens von uns gerissen und zur großen Armee abberufen. Die Lücke die Kamerad Maik in unseren Herzen und in unseren Reihen hinterließ wird nicht zu ersetzen sein, so war er doch stetig ein lebensfroher, sympathischer Kampfgefährte und aufrechter Volkssozialist, dessen Name für den Nationalen Widerstand Hagen/Lüdenscheid stand", trauert der "Widerstand Hamm". Obwohl eher mit geringer Intelligenz ausgestattet und auch innerhalb der regionalen Neonazi-Szene nicht unumstritten, gehörte der aus Hagen stammende Müller in den letzten Jahren tatsächlich zu den Hauptaktivsten der "Freien Kameradschaften" im Raum Hagen und Märkischer Kreis. Am 3. Juni hatte er noch anlässlich eines Besuches von Paul Spiegel in Hagen eine Demonstration unter dem Motto "Der Rassismus ist ein Meister aus Israel" angemeldet und mit ca. 70 "Kameraden" durchgeführt. Die regionale Szene wird sich also demnächst nach einem neuen Anmelder umsehen müssen.

Gevelsberg

Gevelsberg: "Stahlgalerie" macht dicht

Seit einigen Wochen hat der Gevelsberger Piercing-Shop "Stahlgalerie" geschlossen. Offenbar zeigt die Kampagne gegen den Inhaber **Marcel Ingignoli** Wirkung. Seit Monaten protestieren AntifaschistInnen aus NRW im Rahmen der Kampagne "we will rock you – kein raum der nazimusik" gegen Ingignoli, der mittlerweile zu den Großverdienern im RechtsRock-Geschäft in NRW zählt. Neben "Stahlgalerie" gehören Ingignoli der Ennepetaler Laden "Ranger Streetwear" sowie die Versände "Ohrwurm Records und "Attacke 88". Mit einem moderaten Erscheinungsbildes der "Stahlgalerie" versuchte Ingignoli, auch Kundschaft jenseits der rechten Szene zu erreichen. Ein Konzept, das nicht aufging. Mehrere Male musste Ingignoli den Glaser bestellen, Unbekannte kippten sogar literweise Teer in den Laden. Am Ende war er es offensichtlich leid und machte den Laden dicht. AntifaschistInnen kündigten nun weitere Aktionen gegen sein Rechts-Rock-Reich an.

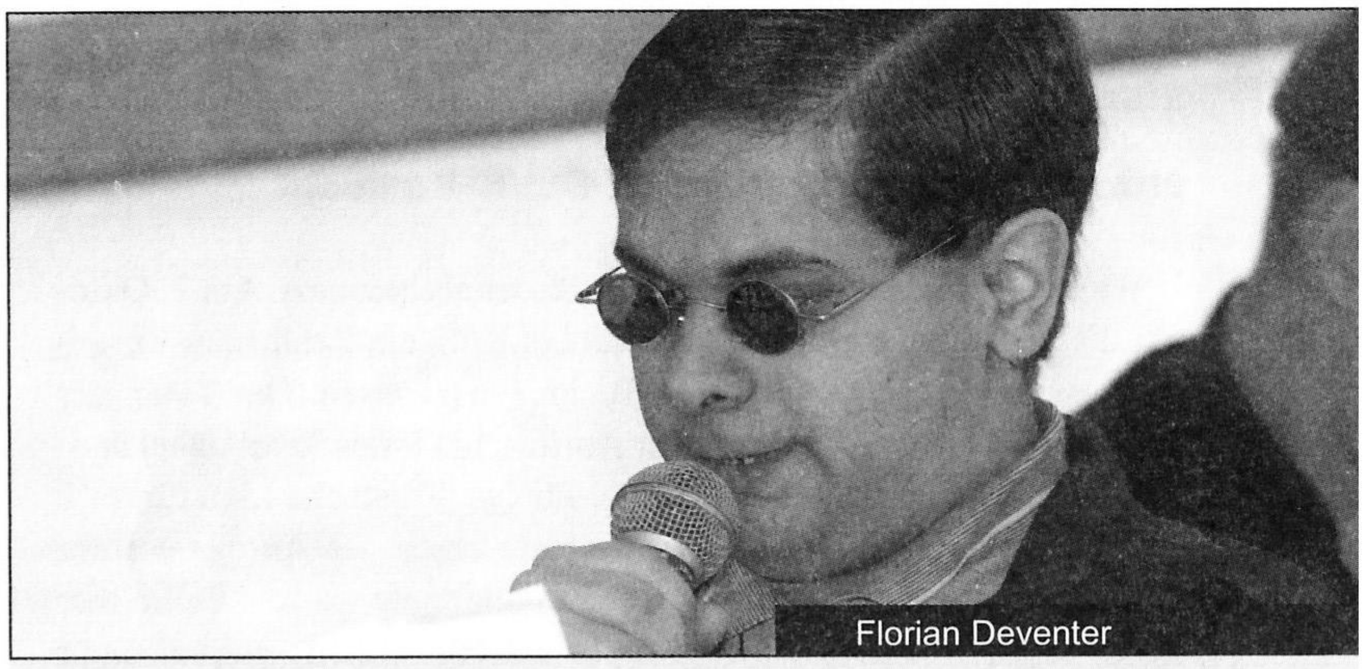
Von Antifas aus Hagen

Hamm

Aufmarsch am 17.01.2004 geplant

Bereits seit Anfang September rufen Neonazis der "Kameradschaft Hamm" zu einer Demonstration unter dem Motto "Solidarität mit Palästina" auf. Geplant ist sie für den 17. Januar 2004. Geworben wird für den Aufmarsch nicht nur auf der eigenen Homepage, sondern unter anderem auch in den Gästebüchern der "Völkisch orientierten Gemeinschaft" (VOG) Dortmund und von "Blood & Honour Nederland". Die "Kameradschaft" versteht sich als "nationale und sozialistische Bewegung aus Hamm". Folglich preist sie ganz offen einen "Nationalen Sozialismus": Er bedeute für sie ganz schlicht, "das alle Menschen in einem Land zusammenstehn (Volksgemeinschaft), damit es dem Land gut geht. Denn wenn es dem Land gut geht, dann geht es auch den Menschen gut. So ist ein Kreislauf entstanden, weil das eine auf das andere aufbaut."

Der Aufmarsch im Januar wäre der zweite innerhalb von sieben Monaten in Hamm. Am 14. Juni zogen rund 180 Neonazis durch den Stadtteil Bockum-Hövel (*vgl. LOTTA Nr. 13, S. 31*).



Florian Deventer

Drensteinfurt/Hamm

Ehemaliger Aktivist der NPD jetzt bei der "Antifa"?!

Auf der Homepage von "Weerwolf Nederland" meldete die "Anti-Antifa Deutschland" einen Fahnungserfolg. Mit Foto und Privatadresse wurde der Neonazi-Aktivist **Florian Deventer** aus dem zwischen Münster und Hamm gelegenen Drensteinfurt als vom "Widerstand Hamm" und der NPD zur Antifa übergelaufen geoutet. Über die Hintergründe des vermeintlichen Wandels wird jedoch nichts verraten. Deventer ist bisher häufig an der Seite des Bochumers **Claus Cremer** gesichtet worden, durfte auf der Demo der "Freien Kameradschaften" am 15.12.2001 in Bottrop sogar als dessen Vertreter kurz ans Mikro um Grüße zu überbringen. Bei der von **Christian Worch** angemeldeten Demo zum Thema "Meinungs- und Musikfreiheit auch für Nationalisten - gegen Konzertverbote" mit anschließendem Liveauftritt von "Oidoxie" am 20. Juli 2002 in Soest hielt er eine Rede. Eines ist sicher: Deventer ist gewiß nicht ausgestiegen und erst recht kein Antifaschist, ist er doch nach wie vor regelmäßiger Teilnehmer an neonazistischen Demos. Beim Aufmarsch am 20. September in Dortmund ließ er es sich sogar nicht nehmen, einen Pressevertreter zu schlagen und wurde darauf hin von der Polizei abgeführt. Offenbar ist Szene-internes Gezänk innerhalb der Neonazi-Szene im Raum Hamm der Grund für sein Outung. Es dürfte nicht weiter verwundern, wenn die "Kameradschaft Hamm", die beste Verbindung zu dem öfters auch in Hamm gesichteten niederländischen Neonazi **Stefan Wijkamp** pflegt, hinter Deventers Outing steckt. Wer solche "Kameraden" hat...

Borken

Wiederbelebung des NPD-Kreisverbandes Borken

Im Nordwesten von NRW hat die NPD einen zuvor inaktiven Kreisverband wiederbelebt. Am 21. September wurde **Markus Weikamp** aus Bocholt zum neuen Vorsitzenden des Kreisverbandes Borken gewählt. Zwischen Gronau und Raesfeld, Schöppingen und Bocholt will die Partei wieder aktiver werden. Jahrelang sei die Arbeit der NPD dort vernachlässigt worden, ließ die Partei nach der Versammlung, die in Bocholt stattfand, verlauten. Erreichbar ist die Partei über eine Postfachadresse einer "IG Deutsches Volk" in Bocholt.

Als Weikamps Stellvertreter wurde der aus Mecklenburg-Vorpommern nach Borken gezogene **Mathias Rochow** (Jahrgang 1976) bestimmt. Rochow war früher stellvertretender Kreisvorsitzender der NPD in Greifswald und Mitorganisator einer Unterschriftensammlung "gegen den weiteren Zuzug von Ausländern". Er engagierte sich in der Vergangenheit zudem im "Nationaldemokratischen Hochschulbund" (NHB), in der Greifswalder "Burschenschaft Rugia" und der "Pennalen Burschenschaft Theodor Fontane", wo er als Fechtwart fungierte. Mathias Rochow zeichnet auch für die neue Internetpräsenz der Borkener NPD verantwortlich. Sein Bruder **Stefan Rochow** ist seit November 2002 Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten (JN).

Overath

Mörder war Neonazi und Ex-DLVH-Kandidat

Wieder einmal entpuppt sich ein Mörder als Neonazi. Am 7. Oktober diesen Jahres wurden in Overath bei Köln ein Rechtsanwalt, seine Frau sowie die gemeinsame Tochter erschossen. Der Täter, der 45-jährige **Thomas Adolf**, ist für AntifaschistInnen kein Unbekannter, kandidierte er doch bereits 1994 für die "Deutsche Liga für Volk und Heimat" (DLVH) in Köln, trat als einer der Anmieter ihrer Büroräumlichkeiten auf und unterzeichnete die "Pulheimer Erklärung", welche die zersplitterte extreme Rechte einmal mehr einen sollte. **Manfred Rouhs**, DLVH- und heutiger "Bürgerbewegung Pro Köln"-Funktionär, ließ sich von ihm chauffieren und bot ihm Gelegenheit, in seiner Postille "Europa Vorn" zu publizieren.

Auch Polizei und Verfassungsschutz war Adolf, der zuletzt in Geilenkirchen wohnte, als Neonazi bekannt. Der frühere Söldner soll u.a. Kameradschaftstreffen und rechte Partys veranstaltet haben. Der VS wollte ihn Anfang 1996 als Informanten gewinnen, nach Behördenangaben wegen seiner angeblicher Beziehungen zur Sauerländer Aktionsfront (SAF), will aber den Kontakt dann wieder abgebrochen haben.

Thomas Adolf bei einem Prozess 1994 zu seinen DLVH-Zeiten in Köln

Neheim-Hüsten (Arnsberg)

Antifaschistischer Hausbesuch beim "Weisse Wölfe"-Sänger

"Keinen Fußbreit den Faschisten" hallte es am Abend des 16. September über die Kurt Schumacher Straße im hochsauerländischen Neheim-Hüsten. 50 Antifaschistinnen und Antifaschisten informierten die AnwohnerInnen mittels Flugblätter und Megaphondurchsagen und anschließend die Presse über **Stjepan Jus**, seit mehreren Jahren Sänger der neonazistischen Band "Weisse Wölfe"(vgl. LOTTA Nr. 12, S. 10 und S. 13, S. 29). Die Aktion war Teil der Kampagne antifaschistischer Gruppen aus NRW "kein raum der Nazimusik! we will rock you – tour 2003". Die "Westfälische Rundschau" berichtete am 18. September unter der Überschrift "Rechtsrocksänger in Hüsten erhielt Besuch von Antifaschisten" über die Aktion.

Ostwestfalen und Niedersachsen

Knüppelmarsch

Am 13. September 2003 fand in der Nähe von Barsinghausen (NdS) im Grenzgebiet zwischen NRW und Niedersachsen, der "3.Blasen und Schwielenmarsch" statt. Bei den Teilnehmern dieser Mischung aus Wehrertüchtigung und "Freizeitvergnügen" handelte es sich um Personen aus dem Kreis der "Freien Kameradschaften", aber auch der NPD. Zirka 40 km sollen die KameradInnen überwinden, Männer haben dabei zehn, Frauen und Kinder fünf Kg Gepäck zu tragen. Organisiert wurde der Marsch von Nils Huschke von den "Freien Nationalen Kräfte Barsinghausen". Sieger wurde die ostwestfälische NPD Minden mit Unterstützung der Ortsgruppe Minden der Kameradschaft Weserbergland. Abgerundet wurde der Marsch von einem Kameradschaftsabend.

Bielefeld

Prügel bezogen

Es muss eine Schmach für den Bielefelder Neonazi **Bernd Stehmann** gewesen sein. Ausgerechnet in der als Nazitreffpunkt bekannten und inzwischen geschlossenen Gaststätte "Postmeister" bekam er am 1. Juli 2002 Prügel. Möglicherweise, so der inzwischen wegen der Tat zu sieben Monaten Freiheitsentzug auf Bewährung verurteilte 25-jährige Angreifer, habe Stehmann ihn als "Russe" beschimpft. Ein gebrochenes Sprunggelenk, blaue Flecken und Blutergüsse am ganzen Körper waren die Folge.

Postmeister endgültig dicht

Die "Dortmunder Aktienbrauerei" (DAB), eine Firma der "Dr. Oetker"-Gruppe hat den Vertrag für die Gaststätte "Postmeister" gekündigt, diese hat zwischenzeitlich geschlossen. Damit findet die Kampagne gegen die Bielefelder Kneipe, die sich im Laufe des letzten Jahres als Nazitreffpunkt etablieren konnte, einen erfolgreichen Abschluß. Zwar handelte DAB nicht aufgrund antifaschistischer Gesinnung und betonte immer wieder, dass die Gaststätte ein guter Kunde gewesen sei, die ständige Medienpräsenz als Nazi-Treff war denn aber zu viel negative Publicity.

Von Jörg Kronauer

"So viel Konsens ist selten"

Der Präsident, die Parteien, der BdV und das "Zentrum gegen Vertreibungen"

Otto Schily hat es geahnt. "Mit dem Kopf durch die Wand - das geht schief", warnte der deutsche Innenminister Anfang September die Vorsitzende des "Bundes der Vertriebenen" (BdV), Erika Steinbach. Schily hat Recht behalten. Die Auseinandersetzungen um das vom BdV geplante "Zentrum gegen Vertreibungen" sind Berlin im September etwas aus dem Ruder gelaufen: Steinbachs taktisch ungeschicktes Vorgehen hat Widerstand gegen das deutsche Revisionsprojekt hervorgerufen. Nicht in Deutschland freilich - aber in Polen.

Begonnen hatte das "Vertriebenen"-Projekt recht aussichtsreich. Im Frühjahr 1999 beschloss der BdV, ein "Zentrum gegen Vertreibungen" zu errichten - in Berlin, eventuell nahe beim Holocaust-Mahnmal und mit staatlicher Unterstützung. Die Umsiedlung der Deutschen ("Vertreibung") sollte dokumentiert werden, mit Wechselausstellungen wollte man ganz Europa einbeziehen - etwa durch die Erinnerung an den Genozid an Armenierinnen und Armeniern durch das Osmanische Reich oder durch Hinweise auf ethnisch motivierte Verfolgung im früheren Jugoslawien. Gekrönt werden sollte das Zentrum mit einer "Requiem-Rotunde" zur Erinnerung an die Opfer der "Vertreibung".

Alles lief wie geschmiert. Steinbach gelang es rasch, CDU und CSU für ihr Vorhaben zu gewinnen; SPD-Innenminister Schily sprach sich ebenso für das Zentrum aus wie mehrere sozialdemokratische Länderministerpräsidenten. Im September 2000 wurde die "Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen" aus der Taufe gehoben, unter dem gemeinsamen Vorsitz von Erika Steinbach (CDU) und Peter Glotz (SPD) verschaffte sie sich das Wohlwollen der SPD-Bundestagsfraktion und finanzielle Unterstützung von inzwischen 400 Kommunen (darunter mehrere Großstädte). Und das trotz oder vielleicht auch gerade wegen der politischen Stoßrichtung des Projekts.

Politisches Ziel des "Zentrums gegen Vertreibungen" war und ist es, die Umsiedlung der Deutschen zum "Unrecht" zu erklären. Dies ist nichts anderes als ein Angriff auf das Potsdamer Abkommen, das die Grundlage der europäischen Nachkriegsordnung bildet. Denn im Potsdamer Abkommen wurde die Umsiedlung der Deutschen völkerrechtlich verbindlich angeordnet, bevor sie dann nach nationalen Ausführungsbestimmungen ("Benes-Dekrete", "AVNOJ-Dekrete") umgesetzt wurde. Würde die Umsiedlung zum "Unrecht" erklärt, dann wären wichtige Bestimmungen des Potsdamer Abkommens Unrecht, Europa müsste völlig neu "geordnet" werden.

Den handelnden Personen ist der Angriff auf das Potsdamer Abkommen durchaus bewusst. "Es ist auch keineswegs nur ein Thema, das wir mit Tschechen und Polen diskutieren müssen", bemerkte Peter Glotz beim Berliner Festakt zum "Tag der Heimat" 2001: "Es lohnt auch die Diskussion mit Amerikanern, Engländern und Franzosen" - mit Garantiemächten des Potsdamer Abkommens also. Nicht weniger deutlich äußerte sich ein anderer sozialdemokratischer Befürworter des Zentrums, Markus Meckel. "Wir müssen es zugeben", erklärte er im Mai 2002 im Bundestag, "auch Demokraten wie Churchill, Roosevelt und Truman akzeptierten Vertreibungen, indem sie Zwangsumsiedlungen als einen Teil von Stabilitätspolitik betrachteten. Heute lehnen wir dies ab, weil es Unrecht ist."

Schwierigkeiten taktischer Art

Probleme mit dem BdV-Projekt hatte vor allem eine kleine, politisch hochspezialisierte Personengruppe: Außenpolitikerinnen und Außenpolitiker, die in den Vorfeldorganisationen des Auswärtigen Amts die deutsche Polen-Politik vorbereiten und begleiten. Die Schwierigkeiten waren eher taktischer Natur. Sie beruhten darauf, dass die deutschen "Vertriebenen"-Verbände in Polen und Tschechien nach wie vor sehr unbeliebt sind. Ein vom BdV gegründetes "Zentrum gegen Vertreibungen", das wurde den deutschen Außenpolitikerinnen und Außenpolitikern in Gesprächen mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus Polen rasch deutlich, riefe heftigen Unmut in der polnischen Bevölkerung hervor. Und da es zu ihren Aufgaben gehört, die deutsche Polen-Politik möglichst ohne größere Unruhen über die Bühne zu bekommen, sannen die deutschen Polen-Fachleute auf Abhilfe.

Den rettenden Einfall hatte Markus Meckel, einer der führenden SPD-Außenpolitiker, zu dessen Aufgabengebiet vor allem Polen gehört. Meckel trat im Frühjahr 2002 mit einem eigenen, angeblich alternativen Konzept an die Öffentlichkeit. Er befürworte ein "Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen", erklärte der Sozialdemokrat und begann, sich verbal von den BdV-Plänen abzusetzen, die

Vorsitzende des BdV: Erika Steinbach

er inzwischen als "national" bezeichnet. Inhaltlich unterscheiden sich Meckels Vorstellungen kaum von denen der "Vertriebenen", die ja im Übrigen auch eine klare "europäische" Komponente enthalten; als der Bundestag im Mai 2002 über die beiden konkurrierenden Konzepte debattierte, hielt ein CDU-Abgeordneter dies ausdrücklich fest ("So viel Übereinstimmung gab es selten"). Der Kern ist in beiden Planungen gleich: Auch Meckel will die Umsiedlung der Deutschen ausdrücklich zum "Unrecht" erklären, auch ihm ist die Stoßrichtung gegen das Potsdamer Abkommen wichtig (s.o.).

"Das deutsche Trojanische Pferd" - Erika Steinbach und Schröder auf dem Titelbild der polnischen Zeitung "Wprost"

Meckels Vorstellungen von einem "Europäischen Zentrum", die vom Bundestag schließlich am 4. Juli 2002 verabschiedet wurden, unterscheiden sich vor allem in einem Punkt von den "Vertriebenen"-Plänen: Sie sind in der Standortfrage offen. Während der BdV das Zentrum unbedingt in Berlin haben will, ist Meckel bereit, das Zentrum in Wroclaw anzusiedeln und damit den polnischen Eliten Einfluss auf die konkrete Gestaltung zuzugestehen. Die - von Berlin definierte - politische Stoßrichtung gegen das Potsdamer Abkommen freilich steht für den Sozialdemokraten nicht zur Debatte.

Im Gegenteil - er weitet sie sogar aus. Ein "Zentrum gegen Vertreibungen" in Wroclaw ruft nicht nur die deutsche Vergangenheit des ehemaligen Breslau ins Gedächtnis. Es erinnert auch daran, dass in Wroclaw nach der Umsiedlung der Deutschen Polinnen und Polen einzogen, die aus dem heute ukrainischen Lviv kamen; die polnische Vergangenheit der heutigen Westukraine käme ins Gespräch, polnischer Revanchismus bekäme Zündstoff. Kein Staat in Osteuropa ist frei von ähnlichen verborgenen Konflikten, Meckels konsequente "Europäisierung" des Zentrums könnte zu einem wahren Flächenbrand beitragen. Selbst die BdV-Vorsitzende hält dies für riskant. "Vor diesem Hintergrund müssen wir sehr sorgfältig überlegen", gab sie im Bundestag zu bedenken, "ob man anderen Völkern einen Gefallen tut, wenn man sie in die Behandlung einer Frage einbindet."

In die möglicherweise entscheidende Phase ist die Debatte im Juli 2003 getreten - kurz nach den EU-Beitrittsreferenden in Polen und Tschechien, deren Gelingen weder Meckel noch die "Vertriebenen" aufs Spiel setzen wollten. Seitdem trommeln alle Beteiligten lauthals für ihr Vorhaben. Die Fronten sind - trotz der weitgehenden Übereinstimmung der beiden Konzepte - verhärtet: Steinbach und der BdV beharren auf dem Standort Berlin, Meckel und sein Gefolge profilieren ihren "europäischen" Ansatz gegenüber dem "nationalen" der Vertriebenen. Die Bundesregierung hat sich mehrheitlich auf Meckels Seite geschlagen. Der Kanzler will das Zentrum "nicht in Berlin", der Außenminister will die "Vertriebenen" aus dem Spiel nehmen ("Der BdV taugt nicht als Museumsdirektor"), nur der Innenminister versucht verzweifelt zu vermitteln.

Dabei ist die wirklich wichtige Entscheidung längst gefallen. Am 6. September hat sich das deutsche Staatsoberhaupt öffentlich zu "Vertriebenen"-Positionen bekannt und die Umsiedlung der Deutschen zum "Unrecht" erklärt. "Die Konferenzteilnehmer von Teheran, Jalta und Potsdam", so Bundespräsident Rau beim Festakt zum diesjährigen Tag der Heimat, könnten sich nicht von der "Verantwortung" für ihr Handeln "den Deutschen" gegenüber freimachen; und um jeden Zweifel zu zerstreuen, fügte er hinzu: "Hitlers verbrecherische Politik entlastet niemanden, der furchtbares Unrecht mit furchtbarem Unrecht beantwortet hat."

"50 Jahre lang Vertriebenenverbände gezüchtet"

Berlin hat seine Absichten offen erklärt. In Deutschland stört das kaum jemanden. Ganz außergewöhnlich ist jedoch der Widerstand, der sich inzwischen in Polen zu entwickeln beginnt - vor allem nach provozierenden Auftritten der BdV-Vorsitzenden in Warszawa. "Was sollen wir anderes erwarten, nachdem der deutsche Staat 50 Jahre lang Vertriebenenverbände gezüchtet hat?", hieß es kürzlich im Editorial des größten polnischen Nachrichtenmagazins Wprost. "Haben wir etwa behauptet, dass man in Ortsgruppen der Landsmannschaften nur Schach spielen oder Tanz- und Kochkurse organisieren würde? Das Konzept von Erika Steinbach ist eine logische Konsequenz der Politik aller deutschen Kräfte - von links bis rechts."

Der polnische Staatspräsident Kwasniewski formuliert dies in einem am 15. September in der polnischen Tageszeitung Rzeczpospolita erschienenen Artikel noch drastischer. Der Text - wohl die bemerkenswerteste Stellungnahme zum "Zentrum gegen Vertreibungen" - warnt offen vor den Folgen der deutschen Revisionspolitik. "Ich wäre heute sehr vorsichtig", so Kwasniewski über die im Potsdamer Abkommen angeordneten Umsiedlungen, "mich auf eine Diskussion darüber einzulassen, ob diese Maßnahmen rechtmäßig waren. Das bedeutet, die Büchse der Pandora zu öffnen. (...) Ich möchte nicht übertreiben, aber es muss daran erinnert werden, womit die Schwierigkeiten auf unserem Kontinent begonnen haben, die letztlich zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges führten: mit der Untergrabung des Versailler Vertrages."

Von Sascha Zinflou

Theorie gegen Rassismus

Theoretische Grundlagen für linke antirassistische Diskussion und Praxis

Es ist das Ziel dieses Textes, theoretische Grundlagen für eine linke antirassistische Diskussion und Praxis in Deutschland bereitzustellen. Darum wird das Thema Rassismus auf die in Deutschland vorzufindenden gesellschaftlichen Verhältnisse fokussiert. Es kann offen bleiben, ob die Repressalien gegen weiße Farmer in Simbabwe rassistisch und mit den hier vorgestellten Ansätzen analysierbar sind. Es interessiert schlicht nicht. Ansätze, die mit solchem Allgemeinheitsgrad erklärten, trügen das hohe Risiko, politisch wirkungslos zu bleiben.

In diesem Text wird Antisemitismus nicht als Form des Rassismus verstanden, auch wenn einige AutorInnen, auf die Bezug genommen wird, Antisemitismus in ihren Rassismusbegriff ausdrücklich einschließen. Viele andere verwendete Modelle taugen für das Verständnis von Antisemitismus in Deutschland nicht. Viele Zusammenhänge würden bei einer um Antisemitismus erweiterten Rassismusdefinition fehlen.

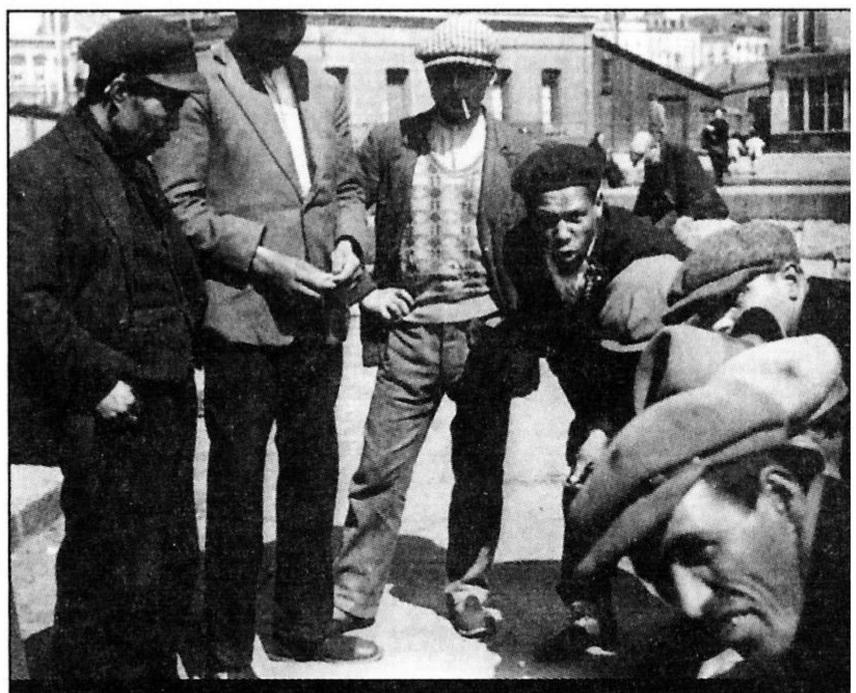
Zwei weitere Aspekte, die ebenfalls den Rahmen eines Artikels im gegebenen Rahmens sprengen würden: Zum einen wird auf die theoretisch wie politisch sehr wichtige Zusammenschau von Rassismus und Sexismus verzichtet, zum anderen kann ein Text dieser Form keine Literaturarbeit sein. Ebenfalls fehlt die Diskussion über Ansätze und linke Interventionsmöglichkeiten in Bezug auf Antidiskriminierungspolitik und eine Einschätzung von bestehenden linken und linksradikalen antirassistischen Projekten. Alles das wäre eine Aufgabe für Folgeartikel in LOTTA.

Rassistische Ideologien

Die Frage, welche Rolle das Verständnis rassistischer Ideologien spielt, will man Rassismus verstehen und bekämpfen, kann nur spezifisch für die bundesrepublikanische Gesellschaft beantwortet werden. Auf den ersten - kritischen und von emanzipatorischem Erkenntnisinteresse geleiteten - Blick ist Rassismus in Deutschland vor allem von rassistischen Ideologien geprägt und getrieben. Beispielhaft mag man die Debatte um die Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechtes nennen, in deren Folge Roland Koch immerhin hessischer Ministerpräsident werden konnte. Dennoch ist die Kritik der eigentlich rassistischen Ideologien frustrierend fruchtlos. Der naturwissenschaftlich richtige Hinweis, dass es so etwas wie menschliche Rassen nicht gibt, klingt arg nach Sozialkundeunterricht und lässt den rassistischen Normalzustand in Deutschland gänzlich unbeeindruckt.

Rassistischen Ideologien liegt stets die Idee zugrunde, Menschen in unterschiedliche Gruppen einzuteilen. Von diesen wird behauptet, sie seien voneinander abgrenzbar und zunächst anhand äußerlicher, biologischer Merkmale wie Hautfarbe und Physiognomie, oft ergänzt um den Faktor Herkunft, unterscheidbar. Diesen Gruppen, die dann als "Rassen" bezeichnet werden, werden weitere Eigenschaften zugeschrieben, die in aller Regel ein Wertigkeitsgefälle zwischen diesen Gruppen beinhalten. Dabei steht angeblich die "weiße" Rasse an der Spitze, die übrigen folgen in unterschiedlichen Abstufungen. In der rassistischen Ideolo-

[1] Das Migrationsregime beinhaltet die Kontrolle, die Steuerung und die Bedingungen von Migration nach Deutschland. Die wichtigsten Elemente des Migrationsregimes sind die Asyl- und Ausländergesetzgebung, die als Kontroll-, Regulierungs- und Abschreckungsinstrumente, die Möglichkeit von Migration nach Deutschland und die verschiedenen Rechtssituationen der Flüchtlinge und MigrantInnen festsetzen, und die Umsetzung durch Ausländerbehörden, Bundesgrenzschutz, Arbeitsämter und Polizei.



Migration nach Deutschland und Westeuropa gibt es nicht erst seit den 60er Jahren. Hier Arbeiter im französischen Le Havre 1931.

giebildung wird häufig diese explizite Wertung in dem Wissen, dass sie ohnehin implizit hinzugedacht wird, ausgelassen. Statt dessen wird eine Unterscheidbarkeit und Abgrenzbarkeit der Gruppen, der "Rassen", als "natürlicher" Ausgangszustand behauptet, den es mit politischen Anstrengungen zu bewahren gelte (Segregation, Apartheid). Eine Modernisierung der rassistischen Ideologien, deren bekannteste unter dem "neurechten" Begriff "Ethnopluralismus" firmiert, stellt die Flexibilisierung des Begriffes der "Rasse" dar. Die Rolle der biologisch definierten Unterscheidungsmerkmale zwischen "Rassen" spielen nun "Kultur" und "Identität". Hauptziel dieser Neudefinition in Westeuropa und der Bundesrepublik ist die Erklärung rassistischer Ressentiments gegen MigrantInnen oder Menschen mit Migrationshintergrund als natürliche Abwehrreaktion gegen das Fremde und als legitime Schutzmassnahme zum Erhalt des eigenen Identität-Konzeptes. Auch wenn in der herrschenden politischen Auseinandersetzung diese modernisierten rassistischen Ideologien in ihrer eigentlichen Form kaum angeführt werden, so spielen sie auf den zweiten Blick eine erhebliche Rolle. Rassismus ist - unterschiedlich neu codiert - in der deutschen Gesellschaft eine mehrheitsfähige Position. Er wird zum Beispiel codiert durch Auslassungen. So wird die türkisch-deutsche und die afrikanisch-deutsche Migrationsgeschichte in der Kaiserzeit und in der Weimarer Republik ignoriert. Damit wird auch die Anwesenheit einer „afrikanischen" oder „türkischen" Minderheit zu einem angeblich neuen, keinesfalls selbstverständlichen und damit politisch diskutierbaren Phänomen. Politisch diskutiert wird es oft in Zusammenhang mit dem Migrationsregime[1]. Dabei ist die Ablehnung künftiger Migration nach Deutschland und der Widerstand gegen die Realität der bereits stattgefundenen Migration eine innerhalb der deutschen Gesellschaft mehrheitsfähige und politisch mobilisierbare Position.

Funktionsweise von Rassismus

Unabhängig von ideologischer Prägung muss der/die rassistische AkteurIn für die konkreten rassistischen Manifestationen sich selbst als Subjekt und seine Opfergruppe als Objekt herstellen und die konkreten Opfer dem Objekt zuordnen. Der/die rassistische AkteurIn sieht sich stellvertretend für eine normative Gruppe. Die rassistischen Denk- und Handlungsmuster richten sich zunächst als abstrakte Projektion auf die von ihnen betroffenen Menschen als Gruppe. Die Zuordnung eines konkreten Opfers rassistischer Handlungsmuster zu dieser Gruppe wird ebenfalls von dem/der rassistischen AkteurIn vorgenommen.

Beispiel: Die BGS-Beamten, die einen rassistischen Übergriff verüben, sehen sich selbst als Teil einer "normalen" weißen deutschen Gesellschaft, die sie, ausgestattet mit entsprechender Medienberichterstattung und Ausländer- und Asylgesetzgebung, beauftragt, sie vor der projizierten Bedrohung durch "afrikanische Drogendealer" zu schützen. Wer in diese Gruppe fällt, bestimmen sie selbst.

Auch wenn die normative Eigenzuordnung, die Projektion und die ausschließende Fremdzuordnung keinerlei reale Grundlage benötigen, so finden sie doch in einem gesellschaftlichen Machtverhältnis statt.

Obige BGS-Beamte müssen nicht tatsächlich den Auftrag haben, rassistische Übergriffe zu verüben. Die Bedrohung durch "afrikanische Drogendealer" muss nicht real sein, und die Person, die ihr Opfer wird, muss keinE StaatsangehörigeR eines afrikanischen Landes sein, geschweige denn mit Drogen handeln. Dennoch können diese BGS-Beamten darauf hoffen, dass ein Übergriff zumindest in Kauf genommen wird. Sie können darauf hoffen, dass die Projektion "afrikanischer Drogendealer" als Entschuldigungsgrund verstanden wird und dass die von ihnen vorgenommene Zuordnung ihres Opfers zu dieser Gruppe als verständlicher Irrtum angesehen wird.

Obwohl die Zuordnung von dem/der rassistischen AkteurIn vorgenommen wird, kann sie also nicht unabhängig von gesellschaftlichen Machtverhältnissen sein. Wäre die Leserin / der Leser dieses Textes nun zufällig der Auffassung, alle weißen Männer in Uniformen seien Deppen und nähme er / sie dies zum Anlass, einen BGS-Beamten oder einen Bahnschaffner anzugreifen, dann mag der Anlass des Angriffes Projektion sein. Es wird der Leserin / dem Leser allerdings kaum gelingen, sein Handeln erfolgreich als stellvertretend für eine normative Gruppe zu vermitteln. Auch wird es ihm nicht gelingen, eine gemeinsame Lebensrealität von Bahnschaffner und BGS-Beamten zu schaffen, oder auch nur die gemeinsame Zuordnung von Schaffner und BGS-Beamten zu vermitteln.

Dieses absurde Beispiel mag auch eine Kritik am Ansatz der "hate crimes" andeuten, der Rassismus Antisemitismus, Sexismus und Schwulenfeindlichkeit unter Verbrechen subsummiert, die ihr Opfer nicht anonym oder individuell, sondern aufgrund von Gruppenzugehörigkeit treffen. Dieser Ansatz behauptet implizit eine Unabhängigkeit der in "hate crimes" ausgeprägten Unterdrückungsmechanismen von gesellschaftlichen Machtverhältnissen.

Formen von Rassismus

Spricht man über Formen des Rassismus, so wird man als "ideologischen Rassismus" das Vertreten und Umsetzen einer der eingangs geschilderten Ideologien verstehen. Beispielsweise fällt die Propaganda und das Handeln der extremen Rechten in Deutschland darunter.

Unter "staatlichen Rassismus" erfasst man hingegen jene rassistischen Machtverhältnisse, in denen der Staat in Gesetzgebung, organisatorischem Handeln oder in seiner Rechtssprechung als rassistischer Akteur auftritt, zum Beispiel bei der Ausländer- und Asylgesetzgebung.

Als "institutionellen Rassismus" oder "institutionalisierten Rassismus" bezeichnet man rassistische Machtverhältnisse, die von einer Organisation oder Institution reproduziert werden, die Institution als Ganzes also als rassistischer Akteur auftritt. Beispielsweise attestiert die

Rassismus als Verkaufsargument. Positiver Rassismus projiziert Wünsche und Sehnsüchte auf seine Opfer.

Kinder mit Migrationshintergrund scheitern häufiger am deutschen Schulsystem

Lawrence-Studie der Londoner Polizei, einen institutionalisierten Rassismus zu reproduzieren. Für deutsche Polizeien gibt es entsprechende Studien nur ansatzweise, etwa für Bremen, sie liefern aber keinerlei Anhaltspunkte für deutsche Polizeien zu einem anderen Ergebnis zu kommen.

Mit "positivem Rassismus" bezeichnet man rassistische Zuschreibungen, die vermeintlich positive Eigenschaften projizieren. Etwa wenn Menschen afrikanischer Herkunft unterstellt wird, besonders sportlich oder musikalisch zu sein.

Etwas irreführend ist der in der linken Diskussion im Zuge der Greencard-Kampagne aufgekommene Begriff des "Verwertungsrassismus". Er bezeichnet keine Form von Rassismus, sondern dient als politischer Hinweis darauf, dass das Migrationsregime nach Kriterien ökonomischer Verwertbarkeit auch Menschen die Einreise explizit erleichtern kann. Der Hinweis ist richtig. Er legt angesichts der Greencard-Debatte aber den Fehlschluss nahe, dass die Menschen, die als „unerwünscht" unter die Asylgesetzgebung fallen, nicht dem Verwertungsprozess unterworfen würden.

Zentral ist noch der Begriff des strukturellen Rassismus (der trotz begrifflicher Nähe etwas völlig anderes bezeichnet als struktureller Antisemitismus). Er erlaubt nämlich einen grundsätzlichen Perspektivwechsel vorzunehmen, indem er zunächst ohne rassistischeN AkteurIn auskommt. Seine politische Bedeutung erhält der Begriff dadurch, dass er die Erfahrung der von Rassismus Betroffenen zum Maßstab macht. Betrachtet man etwa das deutsche schulische Bildungswesen, so stellt man fest, dass es Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund offensichtlich benachteiligt. Diese scheitern häufiger an diesem Schulsystem und verlassen es im Schnitt mit schlechteren Abschlüssen. Nun kann man versuchen Rassismus bei LehrerInnen, in Unterrichtsinhalten oder in der Organisation von Schule nachzuweisen. Es sei einmal dahingestellt, an welcher Stelle und in welchem Umfang dies gelingt. Solange es jedoch dieses Nachweises bedarf, um das Schulsystem als rassistisches Unterschichtungsinstrument auf die politische Tagesordnung zu setzen, bleibt die Auseinandersetzung mit Rassismus die Auseinandersetzung mit dem/der rassistischen AkteurIn. Die Möglichkeit, das Schulsystem im Ergebnis als strukturell rassistisch zu erkennen, erlaubt es, die Beweislast umzukehren. Der Forderung nach einem nicht-rassistischen Schulsystem kann so Ausdruck verliehen werden, ohne sich auf die Suche nach der Vielzahl rassistischer Akteure machen zu müssen.

Rassismus und Migrationsregime

Die Entwicklung von Rassismus in Deutschland ist untrennbar verbunden mit dem Migrationsregime. Eine historische Ursache dafür ist die rassische völkische Definition dessen, was deutsch ist. Sie wurde seit dem Konstruktionsprozess der deutschen Nation im 19. Jahrhundert immer wieder als gesellschaftlich relevante politische Forderung erhoben. Dennoch waren sowohl das Kaiserreich, als auch die Weimarer Republik weit davon entfernt, diese Forderung vollständig umzusetzen. Erst im Nationalsozialismus konstituierte sich die deutsche Gesellschaft vollständig nach rassischen Kriterien.

Nach der militärischen Niederlage des nationalsozialistischen Deutschland blieb diese Konstituierung im Ergebnis mit einer anderen Begründung bestehen: Die Geschichte der Migration nach Deutschland vor 1945 wurde ausgeblendet (ebenso wie die Geschichte der Verfolgung und Vernichtung der "nicht-arischen" Gruppen der deutschen Gesellschaft). Zusätzlich wurde jegliche Migration in die Bundesrepublik als temporäres Phänomen angesehen. Der Begriff der "Gastarbeiter" spitzte diese absichtliche Fehldeutung zu. Somit wurde jede Auseinandersetzung mit Rassismus ausschließlich vor dem Hintergrund des Migrationsregimes geführt. Umgekehrt war die Verhandlung des Migrationsregimes stets Katalysator für die Neuformierung des Rassismus in Deutschland.

Die Anfang der neunziger Jahre vom damaligen Generalsekretär der CDU, Volker Rühe, generalstabsmäßig auf die politische Tagesordnung gesetzte Neuverhandlung des Migrationsregimes ist das folgenreichste Beispiel. Es mündete 1993 in der faktischen Abschaffung des Asylrechtes. Im Zuge dieser "Asyldebatte" erstarkte und organisierte sich die extreme Rechte in der Bundesrepublik in bis dahin unbekannter Qualität. In Zuge dieser Debatte gelang es den GegnerInnen des Asylrechtes, die gesamtgesellschaftlich tradierten rassistischen Stereotypen und die in großen Teilen der weißen Mehrheitsgesellschaft vorhandenen rassistischen Ressentiments gegen Migration in die Bundesrepublik für ein politisches Projekt zu mobilisieren. Damit wurde rassistischen Positionen auf Jahre hinaus der Freiraum geschaffen, in dem sie politisch artikulierbar sind. Dies reicht bis hin zu den mehr als einhundert rassistischen Morden, die in Folge dieser Debatte verübt wurden.

Schließlich stand am Ende dieser Debatte ein neues Asyl- und Grenzregime, das rassistische Benachteiligung und Ausgrenzung der ihm unterworfenen Menschen zum Prinzip erhob und als Instrument der Abschreckung bis heute einsetzt. Das Migratonsregime selbst ist damit eine der zentralen Domänen staatlichen und institutionalisierten Rassismus.

Rassismus und Ökonomie

Rassismus ist jedoch nicht nur ein gesellschaftlicher Gesprächsort, an dem das Migrationsregime verhandelt wird, und der sich selbst im Zuge dieser Verhandlungen neu formiert. Er ist auch eng mit dem kapitalistischen Produktionsprozess verknüpft. Dabei greift die Analyse von Rassismus als Projekt der Herrschenden zur Spaltung der ArbeiterInnenklasse und daran anknüpfend der Appell, eben dieser Spaltung entgegenzutreten, viel zu kurz.

Dennoch ist Rassismus eine wesentliche Bedingung, um den Produktionsprozess und die ihn unterstützenden globalen und innergesellschaftlichen Machtverhältnisse aufrecht zu erhalten. Im globalen Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie kapitalistischer Produktion funktioniert Rassismus als Legitimationshintergrund für die Kontrolle und die Ausbeutung der Peripherie durch die Zentren. Historisch spielten direkte rassistische Rechtfertigungen für den Kolonialismus eine wesentliche Rolle. Heute ist Rassismus der Verständnishintergrund, vor dem innerhalb der Gesellschaften der Zentren die Berechtigung, ja gar die Verpflichtung zur diplomatischen, ökonomischen und militärischen Intervention in ihre Interessenssphären der Peripherie erklärt und verhandelt wird. Die Diskussion, ob die Staaten der Europäischen Union den Grausamkeiten im Kongo nun länger zusehen sollen, oder aber eingreifen müssen, kann nur unter einer stillschweigend allgemein geteilten Annahme stattfinden: Die Menschen außerhalb Europas und Nordamerikas leben angeblich in barbarischen Horden, die sich bei jedweder Gelegenheit bewaffnen, um aus irrationalen Gründen übereinander herzufallen. Es geht dabei nicht darum, tatsächlich stattfindende Grausamkeiten etwa im Kongo in Abrede zu stellen oder eine militärische Intervention zu befürworten oder abzulehnen (wenngleich es für letztere Position gute Gründe gibt). Der rassistische Blick auf die Peripherie erlaubt es, die gewalttätigen Konflikte weltweit nicht als Folge und als Instrument der herrschenden globalen Machtverhältnisse zu verstehen, sondern als barbarischen Urzustand, in den sich diese Machtverhältnisse (als bessere Alternative) durchsetzen müssen. Des Weiteren liefert der rassistische Blick bereits die Erklärung, warum sich nach der Intervention nicht Friede, Freude und Menschenrechte einstellen. Der kulturelle Automatismus, aufeinander loszugehen, kann eben nur abgemildert und nicht aufgehoben werden.

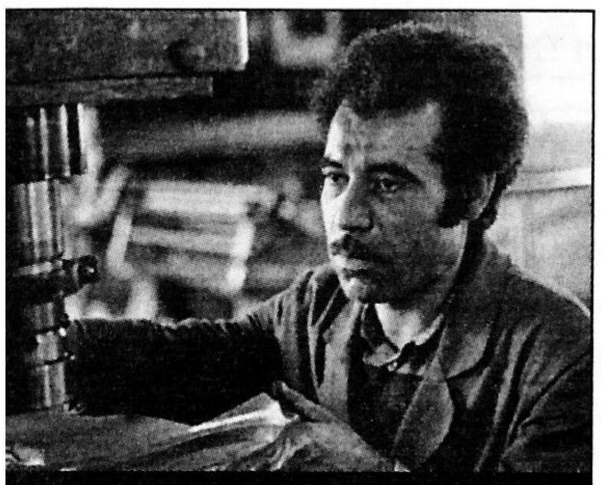
Aber auch innerhalb der Ökonomien der Zentren spielt Rassismus eine wichtige Rolle. Er erlaubt die Errichtung von ökonomischen Sondersphären, die von gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen und Standards teilweise abgekoppelt werden können: In der Landwirtschaft, im Baugewerbe, in der Sexarbeit, im Gesundheitswesen und in der Gastronomie, um nur einige zentrale Bereiche zu nennen. Konkret bedeutet die Abkopplung von Entwicklungen und Standards in diesen Bereichen schlechtere Bezahlung, härtere Arbeitsbedingungen und Schutzlosigkeit der ArbeiterInnen.

Diese Spezialsphären werden größtenteils durch die rechtliche Situation der in ihnen Arbeitenden erzwungen. Das Ausländerrecht kennt eine Vielzahl von Abstufungen, die Menschen ohne deutschen Pass in unterschiedlichem Maße entrechten. Das reicht bis zur völligen Rechtlosigkeit der illegalisierten Menschen, die ohne Aufenthaltstitel in Deutschland leben müssen. Diese müssen, um zu überleben, ihre Arbeitskraft unter beinahe beliebigen Bedingungen verkaufen.

Es gibt aber auch eine rassistisch geprägte Zurichtung von Menschen auf bestimmte Berufe und Tätigkeitsfelder. In aller Kürze besagt die zugehörige Theorie in etwa: "Wenn innerhalb einer Gesellschaft ethnische Gruppen wahrnehmbar sind, dann deshalb, weil sie eine besondere ökonomische Funktion erfüllen." Man muss diese Theorie nicht vorbehaltlos teilen, aber sie kann Anhaltspunkt etwa zu folgender Frage sein. Wird heute keine "polnische Minderheit" im Ruhrgebiet wahrgenommen, wohl aber eine "türkische Minderheit", dann stellt sich die Frage: Warum ist diese Minderheit entstanden? Welche spezielle Rolle im Produktionsprozess hat dafür gesorgt? Wenn dieser Minderheit etwa ein ausgeprägter Familiensinn attestiert wird, in welcher Hinsicht ist dies für diese Rolle relevant? Und man wird feststellen, dass hilfreicher als der Blick nach Istanbul oder Anatolien, der Blick nach Deutschland ist. Die Kinder der türkischen MigrantInnen der "ersten Generation" haben nicht aus freien Stücken darauf verzichtet, zum Beispiel alle AnwältInnen zu werden. Die rassistische Beschränkung ihrer tatsächlichen beruflichen Wahlmöglichkeiten hat den familiären Kleinbetrieb als zentrale Aufstiegsmöglichkeit übrig gelassen. Damit ist Familiensinn nicht in erster Linie mitgebrachte und gepflegte Tradition, sondern Konditionierung auf eine ökonomische Spezialsphäre.

Als weitere ökonomische Funktion von Rassismus sei noch die Bereitstellung von Arbeitskraftreserven angeführt. Steigt der Bedarf an Arbeitskräften, so werden rassistische Schranken aufgehoben. Sektoren, in denen Bedarf besteht, werden als Aufstiegschancen für bislang rassistisch unterschichtete - meist junge - Arbeitskräfte geöffnet. Sinkt der Bedarf, so ist die Gruppe der aus dem Erwerbsleben herauszudrängenden nach rassistischen Kriterien abgrenzbar. Bei der Bedeutung von Rassismus für die Ökonomie allgemein, insbesondere jedoch für die Funktion der Reserve, ist festzuhalten, dass auch andere Unterdrückungsmechanismen, insbesondere sexistische und patriarchale eine erhebliche Rolle spielen.

Der Autor Sascha Zinflou ist Vorstandsmitglied der "Initiative Schwarze Deutsche und Schwarze in Deutschland NRW e.V."



Zuletzt eingestellt, zuerst entlassen. MigrantInnen als stille Reserve.

Von Barbara Kaiser

Freiheit über den Wolken

Ferienflieger LTU schiebt ins Folterland Türkei ab

Am den 21. Oktober erhielt die Düsseldorfer Zentrale der LTU Besuch von AntirassistInnen, die gegen einen Abschiebeflug nach Istanbul protestierten. Bereits im Juli gab es anlässlich eines Abschiebefluges eine spontane Demonstration im Düsseldorfer Flughafen und auch das diesjährige antirassistische Grenzcamp in Köln machte mit einem Aktionstag gegen den Abschiebeflughafen Front.

Die LTU zeigt sich bisher von den Protesten unbeeindruckt und hält am Geschäft mit den Abschiebungen fest. Im Monatsrhythmus starten von Düsseldorf gecharterte LTU-Maschinen als so genannte Rückführungsflüge nach Istanbul. Bei den Sonderflügen werden jeweils etwa hundert Menschen abgeschoben. Mindestens neun solcher Flüge wurden im Laufe des letzten Jahres mit LTU-Maschinen und Personal durchgeführt. Die LTU bewirbt sich aktiv bei der Düsseldorfer Charterfirma ‚Air Traffic GmbH' um jeden einzelnen der Flüge, für die sie jeweils ungefähr 50.000 Euro erhält. Sie stellt Flugzeuge, Bord- und Bodenpersonal zur Verfügung, während ‚Air Traffic' im Auftrag der Landesregierung NRW für die gesamte organisatorische Abwicklung der Abschiebeflüge sorgt. Da die LTU in ihrem touristischen Kerngeschäft nicht ausgelastet sei, rechtfertigte sich die LTU-Unternehmensspitze in einem Gespräch mit den protestierenden Antirassisten, sei das marode Unternehmen im Rahmen des laufenden Sanierungsprogramms auf ‚Deportationsflüge' angewiesen.

Abschiebeairport Düsseldorf

Allein 2002 liefen über den Flughafen Düsseldorf insgesamt 5.919 Abschiebungen. Düsseldorf ist nach Frankfurt der zweitgrößte Abschiebeairport, über den die meisten Sammel- und Charterabschiebungen abgewickelt werden. Routinemäßige Abschiebeflüge gibt es alle zwei Wochen: Mittwochs nach Belgrad und Donnerstags nach Pristina. Organisiert durch das Land NRW, beteiligen sich regelmäßig andere Bundesländer.

Abgeschoben werden oft ganze Familien, viele leben bereits länger als zehn Jahre in der BRD. Die Kinder sind hier geboren und deutschsprachig aufgewachsen, zu ihrem Herkunftsland haben sie keinerlei Bezug. Die Betroffenen werden regelmäßig in so genannten unangemeldeten Aktionen auf dem Ausländer- oder Sozialamt oder in ihren Wohnungen festgenommen und direkt zum Flughafen verschleppt. Sie haben weder die Möglichkeit, einen Anwalt zu informieren, noch können sie ihren persönlichen Besitz oder ihre Ersparnisse mitnehmen. Am Zielflughafen landen sie so völlig mittel- und orientierungslos.

Auch schwer kranke und akut behandlungsbedürftige Menschen werden abgeschoben, da die lokalen Ausländerämter regelmäßig ärztliche Atteste über die Reiseunfähigkeit der Flüchtlinge ignorieren. Wehren sich Betroffene gegen die unmenschliche Behandlung, kommt es zur Anwendung ‚unmittelbaren Zwangs' von Seiten der Sicherheitskräfte. Die Flüchtlinge werden durch Bundesgrenzschutz oder private Sicherheitsdienste gefesselt und mit Gewalt ins Flugzeug transportiert. Bei solchen gewaltsamen Abschiebungen gibt es immer wieder Todesfälle.

In der Türkei droht vielen, insbesondere KurdInnen, politische Verfolgung und Folter. Von Menschenrechtsorganisationen werden immer wieder Fälle dokumentiert, in denen Abgeschobene direkt auf dem Istanbuler Flughafen verhaftet wurden und danach verschwunden blieben. Die deutschen Behörden kümmert das wenig. Nach der neuesten Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichtes ist auch die im Heimatland drohende Folter kein Abschiebehindernis mehr.

Allein in Düsseldorf scheiterten im letzten Jahr 94 Abschiebeversuche am Widerstand der Betroffenen.

Konzept Imageverschmutzung

Ein imagebewusster Ferienflieger wie die LTU, der sich gerne mit seinem Engagement zur Rettung des Regenwaldes brüstet, muss sich gut überlegen, ob er nicht aus dem Geschäft mit den Abschiebungen aussteigt. Schließlich haben die Abschiebeflüge für die Firma keine große wirtschaftliche Bedeutung, der bei einer Kampagne und Medienberichten drohende Imageschaden könnte demgegenüber schmerzhafter ausfallen. In verschiedenen europäischen Ländern haben sich große Fluggesellschaften aufgrund öffentlichen Drucks aus dem Abschiebegeschäft zurückgezogen: so z.B. die "Airline Sabena" in Belgien, "Martin Air" in den Niederlanden oder die rumänische "Tarom".

AntirassistInnen aus NRW fordern jetzt den sofortigen Stopp der Abschiebeflüge nach Istanbul und den öffentlichen Ausstieg der LTU aus dem Abschiebegeschäft. Solange dies nicht geschieht, wollen sie die LTU weiterhin als Abschiebe-Airline outen. Vorbild ist dabei die erfolgreiche ‚deportation class'-Kampagne von ‚Kein Mensch ist Illegal' u.a. antirassistischen Gruppen gegen die Deutsche Lufthansa. „Solange die LTU an dem Geschäftsfeld ‚Deportationsflüge' festhält, werden wir mit unserer Imagebeschmutzung fortfahren," verspricht Iris Müller, Sprecherin der ‚LTU-Deportation-Class-Kampagne'.

Das Interview wurde geführt von Johannes Lohmann

„...bislang doch recht erfolgreich"

Interview mit Niklas Barre vom „Netzwerk gegen Rassismus" in Schweden

Niklas Barre ist Pressesprecher des schwedischen „Netzwerk gegen Rassismus" („Nätverket mot Rasism", NMR). LOTTA-Autor Johannes Lohmann sprach mit ihm über Neonazismus in Schweden und die Möglichkeiten antifaschistischer Intervention.

Was ist das „Netzwerk gegen Rassismus"?

Das NMR wurde 1996 gegründet und besteht heute aus ca. 90 Organisationen in ganz Schweden. Es konstituiert sich nicht über regelmäßige Treffen als eine feste Struktur, sondern bietet eine Kommunikations- und Koordinationsplattform, auf die bei der Planung von Aktionen zurückgegriffen werden kann.

Nach der neonazistischen Gewaltwelle vor vier Jahren, diskutierte die Gesellschaft intensiv über Neonazismus. Ist diese Diskussion nach dem Mord an der Außenministerin Anna Lind wieder aufgeflammt? Es wurde der Öffentlichkeit ja (fälschlicherweise) ein Täter mit Kontakten in die Nazi-Szene präsentiert.

Ja, aber ebenso schnell wieder aus den Medien verschwunden. Die Nazis konnten z.B. beinahe ungestört Teilnehmer der diesjährigen Pride-Parade[1] attackieren. Darüber wurde nur mit ganz wenigen Zeilen berichtet. Erwähnenswert scheinen nur die gelegentlichen kleineren physischen Auseinandersetzungen, wie sie es zuletzt im Zusammenhang mit einigen Nazi-Demonstrationen gegen die Einführung des Euro gegeben hat.

Wie agitierte die schwedische Rechte denn gegen die Euro-Einführung?

Plakat der schwedischen "Nationalsozialistischen Front"

Es waren hauptsächlich die „Nationaldemokraten" (ND), die mit Demonstrationen, Flugblättern und Plakaten präsent waren. Trotz ihrer nachweislich guten Kontakte zu offen auftretenden Neonazis wie der „Nationalsozialistischen Front", der „Nationalen Jugend" („Nationell ungdom", NU) und zu „Blood & Honour", gelang es der ND, sich als relativ ‚seriös' darzustellen. Die ND hat sich vor einigen Jahren von den "Schwedendemokraten" („Sverige Demokrats", SD) abgespalten, weil ihnen diese zu "etabliert" waren. Trotzdem haben sie eben dieses "seriöse Image" übernommen. Dazu gehört auch die sehr professionelle Gestaltung ihrer Website sowie der Plakate und Flugblätter. Mit scheinbar "harmlosen" Inhalten schaffen sie es, sich als ziemlich "volksnah" darzustellen. Trotzdem hat die ND bei der letzten Wahl neben vier Kommunal-Mandaten nur ca. 7.000 Stimmen bekommen. Die SD erhielt als größte der Rechtsparteien, die nicht im Parlament vertreten sind, 50 Mandate auf Kommunalebene und konnte 1,4 % der Stimmen gewinnen. Das spiegelt die gesellschaftliche Relevanz der organisierten Rechten ganz gut wieder. Trotzdem ist die vermeintliche "Überfremdung" oder "Fremdbestimmung durch eine EU" ein weit verbreitetes Thema, so dass Nazis mit intensiven Flugblatt- und Plakatkampagnen mancherorts die Stimmung für sich nutzen konnten. Die „Nationalsozialistische Front", die offiziell als Partei auftritt, verteilte Flugblätter gegen den Euro, auf denen ein Bild abgedruckt wurde, das einen Palästinenser zeigt, der Steine auf einen israelischen Panzer wirft. Das sollte veranschaulichen, wie man sich gegen "Fremdbestimmung" zur Wehr setzt.

Apropos: Wie wird der Nahost-Konflikt in der schwedischen Linken verhandelt?

Es wird Palästina-Solidarität betrieben wie eh und je. Israels Politik wird klassisch als Apartheid beschrieben und man ruft munter zu Israelboykotten auf. Auch auf linken Demos sieht man immer wieder Kids mit "Burn Israel"- Aufdrucken auf ihren Jacken. Antisemitismus wird in der schwedischen Linken leider kaum thematisiert.

„Blood & Honour Scandinavia" hat in den letzten Jahren eine immer größere Bedeutung bekommen. Kannst du etwas zur derzeitigen Situation sagen?

Gerade vor einigen Wochen ist der „Ian Stuart Donaldson Memorial"-Gig von B&H völlig in die Hose gegangen. Statt der erwarteten 500 Besucher kamen nur ca. 80. So reichte das Geld für die britische Band „Razors Edge" nicht und man musste sich mit der deutschen Band „Race War" und zwei Barden aus Stockholm zufrieden geben. In Teilen von Schweden war B&H im letzten Jahr verstärkt aktiv. Allerdings gibt es immer wieder auch interne Streitigkeiten, meistens geht es dabei um Geld. Der neueste Streit dreht sich jedoch darum, dass dem Kader Jäsa Jarvinen vorgeworfen wird, er habe „Kameraden" verpfiffen. Obwohl die schwedische RechtsRock-Szene Ende der 90er Jahre aufgrund der ständigen Streitereien zwischen den bedeutenden RechtsRock-Labels „Nordland" und „Ragnarock"[2] so-

wie des wachsenden Drucks von außen an Bedeutung verloren hat, hat rechte Musik als Ideologieträger und Geldquelle immer noch eine gewisse Relevanz.

Gibt es Versuche von AntifaschistInnen, dagegen zu intervenieren?

Es gibt kein organisiertes Vorgehen gegen die Rechts-Rock-Strukturen, z.B. in Form einer Kampagne. Wird ein Konzert bekannt, wird natürlich schon versucht, einschränkend zu wirken, z.B. dadurch, dass man auf die Gemeinde Druck ausübt. Einige schwedische Kommunen und die Polizei versuchen von sich aus, das Vermieten von Räumen an Nazis zu unterbinden. Auf diese Weise verlor B&H bei dem letzten Konzert zweimal ihre Räume und mussten sich dann unter einem Vorwand woanders einmieten.

Wie sieht die antifaschistische Arbeit in Schweden denn allgemein aus?

Es gibt nur sehr wenige Organisationen, die sich ausschließlich mit Anti-Nazi-Arbeit beschäftigen. Klassische Antifaarbeit wird eigentlich nur von der „Antifaschistischen Aktion“ (AFA) geleistet. Es gibt einige größere Gruppen, die zum Thema Rassismus arbeiten, diese haben jedoch eher den Charakter von Wohltätigkeitsorganisationen. Kleinere antirassistische Gruppen haben leider nur sehr wenig Kontinuität in ihrer Arbeit. Ansonsten wird antifaschistische Betätigung von diversen linken Organisationen und den syndikalistischen Gewerkschaften als Teilbereichsarbeit betrieben. Was das „Netzwerk gegen Rassismus“ betrifft, gibt es aufgrund unterschiedlicher Herangehensweisen oft Schwierigkeiten. Nach einigen Austritten im letzten Jahr können sich inzwischen jedoch wieder alle Gruppen an einen Tisch setzen und konstruktiv miteinander planen. Unser Schwerpunkt ist eine Gegendemo in dem Stockholmer Vorort Salem Anfang Dezember. Vor einigen Jahren wurde dort ein Nazi erschlagen und seitdem wird dort jedes Jahr von den Nazis ein Märtyrerspektakel veranstaltet. Bei ihrem Aufzug halten sie sich streng an die Auflagen. Das kommt bei der Bevölkerung besser an, als linke Vermummte. Außerdem scheint erst einmal schwer vermittelbar, warum die Nazis nicht ihres ermordeten Kameraden gedenken dürfen. Wir konnten den Aufmarsch nie verhindern, aber sehr deutlich zeigen, dass wir nicht gewillt sind, eine Demonstration von Neonazis hinzunehmen, egal aus welchem Anlass. In der Presse wird er zumindest schon mal als ”Aufmarsch” bezeichnet und nicht mehr als ”Trauermarsch”. Leider reagiert die antifaschistische Linke, verallgemeinernd gesprochen, eher auf Naziprovokationen, als dass sie selbst aktiv wird. Eine Ausnahme ist die Erinnerung an die Reichspogromnacht, eine Veranstaltung, die seit Jahren von recht vielen Leuten besucht wird.

Wertest du die Aktionen gegen den Gipfel in Göteborg als Erfolg für die radikale Linke?

Die größte politische Trennlinie besteht in Schweden nicht zwischen Konservatismus und Sozialdemokratie, sondern zwischen einem laissez-faire-Liberalismus und Sozialdemokratie. Man ist linksreformistischen Positionen gegenüber ziemlich aufgeschlossen. Dafür werden radikale Positionen umso vehementer abgelehnt. So wird dann auch zwischen radikaler Linker und radikaler Rechter selten ein Unterschied gemacht. Die schwedische Gesellschaft ist extrem kooperatistisch ausgerichtet, was bedeutet, dass Klassenkonflikte immer in der (nationalen) schwedischen ”Solidar”gemeinschaft aufgelöst werden. Einige werten Göteborg deshalb als Erfolg, weil diese pseudo-harmonische Form der Zusammenarbeit aufgekündigt wurde. Ein Großteil der Bevölkerung sieht diese Auseinandersetzung jedoch nicht als Klassen-, sondern als Generationenkonflikt an. Wenn es um die Frage geht, inwiefern linke Positionen nach Göteborg gestärkt werden konnten, so finde ich es fragwürdig, hier von ”Erfolg” zu reden.

Darüber hinaus gab es ja eine starke Repression, die teilweise zu langen Gefängnisstrafen führte...

Die Gefängnisstrafen sind teilweise völlig absurd, vor allem bei Personen, denen vorgeworfen wurde, die Krawalle per SMS gelenkt zu haben. Diese Absurdität ist den meisten Leuten auch klar, aber die Solidaritätsarbeit beschränkt sich trotzdem fast ausschließlich auf die allernächsten Angehörigen. Die beiden Filmemacher Stefan Jarl und Lukas Moodyson lassen allerdings in dem vor kurzem erschienen Film ”Terroristen. Ein Film über die Verurteilten” einige Gefangene länger zu Wort kommen. Ein Interviewter vergleicht da die schwedische mit der libanesischen U-Haft und meint, dass die schwedische schlimmer wäre, selbst wenn es im Libanon zu Folter kommen könnte. Aber dort gäbe es zumindest so etwas wie Solidarität. In einem schwedischen Knast ist man völlig auf sich gestellt.

Wir danken dir für das Interview

[1] Vergleichbar den Paraden zum Christopher Street Day.

[2] Das Unternehmen firmiert inzwischen unter dem Namen “Celtic Moon“, bei dem auch die 1. CD der hochsauerländer Band „Weisse Wölfe“ erschien.

Von Alexandra Kornblum und Markus Bergen

Von Autonomer Antifa zur Post-fordistischen Linken – Teil III

Kosovo-Krieg und eine sprachlose Linke

Im Jahr 1999 war das zentrale Ereignis der Kosovo-Krieg - zum ersten Mal beteiligte sich Deutschland aktiv an einem Kriegseinsatz. Nach 10 Jahren hatte Deutschland als militärisch gleichberechtigtes NATO-Mitglied die Nachkriegsordnung endgültig hinter sich gelassen.

Für die deutsche Linke war der Krieg ein Bruch des bisher herrschenden politischen Denkens. Dass Deutschland eine so bedeutende Rolle im Kosovo-Krieg spielen konnte, hatte dabei maßgeblich mit den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen unter der rot-grünen Regierung zu tun.

Denn diese legitimierte sich und den Krieg gerade aus ihrer angeblich progressiven Grundhaltung heraus. Nicht mehr trotz, sondern wegen Auschwitz zog man nun in den Krieg. Im Laufe der Entscheidungsprozesse delegitimierten sich vor allem die Grünen innerhalb der Linken als emanzipatorische Kraft. Den Widerspruch zwischen den ursprünglich gewaltfreien und friedensbewegten Grundsätzen mit der Kriegsbefürwortung konnten sie nicht auflösen - in Folge traten zahlreiche linksorientierte Mitglieder aus.

Die Linke war zumeist nicht in der Lage, eine relevante Kritik zu formulieren, geschweige denn auf die Kriegssituation adäquat zu reagieren oder Einfluss auf die Debatte zu nehmen. Eine Ausnahme war die Mobilisierung gegen den Kriegsparteitag der Grünen. Anstatt sich aber auf die neue Situation einzustellen, begann man jedoch mit internen Scharmützeln, die bis heute die Auseinandersetzungen in der radikalen Linken prägen.

Die Unfähigkeit der Linken zeigte sich besonders deutlich in der Antifa. Nach den Jahren der fast ausschließlichen Anti-Nazi-Politik spürten zwar alle einen Zwang, zu reagieren, es fehlte aber die Kraft und zu großen Teilen auch die inhaltliche Fähigkeit, sich zu äußern. Nochmals wurde deutlich, dass die praktischen Interventionsmöglichkeiten der Antifa in gesellschaftlichen Prozessen gen Null tendierten. Der einzige positive Effekt war, dass viele Gruppen in der Krise die Chance nutzten, eine inhaltliche Erweiterung zum Gegenstand der Debatte zu machen -

auch das aber viel zu spät.

In diese Suche nach einer Neudefinierung fielen die Ereignisse beim WTO-Gipfel in Seattle im November 1999. Die so genannte Antiglobalisierungsbewegung schien neue Ansätze und Hoffnungen zu einer antikapitalistischen Perspektive zu bieten.

Sommer 2000: Bundespolitik goes Antifa?

Die anhaltende desolate Situation der Linken und speziell der Antifa erhielt mit dem „Antifa-Sommer" und dem „Aufstand der Anständigen"-Herbst im Jahr 2000 eine weitere Verschärfung. Verschiedene Faktoren führten dazu, dass - mit der Bundesregierung als Vorreiterin - eine gesellschaftliche Stimmung entstand, die den Auffassungen der Antifa von der Gesellschaft völlig widersprach: War man bisher der Meinung gewesen, alle Antifa- und Antira-Themen wie zum Beispiel der gesellschaftliche Rassismus seien auch nur explizit ihr vorbehalten, so musste man die Erfahrung machen, wie schnell eigene Inhalte besetzt werden konnten. Der „Aufstand der Anständigen" richtete sich zunächst ausschließlich gegen Neonazi-Aktivitäten (besonders den Bombenanschlag in Düsseldorf im Sommer 2000), weitete sich aber später zu einer umfassenden Debatte aus. Plötzlich war der Begriff des Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft allgemein akzeptiert, wenn auch natürlich in völlig deformierter Art und Weise. Im „Antifa-Sommer" ging es vor allem um die Definitionsmacht von Rassismus und ähnliche moralisch-politische Begriffe, begründet durch den Prestigeverlust Deutschlands im Ausland und die moralische Verpflichtung eines jetzt selbstbewussten „deutschen Volkes".

Wie beim Kosovo-Krieg reagierte die Antifa - wenn überhaupt - nur marginal und mit der bereits erkannten Interventionsunfähigkeit. Der Tatsache, dass ihre ureigenen Inhalte plötzlich von einer breiten Masse zur Verbesserung des deutschen Ansehens benutzt wurden, konnte sie in einem Zustand inhaltlicher und politischer Lähmung fast nichts entgegensetzen. Vielleicht auch, weil diesmal eigene politische Konzepte betroffen und deformiert wurden, entstand diesmal aus diesem Dilemma eine breite Debatte. Dabei waren die Antworten, die die verschiedenen linken Gruppen auf das Dilemma gaben, höchst unterschiedlich.

"Anti-deutsch" vs. "bewegungsorientiert"?

Die einen sahen als einzige Möglichkeit einer angemessenen Reaktion die völlige Abkehr von der bündnisorientierten Politik und als konsequente Reaktion eine Distanzierung von den Werten der deutschen Gesellschaft und ihrer Protagonisten. Dieser Ansatz, „anti-deutsch" oder „anti-national" genannt, zeichnete sich bereits um die Wiedervereinigung mit der so genannten „Nie wieder Deutschland"-Kampagne ab. Damals scheiterte der Versuch mangels realistischer politischer Perspektive, kam aber Mitte bis Ende der Neunziger immer wieder an punktuellen Ereignissen hoch, etwa im Umgang mit den völkisch-rassistischen Formierungen in einigen ostdeutschen Dörfern und Kleinstädten. Zunächst thematisierte der „anti-deutsche" Ansatz vor allem den deutschen Rassismus, dann die Ereignisse des Krieges im Kosovo und den „Aufstand der Anständigen". Aktuell beschäftigt ihn der Nahost-Konflikt, Kriegsanalysen und der deutsche Antisemitismus. Der zuvor eher marginale Politikansatz wuchs zu einer größeren Gruppe innerhalb und mittlerweile auch außerhalb der Linken. Neben der immer gerne in den Vordergrund gerückten Zeitschrift „Bahamas" sind es vor allem einzelne regionale Antifa-Gruppen, die den „anti-deutschen" Ansatz in ihre Politik einfließen ließen. Darüber hinaus entstanden explizit „anti-deutsche" Gruppen mit intellektualistischer Ausrichtung, die jedoch über die Thematisierung des Nahost-Konflikts und der deutschen Linken hinaus keine weitere Politik betreiben und deshalb meistens wenig gesellschaftliche Relevanz aufweisen können.

Der andere Teil der antifaschistischen Linken ist zwar zersplitterter als der oft von außen als sehr homogen wahrgenommene Block der „Anti-Deutschen", aber auch hier gibt es Grundtendenzen in der politischen Ausrichtung. Diesen Teil der Linken kann man eher als „bewegungsorientiert" bezeichnen. Im Gegensatz zu den „Anti-Deutschen" richtet man sich - stark vereinfacht - eher zur Gesellschaft hin aus. Diesem Ansatz liegt der Wunsch zugrunde, „mehr zu werden", strategische Bündnisse einzugehen und auf eine Politisierung der Gesellschaft und eine Radikalisierung vor allem der globalisierungskritischen Bewegung hinzuwirken. Somit sollen den reformistischen Kräften innerhalb der Bewegung linksradikale Inhalte entgegengesetzt werden. Die Analyse des Ansatzes sieht Deutschland nicht als monolithischen Block, das heißt als mehr oder weniger gleichförmige Masse von Rassisten, Antisemiten oder Faschisten, sondern versucht, innerhalb der komplexen Gesellschaftsstruktur auf die progressiven Teile einzugehen.

Die Diskussionen innerhalb der radikalen Linken sind noch nicht aufgelöst, momentan verschärft sich vor allem durch die Nahost-Diskussion die Trennung der Politik-Ansätze. Versuche, bestimmte Elemente zusammen zu führen, gibt es nur selten. Auch eine gemeinsame Sichtweise und Ausrichtung der Antifa-Gruppen gibt es nicht, da sie wie zu Hochzeiten des Szenezwists zerstritten scheinen. Die Folgen sind vor allem eine weitere Schwächung der Linken in ihrer gesellschaftlichen Interventionsmöglichkeit. Über die scheinbar zentrale Auseinandersetzung verlieren viele den Blick für wesentliche aktuelle Entwicklungen.

Globalisierung, New World Order und die deutsche Linke

Wie im ersten Teil beschrieben, setzte 1989 mit dem Wegbruch der Systemalternativen eine grundlegende Veränderung in Gesellschaft und Wirtschaft ein. Mit rot-grün als eine Art Modernisierungsbewegung der verkrusteten kapitalistischen Strukturen hatte Deutschland mehr als 10

Jahre später endlich den Sprung zum globalen Markt erreicht. Die sozialen Sicherungssysteme und wirtschaftlichen Regulationsmechanismen waren bereits in den Jahren zuvor systematisch abgebaut worden. Den letzten und wohl entscheidenden Rest brachte aber das rot-grüne Modernisierungsprojekt.

Eine entscheidende Veränderung ist auch die Geschwindigkeit der neoliberalen Umstrukturierung. Bei gleichzeitigem Arbeitszwang bekommen sie heute fast alle Lohnabhängigen zu spüren. Aus der Industriegesellschaft ist eine Gesellschaft mit moderner flexibler Beschäftigung geworden. Mit der Flexibilisierung gingen zusammen mit sozialer Sicherheit auch die Möglichkeiten widerständiger Selbstorganisierung verloren. Als zentrales Merkmal der so genannten Globalisierung kann man neben der wirtschaftlichen Internationalisierung die Durchdringung aller Lebensbereiche durch den Kapitalismus sehen.

Während die vorgegaukelte Alternativlosigkeit zu dem heutigen System für viele Menschen lähmend und resignativ wirkt, bietet sie aber auch ganz neue Angriffsflächen und Möglichkeiten für linke Politik. Zum ersten Mal seit vielen Jahren werden von zahlreichen Theoretikern der Linken wieder Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Intervention eingeräumt. Obwohl dies in Deutschland längst nicht so stark zu spüren ist wie in anderen Ländern, gibt es auch hier einige zarte Ansätze. Die zahlreichen Streiks, bzw. Streikversuche, die vor allem von der Unzufriedenheit der gewerkschaftlichen Basis getragen wurden, sind hierfür ein Beleg. Dazu kommen die bereits oben erwähnten Erfahrungen in der globalisierungskritischen Bewegung.

Hier ist auch der erste deutliche Lichtblick in Zeiten totalitärer kapitalistischer Herrschaft zu sehen: In der ganzen Welt, vornehmlich in den westlich-industrialisierten Ländern und in Lateinamerika engagieren sich seit einigen Jahren vor allem junge Menschen gegen die Auswirkungen von Kapitalismus und Neoliberalismus. Die Bewegung - diese Dimension scheint sie durchaus erreicht zu haben - verfügt über gute Kommunikationsmöglichkeiten und ein großes Mobilisierungspotenzial. Dabei besteht sie zum einen aus reformistischen und gemäßigten Kräften wie beispielsweise attac und Gewerkschaften und aus linken Sekten, die die Bewegung für sich nutzen wollen, aber auch zu einem recht großen Teil aus linksradikalen Kräften und anpolitisierten Jugendlichen. Diese Mischung macht bei gleichzeitiger Akzeptanz und moralischer Unterstützung durch Teile der Bevölkerung - zumindest außerhalb von Deutschland - die derzeitige Stärke der Bewegung aus. Sicherlich gab es auch schon in den Jahren zuvor Massenproteste, doch erst Seattle mit seiner Massenmilitanz ließ die Linke weltweit aufhorchen. Von Seattle 1999 bis einschließlich der Proteste gegen den G8-Gipfel in Genua im Juli 2001 war jedes G8-, WTO- oder EU-Treffen von massiven und militanten Protesten und großer internationaler Aufmerksamkeit geprägt. Diese Intensität hat zwar wieder abgenommen, doch der Grund für das Engagement und die Mobilisierungsfähigkeit bleibt weiterhin bestehen.

Die durch die Anschläge vom 11. September 2001 ausgelösten Weltordnungskriege und die Propagierung einer von westlichen Werten geprägten Zivilgesellschaft führten zwar ebenfalls zu globalen Massenprotesten, doch fällt es der radikalen Linken sowohl in Deutschland als auch in anderen Ländern schwer, sich jenseits von reaktionären, fundamentalistischen und reformistischen Kräften zu verorten.

Der „bewegungsorientierte“ Teil der Antifa versuchte seit spätestens Anfang 2001 verstärkt, sich der globalisierungkritischen Bewegung anzunähern. Sie ist zum einen von der Stärke, der Internationalität und auch dem militanten Charakter der Auseinandersetzungen angezogen und sieht zum anderen in der extrem diffusen und fragmentierten Kapitalismuskritik einen Ansatz zur eigenen inhaltlichen Weiterentwicklung. Hier liegen jenseits von „antideutschen“ Debatten und Streitigkeiten innerhalb der Linken, die hauptsächlich die eigene Schwäche demonstrieren, die eigentlichen Fragen für die Linke und somit auch für die deutsche Antifa. Die aktuelle Form des Kapitalismus hat sich längst von dem Fordismus der Nachkriegszeit gelöst. In mehreren Wellen wurden und werden die lästigen staatlichen und gesellschaftlichen Regularien abgestreift. Der so genannte Postfordismus, die heute existierende Wirtschafts- und Gesellschaftsform, die sich durch eine Globalisierung und Deregulierung des Kapitals auszeichnet, entfaltete eine Allgewalt des wirtschaftlichen Systems.

Hierauf Antworten zu finden, wäre die Aufgabe einer postfordistischen Linken. Der autonome Ansatz der siebziger und achtziger Jahre ist weitgehend Geschichte geworden. Auch für die herübergerettete Antifa aus den Neunzigern, die zwar nach wie vor die linksradikale Kraft in Deutschland mit den gefestigsten Strukturen ist, bietet das Anti-Nazi-Thema allein keine weitergehenden Perspektiven mehr. Allein durch die historische Bedeutung und das aktuelle Bedrohungspotenzial durch Neonazis und Rassisten steht die Aufgabe des Themas außer Frage. Doch die Möglichkeiten einer umfassenden Staats- und Gesellschaftskritik sind damit noch nicht gegeben. Das Thema ist durch seine weitgehende Kompatibilität zu kapitalistischen Lebensrealitäten, gesellschaftlichen Werten und individueller Lebensplanung nicht in der Lage, einen umfassenden emanzipativen Ansatz zu finden. Eine Verknüpfung der Anti-Nazi-Arbeit mit gesellschaftlicher Mobilisierung, die auf grundsätzliche Veränderung hinzielt und einer Neuanalyse der linken Politik könnte die Weiterentwicklung von Autonomer Antifa zu einer antikapitalistischen postfordistischen Linken markieren.

Von Sarah Drücker

"Der Rechtsstaat ist Schutzstaat für die Rechte aller"

Der Streit des OVG Münster und des BVerfG zum Thema Neonazi-Aufmärsche

"Der Rechtsstaat ist Schutzstaat für die Rechte aller." Deshalb, so führt der Richter am Bundesverfassungsgericht (BVerfG) Prof. Dr. Hoffmann-Riem fort[1], müsse er die Nutzung des Grundrechts der Versammlungsfreiheit ermöglichen, beispielsweise einen Aufzug politisch Rechter gegen linke Gegendemonstranten schützen.

Diese Ansicht ist nicht unbestritten, insbesondere das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster hat mehrfach die Demonstrationen von Neonazis verboten. Diese Verbote wurden aber anschließend regelmäßig durch die 1. Kammer des Ersten Senats des BVerfG aufgehoben (Mitglied dieser Kammer auch Hoffmann-Riem).

Dieser Artikel beleuchtet die Versammlungsfreiheit des Artikels 8 Grundgesetz (GG) in Hinblick auf diese Kontroverse zwischen den beiden Gerichten.

Der Streit

Die Versammlungsfreiheit garantiert in Artikel 8 Absatz 1 GG jedem Deutschen, "sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln." Die Versammlungsfreiheit gilt jedoch nicht unbegrenzt, vielmehr kann diese durch Gesetz beschränkt werden (Art. 8 Abs. 2 GG). Davon wurde auch durch das Versammlungsgesetz (VersG) Gebrauch gemacht.

Gemäß § 15 VersG können nämlich Versammlungen verboten werden, wenn die "öffentliche Sicherheit oder Ordnung" bei Durchführung der Versammlung unmittelbar gefährdet wird.

Kern des Streites zwischen dem OVG Münster und der Kammer (d.h. drei Richtern; Kammerentscheidungen haben über den Einzelfall hinaus keine Bindungswirkung für Gerichte und Behörden) des BVerfG ist die Auslegung des Begriffs der "öffentlichen Ordnung". Diese umfasst nach allgemeiner juristischer Ansicht "die Gesamtheit jener ungeschriebenen Regeln für das Verhalten des Einzelnen in der Öffentlichkeit, deren Befolgung nach den jeweils herrschenden Anschauungen als unerlässliche Voraussetzung eines geordneten Zusammenlebens betrachtet wird." Hier gilt also, im Gegensatz zur "öffentlichen Sicherheit", von der unter anderem die objektive Rechtsordnung (wie zum Beispiel Strafgesetze) umfasst wird, – einfach ausgedrückt - ein subjektiver Maßstab; es geht hier um nicht positiv gesetztes Recht.

Es stellt sich nunmehr bei dieser eher nichtssagenden Definition die Frage, wie man diese mit Leben füllt. Hier spalten sich nun die Geister der Herren (und wenigen Frauen) in den schwarzen bzw. roten Roben.

Die Position des OVG Münster ...

Das OVG Münster legt als Maßstab das "historische Gedächtnis" des GG an. Dies beinhalte unter anderem das der Völkerverständigung dienende Friedensgebot (Art. 1 Abs. 2, 24 Abs. 2, 26 Abs. 1 GG) und als höchsten Verfassungswert die Menschenwürde des Art. 1 Abs. 1 GG. Letztere unterliegt, wie auch Art. 20 GG (Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip), der sogenannten. Ewigkeitsklausel des Art. 79 Abs. 3 GG, d.h. selbst der Verfassungsgeber kann diese Grundsätze nicht mit 2/3 Mehrheit ändern. In diesen Vorschriften manifestiere sich die nachdrückliche Absage an jegliche Form des Totalitarismus, Rassenideologie und Willkür, wie sie für das auf "Führer und Gefolgschaft" gründende von Rechtlosigkeit und Missachtung der Menschenwürde geprägte nationalsozialistische Unrechtsregime kennzeichnend war. Dieses "historische Gedächtnis" des GG werde auch durch (den bisher nicht aufgehobenen) Art. 139 GG bestätigt, nach dem die zur "Befreiung des deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften fortgelten.

... und die des BVerfG

Das BVerfG hingegen legt die Verbotsnorm des Art. 15 VersG auf Grund der Ausstrahlungswirkung der Grund-

rechte auf das einfache Recht eng aus. Allein mit der bloßen Erwartung der Behörden und Gerichte, die Veranstalter bzw. voraussichtlichen Teilnehmer würden nationalsozialistisches Gedankengut verbreiten, lasse sich ein Verbot nicht rechtfertigen. Die Meinungsfreiheit des Art. 5 Abs. 1 GG sei für die freiheitlich demokratische Grundordnung des GG schlechthin konstituierend. Die Bürger seien frei, auch grundlegende Wertungen der Verfassung in Frage zu stellen, solange sie dadurch die Rechtsgüter anderer nicht gefährdeten. Die Versammlungsfreiheit sei auch gerade ein Minderheitenschutzrecht. Das BVerfG sieht aber - als im Vergleich zu einem Verbot milderes Mittel - Auflagen (Verbot von Fahnen, von Symbolen etc.) als legitim an. Insoweit wenden sich also beide Gerichte gegen neonazistische "Umtriebe".

Der 27. Januar als Ausnahme

Ausnahmen von dieser strikten Linie macht das BVerfG aber sehr wohl und greift dann und wann doch auf den Verbotsgrund der "öffentlichen Ordnung" zurück. So wurde die Demonstration von Neonazis am 27. Januar 2001, dem Holocaust-Gedenktag, vollständig verboten. Begründet wurde dieses damit, dass die öffentliche Ordnung betroffen sei, wenn an einem bestimmten Tag mit gewichtiger Symbolkraft durch eine Demonstration grundlegende soziale oder ethische Anschauungen in erheblicher Weise verletzt werden.

So begrüßenswert diese Entscheidung sein mag, so unverständlich ist es doch anzunehmen, dass nur an bestimmten Tagen soziale oder ethische Anschauungen durch neonazistische Demonstrationen verletzt werden. Das BVerfG erkennt also sehr wohl die von den Neonazis propagierte Ideologie und bewertet diese als eine versammlungsrechtlich abzuwehrende Gefahr für die öffentliche Ordnung. Damit setzt es sich aber in Widerspruch zu der von ihm zuvor geforderten "Meinungsneutralität".

Der Präsident des OVG Münster Michael Bertrams führt dazu aus, dass "das öffentliche Auftreten von Neonazis zumindest für die in Deutschland lebenden ausländischen und jüdischen Mitbürger an jedem Tag des Jahres eine spezifische Provokationswirkung entfaltet, wird doch gerade diesen Mitbürgern - auch ohne Worte - vor Augen geführt, in Deutschland nicht willkommen zu sein."[2]

Beim 1. Mai und dem Ostermontag hingegen ist das BVerfG wieder zur alten Linie zurückgekehrt und hat eine besondere Symbolwirkung dieser Tage verneint.

Stellungnahme

Mit diesem Streit verbindet sich die grundsätzliche Frage nach dem Sinn oder Unsinn von Demonstrationsverboten. Wie sind solche insbesondere juristisch zu bewerten?

Die "öffentliche Ordnung" stellt sich ja eher, wie oben ausgeführt, als ein sehr unbestimmter Rechtsbegriff dar, der auf eine zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Bevölkerung verankerte Anschauung rekurriert und eben nicht auf die positive Rechtsordnung. Wer sagt denn aber, dass diese sich nicht ändern kann? Wer sagt denn, dass nicht in Zukunft, auch Demonstrationen von AntifaschistInnen mit einer ähnlichen Begründung verboten werden? Dieter Wiefelspütz (MdB-SPD) moniert daher auch, dass die inhaltliche Bestimmung dieses Begriffs mit den Wertmaßstäben des GG die öffentliche Ordnung zu einem Allzweck-Unterdrückungsinstrument mache, das sich problemlos auch gegen andere missliebige Meinungen in Stellung bringen ließe.[3] Schließlich gibt es genügend Beispiele in der jüngeren Geschichte, in denen der Staat sein Hauptaugenmerk zunächst auf Linke gerichtet hat. Und es gab schon immer findige Juristen, die dafür eben auch noch eine für den Staat überzeugende Begründung geliefert haben.

Für die Konzeption des OVG Münster spricht aber, dass es eindeutig auf das "historische Gedächtnis" des GG abstellt – dieses ist insoweit klar definiert worden und lässt sich aus der Rechtsordnung (insbesondere dem GG) ableiten, ist mithin nicht so willkürlich wie es scheinen mag. Daher ist jedenfalls insoweit fraglich, ob sich so einfach die Begründung des OVG Münster auf antifaschistische Demonstrationen ummünzen ließe.

Grundsätzlich gilt es aber zu bedenken, dass das Verbot von Demonstrationen natürlich immer ein zweischneidiges Schwert ist. Verbote sind zuvorderst immer ein Mittel des Staates, missliebige Minderheiten "ruhig zu stellen". Darüber hinaus ist es zweifelhaft, ob ein Verbot für Linke befriedigend sein kann – Verbote sind Ausdruck des starken Staates, der, wenn er es nicht adäquat vermag, die Ursachen des Neonazismus zu bekämpfen, mit dem "Verbotshammer" zuschlägt.

Welche Lösung böte sich also an? Beide Gerichte erkennen, dass neonazistische Demonstrationen nicht einfach hinnehmbar sind. Zu verbieten sind sie allemal, wenn hinreichend konkrete Verstöße gegen (Straf-)Gesetze zu erwarten sind; also zum Beispiel wegen Volksverhetzung (§ 130 StGB) oder wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86a StGB). Ist dies nicht der Fall, so muss die Versammlung wohl oder übel stattfinden - "so sehr das zum Kotzen ist"[4].

Vor allem das BVerfG fordert die bürgerliche Gesellschaft auf, gegen solche Demonstrationen einzuschreiten - dies natürlich nur mit den friedlichen Mitteln des Rechtsstaates. Es gibt den Gerichten und Behörden ausdrücklich auch die Möglichkeit der Auflage an die Hand. Dieses muss dann aber auch konsequent umgesetzt werden. Begrüßenswert wäre es, wenn damit den neonazistischen Demonstrationen ihre Außenwirkung genommen würde. Sofern ein Verbot im Vorhinein nicht möglich ist, besteht die Möglichkeit der Auflösung der Versammlung im Nachhinein, sobald Rechtsverstöße feststellbar sind. Davon sollte dann auch Gebrauch gemacht werden.

Was bleibt, ist die Erkenntnis, dass der Rechtsstaat also tatsächlich auch ein Schutzstaat für die Rechte ist!

[1] Frankfurter Rundschau vom 11. Juli 2002, "Der Rechtsstaat ist stark genug, um auch die Demonstrationsfreiheit für Neonazis auszuhalten"

[2] Frankfurter Rundschau vom 16. Juli 2002, "Die Renaissance des Rechtsextremismus wird verharmlost"

[3] Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft 2002, S. 33

[4] Thilo Scholle, Forum Recht 1/2003, S. 22 ff., Der Streit um das Verbot von Aufmärschen der rechten Szene

Impressum

V.i.S.d.P.: J. Fürst, c/o LOTTA

LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

Auflage: 1.000
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Alle Rechte an den Fotos und den Artikeln liegen bei den FotografInnen und den AutorInnen.
Der Inhalt namentlich gekennzeichneter Artikel spiegelt nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur Habenahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit Begründung der Nichtaushändigung zurückzusenden.

LOTTA abonnieren!

Unsere Kontoverbindung lautet:

Kontoinhaber J. Fürst
Postbank Essen
Kontonummer 479250438
Bankleitzahl 36010043

Bitte bei Überweisungen unbedingt den Namen der abonnierenden Gruppe/ Person und die Nummer der bezahlten/bestellten Ausgabe(n) angeben!

Jahreseinzelabo über 4 Ausgaben

O Jahresabo, Standard "Stino"	13 Euro
O Jahresabo, Förderabo "Ente"	18 Euro
O Jahresabo, Förderabo Mittelklasse	23 Euro
O Jahresabo, Förderabo S-Klasse	..... Euro

Archiv-Pack
(bei vergriffenen Ausgaben schicken wir eine Kopie)

O Archiv-Pack I (Nr. 5 bis 7)	4 Euro
O Archiv-Pack II (Nr. 8 bis 10)	5 Euro
O Archiv-Pack I (Nr. 11 bis 13)	6 Euro

O Ich überweise den Abo- bzw. Archivpack-Preis auf Euer Konto.
O Ich habe den Abo- bzw. Archivpack-Preis in bar beigelegt.

Alle Preise verstehen sich inklusive Porto + Verpackung und nur gegen Vorkasse.

WeiterverkäuferInnen erhalten ab 5 Exemplaren Rabatt.
Näheres siehe www.free.de/lotta unter "Abo"
oder per Email über lotta@koma.free.de

An die

LOTTA
Am Förderturm 27
46049 Oberhausen

Bestellungen können auch an lotta@koma.free.de gemailt werden

.....
Vorname, Name, Gruppe

.....
Anschrift PLZ, Ort

.....
E-Mail und/oder Telefonnummer

....
Ort, Datum Unterschrift

ANTIFASCHISTISCHE
AKTION